



**VOLLE
KRAFT
VORAUS!**

Den Blick nach vorn. 29.3.1998
Gemeinsam die Zukunft meistern.

Das CDU-Wahlprogramm für Mecklenburg-Vorpommern.



0027237737


MECKLENBURG-VORPOMMERN
CDU

***Den Blick nach vorn –
gemeinsam die Zukunft meistern.***

Vorwort

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

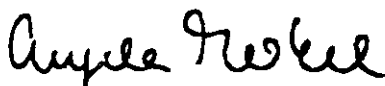
am 27. September 1998 wählen Sie einen neuen Landtag. Seit der Deutschen Einheit vor nunmehr acht Jahren haben Sie der CDU als stärkster politischer Kraft in unserem Land Ihr Vertrauen geschenkt. In dieser Zeit haben die CDU und die von Berndt Seite geführte Landesregierung eine Politik in die Wege geleitet, deren Erfolge überall sichtbar sind. Die Richtung stimmt, wir sind auf gutem Weg.

Dies bedeutet jedoch nicht, daß der Aufbau unseres Bundeslandes beendet ist. Wir alle kennen die noch bestehenden Probleme und müssen sie lösen. So greift die Arbeitslosigkeit in viele Familien ein, viele Menschen sorgen sich um die innere Sicherheit und es gilt, unseren Kindern und unserer Jugend die Zukunft in einer sich verändernden Welt zu sichern.

Mit diesem Programm machen wir deutlich, daß wir gemeinsam für unsere Heimat die Zukunft meistern können, selbstbewußt und verantwortungsvoll. Ziel unserer Politik ist es, zusammen mit Ihnen den Aufbruch ins 21. Jahrhundert zu schaffen – ohne Ängste und Verzagtheit, mit Zuversicht und Mut. Im Mittelpunkt unserer Politik stehen dabei Maßnahmen, die einerseits Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Erfolg sichern und andererseits dafür sorgen, daß Werte wie Rücksichtnahme, Solidarität zwischen den Generationen und Mitmenschlichkeit in unserer Gesellschaft bewahrt bleiben.

Unser Land braucht auch in Zukunft eine Regierung, die Entscheidungen trifft und die Probleme löst. Mecklenburg-Vorpommerns Weg in die Zukunft darf nicht ins Ungewisse führen. Radikale Kräfte – ob von links oder rechts – haben sowohl Mecklenburg-Vorpommern als auch Deutschland in diesem Jahrhundert schon viel Leid und Verderben eingebracht. Mecklenburg-Vorpommern braucht klare politische Verhältnisse.

Sie können sich darauf verlassen: Die CDU wird auch in den nächsten vier Jahren klaren Kurs halten, um die Zukunft selbstbewußt und verantwortungsvoll zu meistern. Mit uns heißt es: Volle Kraft voraus! Für die Menschen, für unser Land.



Dr. Angela Merkel
Landesvorsitzende
der CDU Mecklenburg-Vorpommern



Mutig in die Zukunft – selbstbewußt und verantwortungsvoll	1
Zukunftsstandort Mecklenburg-Vorpommern – wirtschaftlich stark, sozial gerecht	6
<i>Aktiv für Wirtschaft und Arbeit</i>	6
1. Solide Finanzen – die Basis unseres Handelns	8
2. Wirtschaft stärken – Arbeitsplätze sichern	9
- Impulse für die Wirtschaft	9
- Offensive Arbeitsmarktpolitik	9
3. Herausforderung Europa	12
4. Stärken weiter ausbauen	13
- Tourismus	13
- Ernährungswirtschaft	14
- Bauwirtschaft	14
- Maritime Wirtschaft	15
- Exportfähigkeit steigern	16
5. Spitzentechnologien – da steckt Zukunft drin	17
- Innovativ nach vorn	17
6. Chancen erkennen und nutzen	19
- Gezielt gefördert in die Selbständigkeit	19
- Ausbildungsplätze bereitstellen	19
- Neuansiedlungen – Willkommen in Mecklenburg-Vorpommern	20
- Liquiditätssicherung und gesunde Kapitalausstattung der Unternehmen	20
7. Eine moderne Infrastruktur – der Weg zu neuen Arbeitsplätzen	21
<i>Lebendige Kommunen – die Zukunft selbst gestalten</i>	23
1. Vielfalt der Kommunen erhalten	25
2. Mit gesunder Finanzkraft mehr bewegen	26
3. Bürgersinn stärken – ehrenamtliches Engagement fördern	27
<i>Lebenswerte Städte und Dörfer – bezahlbarer Wohnraum für alle</i>	28
1. Kostengünstig zum eigenen Heim	29
2. Betreutes Wohnen und jung und alt unter einem Dach	29
3. Für ein schönes Zuhause	30
4. Freier Wohnungsmarkt – faire Chance für beide Seiten	30
<i>Unsere Landwirtschaft – Motor der Entwicklung im ländlichen Raum</i>	31
1. Perspektiven für die Landwirtschaft	31
2. Stark im europäischen Wettbewerb	32

3. Zukunftschancen für den ländlichen Raum	32
4. Exportorientierung statt regionaler Wirtschaftskreisläufe	33
5. Technologischer Fortschritt in der Landwirtschaft	33
6. Sicherheit in der Bodenfrage	34
7. Kleingärten – „grüne Oasen“	34
8. Forstwirtschaft und Jagd – zum Schutz der natürlichen Ressourcen	34
9. Fischerei und Angelsport – Tradition und neue Märkte	35
 <i>Moderne Umweltpolitik ist Zukunftspolitik</i>	 36
1. Mit kreativen Lösungen ökologisch sinnvoll wirtschaften	37
2. Umweltbildung und -erziehung – Bausteine für eine intakte Natur	37
3. Gewässerschutz vorantreiben – Schutz der Ostsee und ihrer Küsten	38
4. Kreislauf- und Abfallwirtschaft vermeiden Altlasten	38
5. Für ein schönes Mecklenburg-Vorpommern: Naturschutz und Landschaftspflege	39
6. Klimaschutz – global denken, lokal handeln	40
 Zukunft für jung und alt – Leistung und Mitmenschlichkeit fördern	 41
 <i>Politik für die junge Generation</i>	 41
1. Bildung ist die Zukunft der jungen Generation	41
2. Werteerziehung für unsere Kinder	41
3. Moderne Bildungspolitik – die Schwachen fördern, die Starken fordern	42
- Hauptschulen sind wichtiger Bestandteil unseres Bildungssystems	42
- Integration und Förderung von Behinderten	43
- Kürzere Ausbildungszeiten durch 12jähriges Abitur	43
- Moderne Schulen tragen zur Verbesserung der Leistungen bei	44
4. Das Duale System in der Berufsausbildung – Lebensperspektiven eröffnen	44
5. Hochschul- und Forschungspolitik – die Zukunft gestalten	45
6. Der Jugend die Zukunft sichern – die notwendige Reform des Rentensystems	47
7. Jugend aktiv – mitreden und mitgestalten	47
 <i>Mecklenburg-Vorpommern – sozial und gerecht</i>	 48
1. Die Familie – Grundlage unseres Gemeinwesens	49
2. Gleichberechtigung auf allen Ebenen	50
3. Für unsere Gesundheit	51
4. Politik für ältere Menschen	52
5. Integrieren: Menschen mit Behinderung	53



<i>Kulturpolitik für jung und alt</i>	54
1. Denkmäler – Bestandteile unserer Kulturlandschaft	54
2. Privates Engagement in der Kulturarbeit fördern	54
3. Die Sprache Fritz Reuters – ein Teil unserer kulturellen Identität	55
4. Theater, Musikschulen und Bibliotheken – ein lebendiges Stück Alltagskultur	55
<i>Im guten Kontakt mit Kirchen und Religionsgemeinschaften</i>	56
<i>Fit in die Zukunft – Sportpolitik</i>	57
<i>Wir sind ein Volk – Integration der Aussiedler</i>	58
Sicher in die Zukunft	59
<i>Bürger, Polizei und Justiz – gemeinsam für eine starke Demokratie</i>	59
1. Stärkung der Landespolizei – vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung – ehrenamtlicher Polizeidienst	60
2. Eine wirkungsvolle Justiz zur Durchsetzung von Recht und Gesetz	61
3. Organisierte Kriminalität und politischen Extremismus entschlossen bekämpfen	62
4. Jugendkriminalität und Gewalt Einhalt gebieten	63
5. Schutz unserer Kinder und Jugendlichen vor Gewalt- und Sexualstraftaten	63
6. Fortsetzung der konsequenten Drogenpolitik – Härte gegen Dealer, Hilfe für Abhängige	64
7. Integration von Ausländern in Mecklenburg-Vorpommern	64
8. Konsequenz gegenüber straffälligen Ausländern und Wirtschaftsflüchtlingen, die das Gastrecht mißbrauchen	65
9. Der freiheitliche Staat bedarf eines wirksamen Verfassungsschutzes	66
<i>Solidarität mit der Bundeswehr und unseren Soldaten</i>	67
Den Blick nach vorn – gemeinsam die Zukunft meistern	68

Mutig in die Zukunft – selbstbewußt und verantwortungsvoll.

Heute – im 8. Jahr der Deutschen Einheit – sind wir froh, Demokratie und Freiheit zu erleben. Unser Leben hat sich seit 1990 jedoch tiefgreifend verändert.

Einerseits haben die Bürger Mecklenburg-Vorpommerns in den vergangenen Jahren ihr Schicksal selbstbewußt in die Hände genommen und unser Land aufgebaut. Für die vielfältigen Hilfen aus den alten Bundesländern sind wir dankbar, mit Stolz sehen wir auf unsere eigenen Leistungen. Andererseits sagen wir jedoch noch deutlicher als in der Vergangenheit: Nicht alles, was im Westen über mehr als vierzig Jahre gewachsen ist, ist zukunftsfähig. Und nicht alles, was sich auf dem Gebiet der neuen Bundesländer herausgebildet hat, sei es zum Beispiel das 12jährige Abitur oder die 100 %ige Versorgung mit Kindergartenplätzen, muß verändert werden.

Wer durch Mecklenburg-Vorpommern fährt, spürt und sieht, daß die Politik der CDU in einer Zeit rasanten Wandels vieles ermöglicht und erreicht hat. Beispielhaft seien genannt:

Der maritime Wirtschaftsstandort in unserem Land ist erhalten. Mit der zweiten Privatisierung der Werften in Stralsund und Wismar sind allein dort fast 2.700 Arbeitsplätze langfristig gesichert. Unsere Häfen haben sich einen Platz auf dem weltweiten Markt erobert und unsere Werften sind die modernsten Schiffbauanlagen in Europa.

Durch Existenzgründerprogramme der Landesregierung sind heute im Handwerk über 200.000 Menschen beschäftigt. Das Handwerk stellt die meisten Ausbildungsplätze bereit. Ohne den persönlichen Einsatz der Handwerksmeister und deren Familien, vor allem im ländlichen Raum, wäre dies nicht möglich gewesen.

Mit dem Aufbau von Technologiezentren im ganzen Land haben wir die Grundlagen für die Ansiedlung innovativer Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern gelegt. Heute sind allein in den Technologiezentren des Landes über 1.700 Menschen tätig.

Ein erstes Teilstück der A 20 ist in Betrieb – noch dieses Jahr wird an vier weiteren Standorten mit dem Bau begonnen. Nur dank der konsequenten Haltung der CDU haben wir heute Planungssicherheit auf der gesamten Trasse der A 20 in Mecklenburg-Vorpommern. Natur- und Umweltbelange wurden dabei umfangreich berücksichtigt. Mit der A 20 und der zügigen Fortsetzung der Planungen an der Transrapid-Trasse legen wir die Grundlagen für eine gute infrastrukturelle Entwicklung unseres Landes. Auch der Ausbau der Gemeinde-, Kreis-, Land- und Bundesstraßen ist weiter vorangebracht und der Schienenverkehr ist durch die Elektrifizierung wichtiger Strecken verbessert worden. Unter anderem sind über 3.200 Kilometer Bundes- und Landstraßen seit 1990 erneuert und ausgebaut worden.

Die Erfolge im Baubereich kann jeder sehen. Unsere Innenstädte zeigen sich in neuem Glanz. Viele Baudenkmäler, die in einem desolaten Zustand waren, wurden neuen Nutzungen zugeführt und saniert. In den Plattenbausiedlungen sind vielfach die Fassaden neu gestaltet und das Wohnumfeld verbessert worden. Tausende konnten ein eigenes Heim beziehen. All dies war möglich durch die Bereitstellung von 6,4 Milliarden DM Fördermitteln des Landes und des Bundes.

8 Jahre Deutsche Einheit –
Anlaß zu Stolz und Dankbarkeit

Es tut sich was in unserem Land:

Maritime Wirtschaft –
langfristig sicher.

Handwerk hat auch in Mecklenburg-Vorpommern goldenen Boden.

Spitzentechnologien aus
unserem Land.

Infrastruktur – auf gutem Weg.

Bauen für die Menschen und die
Zukunft.



Mecklenburg-Vorpommern: Urlaubsländ für ganz Deutschland.

Unsere Landwirtschaft ist Spitze!

Wir alle können stolz auf das Erreichte sein!

Nur wer Antworten findet, kann Zukunft gestalten.

Aufgaben entschlossen anpacken.

Eine Gesellschaft im Wandel.

Der Tourismus hat sich zu einem der wichtigsten Wirtschaftszweige entwickelt. Durch die Unterstützung der von der CDU geführten Landesregierungen wurden bis 1997 allein 2,15 Milliarden DM an Fördermitteln bereitgestellt. Die Bettenkapazität wurde von 1991 bis 1997 auf über 115.000 verdoppelt und qualitativ verbessert.

Die Strukturen unserer Landwirtschaft sind innerhalb Deutschlands und der EU absolut wettbewerbsfähig. Die CDU wird den Landwirten, wie in der Vergangenheit, weiter zur Seite stehen.

Auf diese Erfolge können wir alle stolz sein. Viele haben einen Beitrag geleistet: Auszubildende, Arbeiter und Angestellte, Unternehmer und Handwerker, Mütter, Väter und Senioren. Wir in Mecklenburg-Vorpommern wissen, was es heißt, sich aufzurappeln, kreativ zu werden und auch zu improvisieren. Und wir wissen auch, was Flexibilität ist, was es bedeutet, sich auf Veränderungen einzustellen.

Trotz all dieser Erfolge überdecken teilweise Gefühle wie Unsicherheit und Enttäuschung unser Selbstbewußtsein und Selbstwertgefühl. Bei uns selbst wie bei unseren Mitmenschen nehmen wir Eigenschaften wie Egoismus und Besitzstandswahrung wahr. Welches sind die Hintergründe?

Liegt es an der hohen Geschwindigkeit der Veränderung in Gesellschaft und Politik der letzten Jahre im Land, liegt es an den Problemen auf dem Arbeitsmarkt, liegt es an den Veränderungen in Staat und Gesellschaft aufgrund der Deutschen Einheit?

Die Antwort auf diese Fragen sind für die Zukunft unserer Heimat bedeutend und Ausgangspunkt für das Wahlprogramm der CDU Mecklenburg-Vorpommern.

Wir alle erkennen bei einer nüchternen und ehrlichen Bestandsaufnahme, daß eine alleinige Zuspitzung der Diskussion auf die Situation in unserem Bundesland oder in Deutschland für unsere Zukunft und die unserer Kinder zu kurz greift. Wir erkennen auch bei einer ehrlichen Analyse, daß wir nicht weiterkommen, wenn wir uns auf unbestimmte Zeit nur mit uns selbst beschäftigen und aktuelle Probleme auf das Zusammenwachsen Deutschlands und Fragen der Deutschen Einheit zuspitzen. Viele der Schwierigkeiten, die auch die alten Bundesländer heute mit sich tragen und die sich in Form von Arbeitslosigkeit und Ängsten äußern, wären auch ohne die Deutsche Einheit entstanden.

Das Ende des Kalten Krieges, das Zusammenwachsen Europas, das Zusammenrücken der internationalen Wirtschafts- und Finanzmärkte, die Entwicklungen in anderen Kontinenten, kurz: die sogenannte Globalisierung, beeinflussen uns unmittelbar und stellen uns vor neue Anforderungen. Diese werden wir mit allem Nachdruck und mit ganzer Energie anpacken. Die Globalisierung der Märkte und der freie europäische Binnenmarkt bringen auf der einen Seite Wachstumsimpulse mit sich, verschärfen aber auch den Wettbewerb und den Wandel von bisher bestehenden Strukturen auf dem Arbeitsmarkt.

Hinzu kommt der tiefgreifende demographische Wandel innerhalb der Gesellschaft. In den nächsten Jahrzehnten wird sich der Bevölkerungsaufbau unserer Gesellschaft grundlegend verändern. In 20 Jahren kommen voraussichtlich auf 100 erwerbstätige Menschen 50 Personen im Ruhestand. Es geht darum, Antworten zu finden und umzusetzen, wie einerseits den Rentnern im Jahre 2020 die verdiente Altersversorgung gesichert, andererseits unseren Kindern und Enkeln aber keine unzumutbaren Belastungen und Hypotheken auferlegt werden.

Neben den erwähnten, sich ändernden Rahmenbedingungen, spüren wir alle, daß auch im Verhältnis von Bürgern und Staat Änderungen notwendig sind, um die Zukunft bestehen zu können. Es hat sich eine Situation entwickelt, in der der Staat die Bürger überfordert, die Bürger ihrerseits aber auch den Staat. So wird einerseits die Bürokratisierung unserer Gesellschaft immer nachhaltiger beklagt. Andererseits fordern Interessengruppen immer wieder ganz spezifische Regelungen und Absicherungen ihrer Interessen durch den Staat.

Die Beziehung Bürger – Staat neu überdenken.

Viele Menschen im Land erkennen die geschilderte Situation sehr genau. Jetzt gilt es, sich aufgrund der notwendigen Veränderungen nicht entmutigen zu lassen und zurückzuziehen. Es gilt, vor dem Hintergrund des Umbruchs in Europa und in der Welt hier in Mecklenburg-Vorpommern anzupacken und gemeinsam die Zukunft zu gestalten. Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern haben vor acht Jahren einen solchen Aufbruch schon einmal geschafft. Wir haben den Menschen in den alten Bundesländern damit eine Wende voraus. Deshalb sollten wir diese Erfahrungen und diesen Vorteil nutzen und mit Optimismus und Selbstbewußtsein ans Werk gehen.

Wir haben vor acht Jahren schon einmal bewiesen, daß wir es schaffen.

Mit Veränderungen verteidigt eine Gesellschaft ihre Fähigkeit, auch in Zukunft Schutz und Hilfe zu geben. Wir müssen dabei unsere Erfahrungen noch stärker in die deutsche Gesellschaft einbringen.

Oft wird versucht, der Notwendigkeit zu Veränderungen auszuweichen, in dem man nach dem Staat ruft. Man geht wie selbstverständlich davon aus, daß dieser finanzielle Mittel zur freien Verfügung hat. Nur: Wenn der Staat auf der einen Seite Ansprüchen der Bürger nachkommt und Geld ausgibt, muß er es an der anderen Stelle über Steuern wieder einnehmen. Die Alternativen sind dann entweder eine höhere Verschuldung oder höhere Steuern. Diese Steuerlast ist aufgrund von vielfältigen Leistungen des Staates in den letzten Jahren jedoch angestiegen und nicht länger hinzunehmen. Im Rahmen einer großen Steuerreform gilt es, diese Steuerbelastung zu senken. Durch den Abbau von steuerlichen Vergünstigungen sollen Ungerechtigkeiten und unerwünschte sogenannte Mitnahmeeffekte beseitigt und die Möglichkeiten zur Steuervermeidung konsequent abgebaut werden. Die CDU Mecklenburg-Vorpommern unterstützt eine große Steuerreform auf Bundesebene mit Nachdruck.

Der Ruf nach noch mehr Staat ist keine Lösung.

Mehr Gerechtigkeit durch die Steuerreform.

Die CDU ist der festen Überzeugung, daß Voraussetzungen an eine zukunftsfähige Gesellschaft diejenigen sind, die einerseits wirtschaftlichen Erfolg sichern und andererseits Menschlichkeit in unserer Gesellschaft sicherstellen. Die Globalisierung der Welt erfordert Gegengewichte im unmittelbaren Lebensumfeld, damit sich die Menschen nicht im Ungewissen und Bindungslosen verlieren und die errungene Freiheit nicht als kalt empfinden. Deshalb wird die CDU mit dem Wahlprogramm für die nächsten vier Jahre Leistungsbereitschaft und soziale Gerechtigkeit, leistungsorientierte Bildung und Familiensinn, Innovationsoffenheit sowie Eigenverantwortung und Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren als nicht zu trennende Ziele fördern.

Unser Anspruch: wirtschaftlich stark und sozial gerecht.

In der praktischen Politik wird die CDU deshalb auf der einen Seite die Kosten und die Regulierungen weiter eindämmen, dem Bürger mehr Freiraum und Anreize für eigenverantwortliches Handeln geben, neue Technologien, Dienstleistungen und Märkte weiter fördern, weiter auf den ersten Arbeitsmarkt setzen, weil mehr Arbeitsplätze nur durch die Unternehmen und nicht durch den Staat geschaffen werden können.

Freiräume für Bürger und Wirtschaft schaffen.



Familien stärken: z.B. Landeserziehungsgeld bis Ende des 3. Lebensjahres.

Jung und alt zusammen für unsere Gesellschaft.

Förderung des Ehrenamtes.

Schule: Leistung gezielt fördern.

Freiheit muß geschützt werden.

Sicherheit für unsere Bürger.

Zivilcourage – das geht uns alle an.

Auf der anderen Seite ist es erklärtes Ziel der CDU, Solidarität mit denjenigen zu üben, die sie brauchen. Einen besonderen Schwerpunkt wird die CDU auf die Familienpolitik legen und das Landeserziehungsgeld für Kinder bis zum Ende des dritten Lebensjahres wieder einführen. In den Familien können unsere Kinder und Jugendlichen Verhaltensnormen, Eigenschaften und Fähigkeiten am sinnvollsten entwickeln, die als Voraussetzung für eine freie und verantwortlich zusammenlebende Gesellschaft unentbehrlich sind: Liebe, Vertrauen, Toleranz und Rücksichtnahme, Opferbereitschaft und Mitverantwortung, Selbständigkeit und Mündigkeit. Des Weiteren werden wir für den Wiedereintritt von Frauen in den Beruf flexible Arbeitszeitmodelle befürworten. Wir werden eine gezielte Jugend- und Seniorenpolitik machen, die die Ideen der Jugend und die Erfahrungen älterer Menschen in die praktische Politik mit integriert.

Politik und Staat sind auf eine aktive Bürgergesellschaft angewiesen. Dies bedeutet, daß wir alle die Freiheit, die wir vor acht Jahren erkämpft haben, nicht nur erleben, sondern im Alltag leben und Eigenverantwortung für uns selbst und andere übernehmen. Dafür bedarf es keiner neuer Gesetze. Hierfür gibt es eine Vielfalt an Möglichkeiten, wie das Hochhalten von Nachbarschaftsgeist, Mitgefühl, Familiensinn und Hilfsbereitschaft. All diejenigen, die dies verwirklichen, sei es in ehrenamtlichen Funktionen, wie in den Kirchen, den Gewerkschaften, der Politik, der Feuerwehr, dem Kleingärtnerverein u. a. Bereichen, wird die CDU weiterhin nach Kräften unterstützen. Unser Land braucht Menschen, die bereit sind, tatkräftig dem Gemeinwohl zu dienen.

Die CDU wird weiter dafür eintreten, daß es jedem einzelnen ermöglicht wird, sich entsprechend seinen Fähigkeiten und Neigungen zu entfalten. Vor diesem Hintergrund bekennen wir uns zum leistungsorientierten gegliederten Schulwesen, denn nur dieses berücksichtigt die Verschiedenartigkeit von Neigungen und Begabungen und ermöglicht den Wechsel zwischen verschiedenartigen Entwicklungsgängen.

Wir brauchen in allen Bereichen und auf allen Ebenen Eliten, die ihr Wissen aus der Verantwortung für andere heraus einsetzen. Deshalb befürwortet die CDU Mecklenburg-Vorpommern ein Bildungswesen, das dem Schwächeren mehr Förderung gibt und dem Stärkeren mehr Leistung abverlangt.

Freiheit muß nicht nur gelebt, sondern auch geschützt werden. Auch hier sind Staat und Bürger gleichermaßen gefordert. Die CDU Mecklenburg-Vorpommern wird auch gegen politische Widerstände weiter dafür eintreten, daß der Staat den Schutz der Bürger sicherstellt und gegebenenfalls verstärkt. Wir werden sicherstellen, daß der Schutz der Menschen vor Verbrechen wesentlich stärker in den Vordergrund gerückt wird. In diesem Zusammenhang werden wir auf den Grundsatz „die Strafe muß der Tat auf dem Fuß folgen“ besonderen Wert legen. Die CDU Mecklenburg-Vorpommern wird sich in diesem Zusammenhang unter anderem dafür einsetzen, daß ab 18 Jahren eine grundsätzliche Anwendung des Erwachsenstrafrechts erfolgt. Organisierte Kriminalität werden wir energisch bekämpfen, im Bereich der Anti-Drogenpolitik lehnen wir auch weiterhin die Freigabe harter und weicher Drogen ab.

Aber auch wir alle als Bürgerinnen und Bürger haben unseren Beitrag zu leisten und mitzuwirken. „Zivilcourage“ ist erste Bürgerpflicht. Dies bedeutet beispielsweise, daß wir alle bereit sein müssen Strafanzeige zu stellen oder als Zeuge zur Verfügung zu stehen, wenn wir Zeugen eines kriminellen Delikts werden. Die CDU wird dafür sorgen, daß der Schutz der Bürger, die sich als Zeugen zur Verfügung stellen, weiter verstärkt wird.

Wenn wir uns alle, Staat und Bürger, den genannten Anforderungen stellen, werden wir den Aufbruch in die Zukunft schaffen, ohne Ängste und Verzagtheit, mit Zuversicht und Mut. Wir werden dann in den nächsten Jahren gemeinsam eine zukunftsfähige Gesellschaft sichern und weiterentwickeln für den Staat und den einzelnen Bürger. Wir werden eine aktive Bürgergesellschaft haben, in der Freiräume für den einzelnen bewahrt werden und Leistung und Mitmenschlichkeit keine gegensätzlichen Ansprüche sind.

Mecklenburg-Vorpommern wird sich weiter zu einem attraktiven Standort im Ostseeraum entwickeln und es wird uns gelingen, in Wirtschaft und Wissenschaft für die Zukunft bedeutsame Märkte zu besetzen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

Die Landwirtschaft wird sich einen festen Platz auf den Märkten in Hamburg und Berlin erkämpfen, und die Erfindungen und Patente aus Mecklenburg-Vorpommern werden zu Exportartikeln mit internationaler Nachfrage werden.

Wir werden es gemeinsam schaffen, daß Mecklenburg-Vorpommern mehr und mehr zu einem attraktiven Land zum Leben und zum Arbeiten wird. Dies bedeutet, daß sich im Umkreis der Universitäten und Fachhochschulen weiter junge und kreative Unternehmen ansiedeln. Der hohe Ausbildungsstand unserer Auszubildenden und unserer Hochschulabsolventen, die Flexibilität gut ausgebildeter Arbeitnehmer wird Investoren aus Europa und der Welt anlocken und Arbeitsplätze schaffen. Wir werden erreichen, daß es Neuansiedlungen im Bereich Multimedia, Biotechnologie, Tourismus und Landwirtschaft in unserem Land gibt. Wir werden dazu beitragen, daß neue Beschäftigungsfelder erschlossen werden. Insbesondere werden wir die Chancen, die der sich entwickelnde Dienstleistungsbereich bietet, energisch nutzen. Eine reine Umverteilung vorhandener Arbeit lehnen wir ab. Der erste Arbeitsmarkt wird weiter zunehmen und das Handwerk eine weitere gute Entwicklung unserer ländlichen Regionen sicherstellen, da wir den Arbeitsmarkt von unnötigen Fesseln befreien und Bürokratie weiter abbauen.

Gerade in einer Zeit von Veränderungen in Staat und Gesellschaft kann sich Mecklenburg-Vorpommern auf den klaren Kurs der CDU verlassen. Dafür steht unser Programm.

Für eine aktive Bürgergesellschaft.

Unser Land hat viele Chancen -
wir werden sie nutzen!

Ein klarer Kurs für Mecklenburg-
Vorpommern: CDU!



Zukunftsstandort Mecklenburg-Vorpommern – wirtschaftlich stark, sozial gerecht.

Aktiv für Wirtschaft und Arbeit.

Fakten:
Maritime Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern hat 20.000 Arbeitsplätze erhalten.

In den vergangenen Jahren haben wir viel erreicht. Wer durch unser Land fährt, wird dies sehen und anerkennen. Viele Beispiele belegen es:

Mit Abschluß der Umstrukturierungen auf der Peene-Werft in Wolgast und der Kvaerner-Warnow-Werft 1995 und der zweiten Privatisierung der MTW und der Volkswerft verfügt Mecklenburg-Vorpommern Ende 1998 mit seinen Kompaktwerften über die modernsten Schiffbauanlagen in Europa. Vor allem die zielgerichtete Privatisierungspolitik der CDU hat sich hier trotz der Vulkan-Platte bewährt.

Zunahme von Ausbildungsplätzen: Mecklenburg-Vorpommern ist bundesweit an der Spitze.

Die positive Entwicklung im Handwerk hat zur nachhaltigen Effekten im Arbeitsmarkt geführt. Heute sind über 200.000 Personen im Handwerk beschäftigt. Das Handwerk stellt außerdem 40 % der betrieblichen Ausbildungsplätze bereit. Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, allen jungen Menschen einen Ausbildungsplatz bereitzustellen. 1997 waren dies doppelt so viele Ausbildungsplätze wie im wirtschaftsstarken Hamburg und genau so viele Ausbildungsplätze wie in Schleswig-Holstein. Dabei hat die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze kontinuierlich zugenommen. Mit dieser Zunahme liegt Mecklenburg-Vorpommern an der Spitze aller Bundesländer.

Land- und Ernährungswirtschaft haben als untrennbar verbundene Bereiche und für das Land wichtige Sektoren die Umstrukturierung erfolgreich bewältigt.

Fakten:
40.000 Arbeitsplätze durch den Tourismus.

Der Tourismus gehört weiter zu den wichtigsten Standbeinen der Entwicklung in unserem Land. Deshalb hat die CDU-geführte Landesregierung für die Förderung von Tourismusvorhaben seit 1991 insgesamt 2,15 Milliarden DM Fördermittel bereitgestellt, so daß heute 116.400 Betten zur Verfügung stehen.

Spitzentechnologien gezielt gefördert – Zukunft gesichert.

Durch die gezielte Politik der CDU arbeiten in den Technologiezentren des Landes und im Forschungszentrum Biotechnik Greifswald heute über 1.700 Personen. Dabei nehmen die Informations- und Kommunikationstechnologien eine Schlüsselrolle ein. 530 Unternehmen sind allein in diesem Bereich tätig. Durch den zielgerichteten Ausbau der Telekommunikationsstruktur ist es gelungen, in Mecklenburg-Vorpommern 1.200 Arbeitsplätze in Callcentern zu schaffen. Bis zum Jahr 2000 werden in diesem Bereich etwa 3.000 bis 4.000 Arbeitsplätze bereitstehen.

Wir sind uns trotz der Erfolge bewußt, daß es noch Probleme gibt, die es zu lösen gilt. Der Weg von der Plan- in die Marktwirtschaft ist länger und schwieriger, als wir alle angenommen haben. Die Arbeitslosigkeit im Land ist das wichtigste Problem, das es zu lösen gilt.

Für die CDU ist es nicht hinnehmbar, daß fast jeder fünfte Erwerbsfähige in Mecklenburg-Vorpommern keinen Arbeitsplatz hat und besonders der Anteil der jungen Menschen unter den Arbeitslosen hoch ist. Eine solche Situation ist nicht nur für die direkt Betroffenen schlimm, sie gefährdet auch den sozialen Frieden und die soziale Sicherheit in unserem Land.

Impulse für die Wirtschaft – Arbeitsplätze für unsere Bürger.

Die CDU stellt sich der Aufgabe, durch eine offensive Ansiedlungspolitik und die Schaffung von unternehmensfreundlichen Rahmenbedingungen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Arbeitslosigkeit zu senken. Außerdem werden wir daran arbeiten,

daß künftig jedem arbeitsfähigen Empfänger von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe eine Arbeitsgelegenheit angeboten werden kann. Dabei hat die Integration in den ersten Arbeitsmarkt für uns Priorität.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist zuallererst ein strukturelles Problem. Wenn bei 1% Wirtschaftswachstum in Spanien 1,14% mehr Beschäftigung geschaffen wird, in Deutschland aber nur 0,37%, so müssen die Ursachen einer solchen Entwicklung behoben werden. Diese sind einerseits in einengenden Arbeitsmarktregelungen, andererseits in den hohen Lohnzusatzkosten zu suchen. Durch die Flexibilisierung am Arbeitsmarkt und eine durchdachte Sozialpolitik können Möglichkeiten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze gefunden werden. Mecklenburg-Vorpommern hat dabei schon heute entscheidende Vorteile.

Der CDU Mecklenburg-Vorpommern ist bewußt, daß die Situation auf dem Arbeitsmarkt sowie die Wirtschaftspolitik des Landes nicht losgelöst von der Gesamtsituation in der Bundesrepublik gesehen werden können. Wesentliche Rahmenbedingungen werden durch die Bundespolitik vorgegeben und gestaltet. Hier die notwendigen Veränderungen und Modernisierungen im Interesse des Landes Mecklenburg-Vorpommern herbeizuführen und mitzugestalten ist dringend erforderlich. Wir werden uns nachdrücklich für die Umsetzung der zentralen Reformvorhaben wie die der Steuerreform einsetzen und sie unterstützen.

Mehr als bisher gilt es, auch das Land an den Erfordernissen des internationalen Wettbewerbs auszurichten. Mit der bevorstehenden Ausdehnung der Europäischen Union und der in Zukunft noch stärker werdenden internationalen Verflechtung der nationalen Wirtschaften ist eine stärkere internationale Orientierung unserer Wirtschaft zwingend.

Schaffung von Arbeitsplätzen - flexibel handeln.

Die Interessen unseres Landes in Bonn vertreten.

Gestärkt im internationalen Wettbewerb.



Die CDU – Garant für solide Finanzen.

Fakten:

Jahr für Jahr weniger Schulden: die Nettokreditaufnahme in Millionen DM:

1994	2.708,7
1995	2.144,5
1996	2.045,0
1997	1.513,1
1998	1.194,3

Arbeitsplätze – eine lohnende Investition.

Wir tragen Verantwortung für die kommenden Generationen.

Steuerreform: Entlastung für Privathaushalte und Unternehmen.

1. Solide Finanzen – die Basis unseres Handelns.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern ist Garant für eine solide Haushaltspolitik. Dank der Politik der CDU Mecklenburg-Vorpommern konnte auch in der derzeit konjunkturell angespannten Situation in Deutschland ein finanzpolitischer Handlungsspielraum für unser Land aufrechterhalten werden. Die Verschuldung Mecklenburg-Vorpommerns wurde auf einem langfristig vertretbares Niveau begrenzt. Somit besteht ein solides finanzielles Fundament für die weitere Entwicklung des Landes. Um eine positive Entwicklung des Landes auch weiter finanziell begleiten zu können, ist eine strenge Haushaltsdisziplin für die kommenden Jahre notwendig. Unser Land muß sich langfristig unabhängig von den Finanzzuweisungen des Bundes machen. Deshalb müssen Prioritäten gesetzt werden.

Die CDU wird die Investitionstätigkeit des Landes mit hoher Intensität weiterführen. Die Finanzmittel sind dabei vorrangig für eine weitere Verbesserung der Infrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern zu nutzen, um so zum Erhalt und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze die notwendigen Grundlagen zu schaffen.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern wird auch in Zukunft wohldosiert mit dem Instrument der Staatsverschuldung umgehen. Eine Finanzpolitik, die auf einer hohen Verschuldung beruht, ist eine sozial ungerechte Politik, die auf Kosten der Jugend des Landes gehen wird. Eine solche Politik wird von der CDU strikt abgelehnt.

Eine große Steuerreform ist für die gesamte Bundesrepublik von entscheidender Bedeutung. Die spürbare Entlastung unserer Menschen und die deutliche Verbesserung der derzeit hohen Kostenbelastung für die Unternehmen muß die vorrangige Zielsetzung dieser Reform sein. Deshalb sagt die CDU in ihrem Vorschlag zur Steuerreform: Niedrige Steuersätze mit wenigen Ausnahmen für alle. Dies schafft Entlastungen bei Privathaushalten und Unternehmen gleichermaßen und führt in der Konsequenz zu berechenbaren Steuereinnahmen des Staates. Dies kommt der Gesamtheit der Bürger zugute. Lediglich eine Umverteilung der Staatseinnahmen ohne nennenswerte Entlastung für den Bürger wird es mit der CDU nicht geben. Mit den angestrebten Entlastungswirkungen werden Wachstumseffekte ausgelöst, die die durch die Nettoentlastung verursachten Steuermindereinnahmen kompensieren. Die mit der Steuerreform einhergehende Steuerentlastung für alle Steuerzahler wird somit für den Landeshaushalt nicht zu Einnahmeausfällen führen.

2. Wirtschaft stärken – Arbeitsplätze schaffen.

Impulse für die Wirtschaft.

Die Wirtschaftsförderung mit ihren zahlreichen Programmen wird auch in Zukunft ein wesentliches Instrument der Wirtschaftspolitik des Landes sein. Solange ein selbsttragender stabiler Aufschwung der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern und den anderen neuen Ländern nicht erreicht ist, ist gezielte Wirtschaftsförderung unabdingbar.

Wirtschaftsförderung ist unverzichtbar.

Die Wirtschaftsförderung wird auch zukünftig darauf ausgerichtet sein, besonders den Mittelstand in Mecklenburg-Vorpommern zu unterstützen. Deshalb wollen wir die Förderprogramme vereinfachen und flexibler handhaben. Neue Instrumentarien sollen außerdem dazu beitragen, die Liquidität und die Eigenkapitalausstattung unserer mittelständischen Betriebe zu verbessern.

Für einen starken Mittelstand.

In Zukunft wird die Mittelvergabe noch stärker auf Bereiche ausgerichtet werden, in denen gute Perspektiven, hohe Produktivität und überdurchschnittliches Wachstum erwartet werden können. Allerdings wird die CDU auf eine gezielte Ansiedlungspolitik im ländlichen Raum nicht verzichten und so die Entwicklung in den strukturschwachen und dünn besiedelten Regionen weiter anregen.

Stärken fördern, Schwächen beheben.

Wir werden den Bereichen, in denen die Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns über besondere Chancen verfügt, erhöhte Aufmerksamkeit schenken. Diese Branchen werden unter Ausnutzung der bestehenden Möglichkeiten zur Förderung optimal unterstützt.

Offensive Arbeitsmarktpolitik.

Die wichtigste Aufgabe der Politik ist die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitsmarktpolitik ist gefordert, solche Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, neue Beschäftigungsmöglichkeiten in der mittelständischen Wirtschaft zu schaffen. Die wichtigste Zielrichtung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze stellt für die CDU der erste Arbeitsmarkt dar. Alle notwendigen und unterstützenswerten Maßnahmen zur Überbrückung von Arbeitslosigkeit müssen zeitlich begrenzt werden und sich dem Ziel, die Betroffenen wieder in den ersten Arbeitsmarkt einzuordnen, unterordnen. Eine Ausdehnung der Arbeitsangebote des staatlichen Sektors stellt angesichts der hohen Staatsquote in Deutschland für die CDU keine Alternative dar.

Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Mittelstand.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern bekennt sich zu geeigneten Formen der Förderung des Arbeitsmarktes und einer gezielten offensiven Arbeitsmarktpolitik. Wir wollen politische Rahmenbedingungen so gestalten, daß möglichst viele Dauerarbeitsplätze am regulären Arbeitsmarkt geschaffen werden.

Dazu müssen Existenzgründungen verstärkt erleichtert und gefördert, Maßnahmen zur Sicherung der Liquidität bestehender Unternehmen begünstigt, Lohnkostenzuschüsse, Beschäftigungs- und Eingliederungshilfen für die Einstellung von Arbeitslosen im regulären Arbeitsmarkt zielgerichtet angewandt und ausgereifte und ausgewogene Instrumente der Unternehmensförderung flankierend genutzt werden.

Auch in diesem Jahr haben wir zusätzliche Hilfen für die Erleichterung von Existenzgründungen bereitgestellt.



Der Flexibilisierung von Arbeitszeiten mißt die CDU im Rahmen der Lösung der Beschäftigungsprobleme eine besondere Bedeutung zu. Eine flexibler gestaltete Arbeitszeit sollte daher Vorrang vor generellen Arbeitszeitverkürzungen haben. Teilzeitangebote sollen verstärkt genutzt werden, um auch die Arbeitsmarktchancen für Frauen zu erhöhen. Im öffentlichen Dienst, besonders in der Landesverwaltung, sind verstärkt Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit durch Anpassung der Rahmenbedingungen zu schaffen.

Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor mit den entstandenen Strukturen muß mit Nachdruck auf Ausgründungen und Existenzgründungen ausgerichtet werden. Angepaßte, personenbezogene Ausbildungs-, Umschulungs- und Fördermaßnahmen sollen zielgerichtet die Wiedereingliederung in den regulären Arbeitsmarkt fördern. Die Strukturen der Beschäftigungsgesellschaften sind so zu straffen, daß sie eine Verselbständigung und Konkurrenz zum regulären Arbeitsmarkt vermeiden.

Arbeitsmarktpolitische Förderung gezielt einsetzen.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern will insbesondere diejenigen fördern, die besonders hart von der schwierigen Arbeitsmarktsituation betroffen sind. Durch arbeitsmarktpolitische Förderung sollen insbesondere Langzeitarbeitslose aus dem ländlichen Raum, Frauen, Alleinstehende, ältere Arbeitnehmer und Menschen mit gesundheitlichen oder qualifikatorischen Einschränkungen verstärkt begleitet werden, um ihre Arbeitsfähigkeit zu trainieren und zu erhalten. Besonders die Wiedereingliederung von Frauen in das Arbeitsleben nach Erziehungszeiten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sollen durch geeignete betriebliche Förderung und Hilfestellung unterstützt werden.

Arbeit statt Sozialhilfe.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern sieht es als unverzichtbar an, landesweit geeignete Angebote für Arbeit statt Sozialhilfe zu entwickeln. Durch Qualifizierungsangebote und Arbeitstraining sowie Schaffung geeigneter Arbeitsmöglichkeiten soll Sozialhilfeempfängern die Möglichkeit einer selbständigen und auf Erwerbsarbeit beruhenden Lebensführung gegeben werden.

Arbeitsangebote z.B. in der Landwirtschaft stärker nutzen.

In Anbetracht der hohen Arbeitslosigkeit muß auch darüber nachgedacht werden, wie bestehende, aber nicht genutzte Arbeitsangebote besser genutzt werden können. Besonders im Landwirtschaftsbereich kommt es in den Erntezeiten immer wieder zu Engpässen bei den Beschäftigten, die oft nur durch ausländische Arbeitskräfte gedeckt werden können. Es gilt zu überlegen, wie eine stärkere Nutzung dieser Beschäftigungsangebote für unsere einheimische Bevölkerung erreicht werden kann.

Arbeitsmarktmaßnahmen sorgen für positive Effekte bei Bürgern und Unternehmen.

Beschäftigungsmöglichkeiten, die sich durch Vergabe-ABM realisieren lassen, müssen verstärkt zur Anwendung kommen. Ausschreibungen zur Beseitigung immer noch zahlreicher bestehender Branchen in vielen Gemeinden, aber auch der Ausbau regionaler Infrastruktur für den Fremdenverkehr, wie Wander- und Radwege, können über Vergabe-ABM realisiert werden. Damit können positive Effekte sowohl für die Beschäftigung, für die Auftragslage einheimischer Unternehmen als auch für die Gemeinden erreicht werden.

Fakten:
Im Ausbildungsjahr 1997/98 konnte dank staatlicher Förderprogramme 12.693 Jugendlichen ein Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt werden.

Im Interesse der jungen Menschen unseres Landes muß die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe weiter erhöht werden. Beispielgebend ist hier das Handwerk, das einen enorm wichtigen Beitrag zur betrieblichen Ausbildung in unserem Bundesland leistet. Wichtig ist auch das Engagement der Kammern, die Betriebe in ihrer Ausbildungsbereitschaft zu ermuntern. Die CDU unterstützt nachdrücklich alle Ausbildungsbemühungen der Wirtschaft und setzt sich auch in Zukunft dafür ein, allen jungen Menschen einen Ausbildungsplatz anbieten zu können.

Auch für andere Fragen, die ausgehend von der bundesweiten Debatte positiv für die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern wirken können, sind wir aufgeschlossen und werden sie konstruktiv aufnehmen. Genannt sei hier beispielsweise die Diskussion des Kombi-Lohns. Dieses Modell sieht vor, daß Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen einen Einkommensbestandteil durch die Sozialämter erhalten. Der Kombi-Lohn kann für die besonders von Arbeitslosigkeit betroffenen Bereiche der einfachen und gering entlohnten Arbeit eine spürbare Entlastung bringen.

Ein wichtiges Thema, welches die CDU intensiv angehen wird, ist die Schwarzarbeit. Es ist nicht hinnehmbar, daß sich immer mehr Menschen aus der legalen Beschäftigung verabschieden und ihr Einkommen in der Schattenwirtschaft erzielen. Damit werden die Kosten der sozialen Sicherung einem immer kleiner werdenden Kreis aufgebürdet.

Kombi-Lohn-Modell konstruktiv diskutieren.

Fakten:
1996 sind den Sozialversicherungsträgern und dem Staat schätzungsweise 100 Milliarden DM durch Schwarzarbeit entgangen. Die CDU wird Schwarzarbeit noch intensiver bekämpfen.



Im Herzen Europas – Chancen nutzen.

Die Ostseeregion gilt als kommende Wachstumsregion in Europa.

Der EURO – Chancen für unsere Wirtschaft.

3. Herausforderung Europa.

Durch die Entwicklung der Europäischen Union der Zukunft rückt Mecklenburg-Vorpommern aus einer deutschen Rand- in eine europäische Zentrallage. Die damit verbundenen Entwicklungen müssen zum Vorteil des Landes genutzt werden.

Ziel der CDU ist es, durch eine zügige Verwirklichung der Infrastrukturprojekte rechtzeitig leistungsfähige Strukturen für die sich entwickelnden Verkehrsströme nach Osten bereitzustellen. Nur so können die Chancen aus der EU-Erweiterung für unser Land genutzt werden.

Für unser Land und insbesondere den vorpommerschen Landesteil bedeutet die absehbare Aufnahme Polens in die EU, daß sich die Möglichkeiten zu einer engen Kooperation verbessern und viele bisher mühsame Verfahren erleichtern werden. Es bedeutet aber auch, daß im Osten ein voll in das europäische Haus integrierter Partner heranwächst, der Freund, aber auch Wettbewerber ist.

Die Anstrengungen an den Schulen und Hochschulen des Landes, ihre Bildungsangebote stärker auf die besonderen Möglichkeiten des Ostseeraums auszurichten und in diesem Bereich eine besondere Kompetenz zu bewahren und weiterzuentwickeln, werden von der CDU unterstützt und gefördert.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern bekennt sich zu einem stabilen EURO und sieht ihre Aufgabe auch darin, Vorbehalte und Ängste gegenüber der Europäischen Währungsunion abzubauen. Die Exportchancen, die eine einheitliche europäische Währung insbesondere für die deutsche Wirtschaft bedeutet, werden auch für Mecklenburg-Vorpommern mit Vorteilen verbunden sein, die es zu nutzen gilt.

4. Stärken weiter ausbauen.

Zu den wichtigsten Säulen unserer Wirtschaft gehören der Tourismus, die Ernährungswirtschaft, die Bauwirtschaft und die maritime Wirtschaft. Diese Bereiche, in denen bereits jetzt besondere Stärken und Kompetenzen Mecklenburg-Vorpommerns liegen, sollen gezielt weiterentwickelt werden. Das verarbeitende Gewerbe muß in unserer Wirtschaft gestärkt werden. Die Chancen im Dienstleistungsbereich gilt es zu nutzen.

Tourismus

Der Tourismus muß als besonders beschäftigungsintensive Branche und als wichtiges Standbein der Wirtschaft unseres Landes weiter ausgebaut werden. Er leistet schon heute einen wesentlichen Beitrag zur Beschäftigung in unserem Land, ist aber noch entwicklungsfähig. Grundlage dafür sind die hervorragenden naturräumlichen Voraussetzungen Mecklenburg-Vorpommerns, die in der Zukunft noch besser genutzt werden müssen. Die einzigartige Vernetzung aller Landesteile durch Binnenseen, Küstengewässer und Wasserstraßen ist ein Vorteil, den es gezielt zu vermarkten gilt.

Um die vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen und auszubauen, gilt es, den Tourismus auch in Zukunft gezielt zu fördern. Dabei kommt es nicht mehr vorrangig auf die Schaffung neuer Bettenkapazitäten an, sondern auf die Entstehung einer touristischen Infrastruktur, die insbesondere dem Kriterium der Saisonverlängerung Rechnung zu tragen hat. Dadurch können bestehende Bettenkapazitäten besser genutzt werden, die Rentabilität steigt.

Bei der Entwicklung der Tourismuswirtschaft kommt es darauf an, die großen, aber bisher unterschätzten Möglichkeiten für den Tourismus im Binnenland stärker zu fördern und zu entwickeln. Ausgehend von den besonderen Möglichkeiten des Landes werden wir touristische Potentiale von großem Gewicht stärker entwickeln und vermarkten. Genutzt werden müssen insbesondere die umfangreichen Möglichkeiten im Bereich Wassersport. Unter dem Stichwort „Faszination Wasser“ können zahlreiche Aktivitäten rund ums Wasser gebündelt und gezielt Angebote erarbeitet werden. Besonderen Wert wird die CDU auch in Zukunft darauf legen, daß bei dem weiteren Ausbau von Freizeitwirtschaft und Tourismus den Erfordernissen der Umwelt genügt wird.

Eine zweigeteilte Entwicklung, bei der die Küste dem Binnenland in der touristischen Entwicklung davoneilt, darf es nicht geben. Gerade im Binnenland und in den Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit müssen die Chancen, den Tourismus zu einer dauerhaft festen Säule der lokalen und regionalen Wirtschaft zu machen, genutzt werden.

In diesem Zusammenhang gilt unser Augenmerk besonders einem leistungsfähigen und erfolgreichen Marketing der Tourismusregionen unseres Landes. Gefragt sind Ideen, Initiativen und Angebote, die den Reisezielen in Mecklenburg-Vorpommern ein unverkennbar eigenes Gesicht geben. Um dauerhaft bestehen zu können, ist deshalb eine konsequente Qualitäts- und Serviceorientierung des Tourismus sowohl im Binnenland als auch an der Küste erforderlich.

Fakten:

Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern ist jetzt schon Spitze.

Entwicklung der Bettenzahl

Jahr	Betriebe Betten	
	Absolut	In Tsd.
1992	1.079	67,3
1995	1.743	98,4
1997	1.969	117,6

Unser Land hat viel zu bieten.

Förderung des Wassertourismus.

Das Binnenland gezielt fördern.

Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern – unverwechselbar gut.



Service verbessern

Um mit anderen beliebten Reisegebieten konkurrieren zu können, ist die Buchbarkeit von Angeboten in Mecklenburg-Vorpommern unbedingt zu verbessern. Bemühungen, den Zugang zu den Reisebüros und die Schaffung von deutschlandweiten Buchungsmöglichkeiten zu verbessern, unterstützt die CDU nachhaltig. Eine durchgehende regionale Vernetzung der Angebote ist für eine flächendeckende Buchbarkeit ebenso wichtig, wie es umfangreiche Informationen über die Produkte sind.

Forschung für den Urlaub.

Wegen der wirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs für Mecklenburg-Vorpommern werden wir auch Aktivitäten, die der Ansiedlung von Tourismusforschung im Land dienen, stärker fördern. Entsprechende Ansiedlungen werden es ermöglichen, schnell und gezielt auf neue Anforderungen des Marktes zu reagieren und Ergebnisse der Wissenschaft schnell und zum Vorteil der einheimischen Tourismuswirtschaft in die Praxis umzusetzen.

Die CDU setzt sich dafür ein, das bestehende Wirtschaftsministerium in Ministerium für Wirtschaft und Tourismus umzubenennen. Gleiches gilt für den entsprechenden Landtagsausschuß.

Ernährungswirtschaft

Fakten:
Umsatzentwicklung in der Ernährungswirtschaft
Umsatz in Mrd. DM

1991	2,77
1993	3,48
1995	4,34
1997	4,88

In den letzten Jahren ist es gelungen, eine leistungsfähige Branche im Bereich der Ernährungswirtschaft zu entwickeln. Hier arbeiten heute über 12.000 Menschen. Gestützt auf eine wettbewerbs- und leistungsfähige Landwirtschaft bietet die Ernährungswirtschaft gute Möglichkeiten, den Absatz der im Lande erzeugten landwirtschaftlichen Produkte zu sichern und gleichzeitig hochwertige Veredlungsprodukte anzubieten. Dabei erfolgt die Wertschöpfung im Land und trägt zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Mecklenburg-Vorpommern bei.

Um das Potential der Ernährungswirtschaft weiterzuentwickeln, ist es notwendig, mit gezielter Förderung vor allem das Marketing der Ernährungsgüter erzeugenden Betriebe zu verbessern und die Stabilität der Unternehmen zu erhöhen. Kern der Bemühungen muß dabei der Absatz bleiben, da sich dieser als zentrales Problem für die Ernährungswirtschaft erweist. Dafür ist die Verbesserung der Werbung eine grundlegende Voraussetzung – sie muß deshalb engagiert unterstützt werden.

Chancen für unsere Produkte in Mittel- und Osteuropa.

Eine wichtige Aufgabe sehen wir auch darin, die Märkte der mittel- und osteuropäischen Länder für die Produkte unseres Landes zu erschließen. Im Gegensatz zu den gesättigten Märkten der Bundesrepublik und Westeuropas sollten sich hier mit zunehmender Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Staaten Potentiale erschließen lassen.

Bauwirtschaft

Die Bauwirtschaft mit ihren insgesamt über 64.000 Beschäftigten hat in den vergangenen Jahren eine zentrale Rolle für den Aufbau in unserem Land gespielt. Wir hatten hier einen enormen Nachholbedarf. Dies schlug sich in dem hohen Anteil der Fördermittel für die Investitionen im Landeshaushalt nieder. Die Bauwirtschaft wird auch zukünftig für den Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern bedeutsam sein.

Inzwischen sind jedoch wesentliche Aufbauleistungen erbracht und viele der dringenden Aufgaben im Bereich der Bauwirtschaft geleistet. Die Bauwirtschaft ist in eine Phase der Konsolidierung getreten, die insbesondere mit einem Abbau von Kapazitäten und Arbeitsplätzen im Baugewerbe einhergeht.

Ausgehend von der geschilderten Situation sieht es die CDU als notwendig an, durch eine Vergabe öffentlicher Aufträge besonders an Unternehmen des Landes, aber auch durch die Beschleunigung öffentlicher Projekte, die heimische Bauwirtschaft zu unterstützen. Für die Unterstützung der mittelständischen Bauwirtschaft in unserem Land müssen auch kleinere Lose ausgeschrieben werden. Auch die Vergabe öffentlicher Aufträge an einheimische Planungsbüros und die stärkere Favorisierung einheimischer Rohstoffe sind wichtige Ansatzpunkte. Die CDU setzt sich nachhaltig für solche, stärker mittelstandsorientierte Maßnahmen zur Förderung der Bauwirtschaft ein.

Ein weiterer für die CDU wichtiger Bereich zur Unterstützung der Bauwirtschaft ist die konstruktive Diskussion um die Änderung von Rahmenbedingungen am Bau. Dabei spannt sich das Spektrum der Themen von der deutlichen Reduzierung des Verwaltungsaufwandes und der Genehmigungszeiträume bis hin zu Fragen der Finanzierung öffentlicher Bauten. Ansatzpunkte zu möglichen Privatfinanzierungen gibt es insbesondere bei Bauten der öffentlichen Hand.

Maritime Wirtschaft

Die maritime Wirtschaft stellt nach wie vor eine wichtige Basis für die Industrie des Landes Mecklenburg-Vorpommern dar. Die CDU bekennt sich nachdrücklich zu den Werften Mecklenburg-Vorpommerns. Ohne einen leistungsfähigen Schiffbau wird der maritimen Wirtschaft des Landes der Boden entzogen und auch die industrienähe Forschung verliert an Bedeutung.

Mecklenburg-Vorpommern verfügt dank der umfangreichen Förderung über hochmoderne Schiffbaubetriebe und eine hochqualifizierte Personaldecke. Durch intensive Bemühungen auf allen politischen Ebenen ist es gelungen, trotz der Vulkan-Pleite noch einmal Förderungen für die Modernisierung der Werften bewilligt zu bekommen. Mit Hilfe dieser Mittel haben wir es geschafft, ein wesentliches Fundament für den zukünftigen Erfolg der Werften im Land zu schaffen.

Mit den neuen, international erfahrenen und erfolgreichen Eigentümern muß es gelingen, die Werftindustrie Mecklenburg-Vorpommerns auch im harten internationalen Wettbewerb dauerhaft als erfolgreichen Anbieter zu etablieren.

Die CDU wird die Werften bei ihren Bemühungen um Spezialisierung unterstützen, um die Arbeitsplätze im Schiffbau und der Zulieferindustrie zu erhalten und auszubauen.

Da eine weitere Förderung der Werften auch aus EU-rechtlichen Gründen kaum realisierbar sein wird, sehen wir einen Ansatzpunkt für die Unterstützung der maritimen Wirtschaft des Landes darin, der maritimen Forschung und Entwicklung besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Durch eine starke, leistungsfähige und industrienähe Forschung soll die Grundlage für eine auch in der Zukunft wettbewerbsfähige Werftindustrie gelegt werden.

Unterstützung der Bauwirtschaft.

Erste Erfolge: Dank des Maßnahmenpaketes „Bauwirtschaft“ wird die Strukturkrise der Branche abgefedert, starke Einbrüche werden vermieden.

Maritime Wirtschaft - ein wichtiges Standbein.

Fakten:
Entwicklung der Schiffneubaukapazitäten der Werften 1994-1997 in 1.000 cgt:

	1994	1995	1996	1997
MTW	98	99	100	98
KWW	74	72	85	85
VW	96	85	76	79
PW	28	14	33	32
EWB	36	21	5	7

Volle Unterstützung für die Werften.

Forschung und Entwicklung sichern Wettbewerbsfähigkeit.



Stärkere Orientierung auf ausländische Märkte.

Exportfähigkeit steigern

Der geringe Auslandsumsatz der Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns und die noch unzureichende Orientierung auf ausländische Märkte führt dazu, daß unsere einheimische Wirtschaft nicht von exportgetragenen Aufschwüngen der Gesamtwirtschaft profitieren kann. Die konjunkturelle Erholung mit ihren auch den Arbeitsmarkt entlastenden Wirkungen fällt wesentlich geringer aus, als in den alten Bundesländern mit einem hohen Exportanteil.

Die Exportorientierung und der Auslandsumsatz sind deshalb weiter zu stärken und zu fördern. Die CDU setzt sich für eine konsequente Fortsetzung der Außenwirtschaftsförderung ein und fordert eine intensivere Diskussion des Themas, um die zu starke Abhängigkeit der Wirtschaft von der Binnenkonjunktur zu mildern.

5. Spitzentechnologien – da steckt Zukunft drin.

Forschungsergebnisse von heute sind die Technologien von morgen und die Produkte von übermorgen. Die Aufwendungen, die eine moderne Volkswirtschaft in wissenschaftliche Erkundung und wirtschaftliche Umsetzung von Schlüssel- und Spitzentechnologien investiert, sind die beste Anlage für die Zukunft. Intelligente Produkte, die den Einsatz von Hochtechnologien erfordern, sichern internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit Arbeitsplätze. Ihnen muß deshalb stärkere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Zu nennen sind die Informations- und Kommunikationstechnologien, Biotechnologie, Medizintechnik und Biomedizin. Dies sind Felder, in denen bereits besondere Kompetenzen in Mecklenburg-Vorpommern vorhanden sind. Sie müssen genutzt und in neue Produkte umgesetzt werden. Förderung und Verstärkung der Forschung in diesen Bereichen sichern die Leistungsfähigkeit des Landes.

Weitere Bereiche, in denen Mecklenburg-Vorpommern besondere Kompetenzen entwickeln kann, sind die nachwachsenden Rohstoffe, die regenerativen Energien, die Plasmaphysik, der gesamte Maritimbereich und das Know-how im Bereich des Rückbaus veralteter Kernkraftwerke. Diese Potentiale müssen in enger Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik genutzt werden, mit dem Ziel, neue Unternehmen mit wettbewerbsfähigen Produkten und dauerhaften Arbeitsplätzen zu schaffen.

Innovativ nach vorn.

Von der Häufigkeit und Geschwindigkeit, mit der Innovationen in neue Produkte, Verfahren und Dienstleistungen umgesetzt werden, hängt der Markterfolg der Unternehmen und damit die Sicherung bestehender ebenso wie die Schaffung neuer Arbeitsplätze entscheidend ab. In den neuen Ländern haben wir in diesem Wettbewerb mit unserem hohen Potential an gut ausgebildetem, hoch motiviertem Personal, mit aus der Not geborenem Improvisationstalent und Anpassungsfähigkeit an ungewohnte Situationen einen Vorteil. Kombiniert mit einer sich ständig verbessernden Infrastruktur und mit einer guten finanziellen Förderung über spezifische Bundes- und Landesprogramme führt dies zu einer ausgezeichneten Startposition. Die hierin liegenden Chancen gilt es auszuschöpfen.

Dazu hätte es die CDU vor allem für erforderlich, den Kontakt zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu verbessern. Deshalb wollen wir Innovationsbörsen und -agenturen, Ausgründungen aus Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen besonders durch spezielle Förderprogramme unterstützen. Außerdem beabsichtigt die CDU Mecklenburg-Vorpommern eine steuerlich wirkende Innovationszulage, um die Beschäftigung von Personal in der Forschung und Entwicklung von Unternehmen unseres Landes zu fördern. Daneben werden wir die Rahmenbedingungen für Wagniskapital weiter verbessern.

Ein gutes Beispiel für das in einem vernetzten Vorgehen liegende Potential gibt die Bio-Regio Greifswald-Rostock, in der Unternehmen, Wissenschaftler, Banken und Behörden eine effektive Form der Zusammenarbeit gefunden haben. Die dadurch ermöglichte Intensivierung der Biotechnologie fördert darüber hinaus Synergien zwischen den Wachstumszentren Rostock und Greifswald sowie dem ländlich strukturierten Umland.

Spitzentechnologien – heute in die Zukunft investieren.

Forschung von heute – Arbeitsplätze von morgen.

Fakten:
In 8 Technologiezentren des Landes sind heute 254 Unternehmen mit 1.734 Beschäftigten angesiedelt. 114 Firmen mit ca. 560 Beschäftigten stehen bereits auf eigenen Beinen.

Innovationszulage zur Förderung von Forschung und Entwicklung.



Ähnliche Wachstumschancen gilt es im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie zu nutzen. Gerade im ländlich strukturierten Raum können mit diesen Technologien entfernungsbedingte Standortnachteile minimiert und neue Beschäftigungsmöglichkeiten besonders wirksam erschlossen werden.

6. Chancen erkennen und nutzen.

Gezielt gefördert in die Selbständigkeit.

Die CDU tritt für eine neue Kultur der Selbständigkeit ein. Bild und Ansehen des Unternehmers in der Gesellschaft müssen verbessert und von Vorurteilen befreit werden. Die berufliche und unternehmerische Selbständigkeit muß wieder anstrebenswertes Ziel sein.

Die Förderung des Landes wird sich daran orientieren, auch bei kleinen und wenig kapitalintensiven Gründungen unterstützend zur Seite zu stehen, um gerade jungen Menschen mit guten Ideen, aber wenig eigenem Kapital den Weg in die Selbständigkeit zu ebnet, der heute oftmals schon bei der Bank scheitert. Deshalb wird die CDU Existenzgründungen weiter unterstützen und neuen Möglichkeiten zur Bereitstellung auch von privatem Risikokapital für die Unternehmensgründung erschließen. Ein wichtiges Augenmerk werden wir auf die Liquiditätssicherung von bereits bestehenden selbständigen Existenzen richten.

Es kommt darauf an, eine Vielzahl neuer kleiner Unternehmen zu schaffen, damit diese zu einer Säule der wirtschaftlichen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern werden.

Ausbildungsplätze bereitstellen.

Mit dem Ausbildungspakt 2000 ist bereits 1997 auf Initiative der CDU ein über drei Jahre umzusetzendes Maßnahmenpaket für den Ausbildungsbereich verabschiedet worden. Dadurch konnten in den vergangenen Jahren alle jungen Menschen einen Ausbildungsplatz erhalten. 1997 waren dies doppelt so viele Ausbildungsplätze wie im wirtschaftsstarken Hamburg und genau so viele Ausbildungsplätze wie in Schleswig-Holstein. Dabei hat die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze kontinuierlich zugenommen. Mit dieser Zunahme liegt Mecklenburg-Vorpommern an der Spitze aller Bundesländer. Besonders hervorzuheben ist, daß das Handwerk in den zurückliegenden Jahren 40 % der betrieblichen Ausbildungsplätze bereitstellte.

Eine Ausbildungsplatzabgabe lehnen wir ab, da dies der Abschied vom Dualen System der Berufsausbildung wäre. Eine Ausbildungsplatzabgabe schafft keine neuen Ausbildungsplätze, sondern vernichtet bestehende. Zudem besteht die Gefahr, daß es dadurch zu einer Bürokratisierung der Ausbildung, verbunden mit höheren Kosten und Ineffizienz, kommt. Vorrang hat für die CDU die Schaffung betrieblicher Ausbildungsplätze. Für einen betrieblichen Ausbildungsplatz wurden in den Jahren 1992 bis 1996 ca. 4.750 DM an Fördermittel von Bund und Land aufgewendet. Dagegen kostet ein außerbetrieblicher Ausbildungsplatz die öffentliche Hand ca. 49.000 DM. Um weitere betriebliche Ausbildungsplätze zu realisieren und die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen zu erhöhen, streben wir eine Neugestaltung der Landesförderung an.

Fakten:

Mecklenburg-Vorpommern bietet noch Potential für Existenzgründer! Selbständigenquote im Ländervergleich:

OECD-Durchschn.	11%
Deutschl. West	9,3%
Deutschl. Ost	7,1%
M-V	6,9%

Wir fördern die Bereitstellung von Risikokapital!

Im Ausbildungsjahr 1997/98 konnte in M-V im Vergleich der neuen Bundesländer der höchste Zuwachs an Lehrstellen geschaffen werden.

Durch Neugestaltung der Landesförderung mehr Impulse für Ausbildungsplätze.



Neuansiedlungen – willkommen in Mecklenburg-Vorpommern.

Die seit jeher geringe industrielle Dichte in Mecklenburg-Vorpommern konnte mittels intensiver Wirtschaftsförderung in den vergangenen Jahren erhöht werden. Mit Unterstützung des Landes, wie beispielsweise dem Patentfonds, der 1998 erstmals aufgelegt wurde, muß sichergestellt werden, daß neue Produkte vermehrt im Land entwickelt werden. Wir müssen uns auch intensiv um Neuansiedlungen bemühen. Gerade Firmenansiedlungen, die auf die Region ausstrahlen und mittelbare Beschäftigungswirkung auch auf andere Unternehmen haben, die sie mit Zulieferungen beauftragen, müssen gefördert werden. Hierin sieht die CDU eine besonders wichtige Aufgabe für die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung.

Wir wollen die neue Airbus-Produktion nach Mecklenburg-Vorpommern holen.

Alle bestehenden Möglichkeiten müssen intensiv genutzt werden. Die CDU setzt sich intensiv für die Ansiedlung des neuen Airbus-Produktionsstandortes in Rostock-Laage ein. Damit könnte der Einstieg in die internationale Luft- und Raumfahrtindustrie ermöglicht werden. Mit dem Projekt wären 4.000 Arbeitsplätze verbunden.

Liquiditätssicherung und gesunde Kapitalausstattung der Unternehmen.

Unternehmen sollen ihr Geld für die von ihnen erbrachte Leistung bekommen.

Viele Unternehmen in unserem Lande leiden unter der schlechten Zahlungsmoral der Schuldner. Es ist für viele schon zum Alltag geworden, daß Zahlungen nur verspätet, nicht in voller Höhe oder auch gar nicht eingehen. Gerade in Anbetracht der schwierigen Liquiditätssituation, in der sich viele unserer Unternehmen befinden, ist dies nicht hinnehmbar. Die CDU diskutiert intensiv, wie Unterstützung und Hilfe für betroffene Unternehmen gefunden werden kann und setzt sich nachdrücklich für die Schaffung eines entsprechenden Instrumentariums ein. Die öffentlichen Auftraggeber müssen hinsichtlich der Zahlungsmoral Vorbild sein.

Bereitstellung von Risikokapital fördern.

Die Kapitalausstattung stellt für viele, vor allem kleinere und mittlere Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern eines der schwerwiegendsten Probleme dar. Wir wollen gemeinsam mit den Verantwortlichen in der Wirtschaft nach Wegen suchen, wie die rechtlichen Grundlagen für private Risikokapitalgeber verbessert werden können.

Beide Formen haben den Vorteil, daß auch Arbeitnehmer über eine derartige Anlage ihrer Ersparnisse an den Gewinnen der Unternehmen und den Kurssteigerungen der Aktien partizipieren und so einen wichtigen Beitrag zu ihrer Altersvorsorge treffen können.

7. Eine moderne Infrastruktur – der Weg zu neuen Arbeitsplätzen.

Unser Land braucht eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur. Dazu gehören neben der A 20, der A 241, dem Transrapid, der Warnowquerung, der zweiten Rügenanbindung, gut ausgebaute Bundes-, Land-, Kreis- und Gemeindestraßen sowie ein leistungsfähiges Schienennetz, ein Netz funktionstüchtiger Wasserstraßen und eine erstklassige Telekommunikationsstruktur.

Die leistungsfähige Infrastruktur ist ein entscheidender Standortfaktor, der gezielt weiterentwickelt werden muß. Die Chancen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, die sich durch die Impulse einer modernen Infrastruktur im Verkehrs-, Kommunikations- und Technologiebereich bieten, müssen erkannt und genutzt werden.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen sind in den letzten Jahren zahlreiche Anstrengungen unternommen worden. So wurden seit 1990 bereits 90 % aller Bundes- und 30 % aller Landstraßen in Mecklenburg-Vorpommern ausgebaut oder erneuert. Es wurden umfangreiche Investitionen in die Häfen und Flughäfen unternommen, Bahnstrecken und -höfe wurden modernisiert und ausgebaut. In der Telekommunikationsinfrastruktur verfügt Mecklenburg-Vorpommern bereits jetzt über das weltweit modernste Netz, so daß die Voraussetzungen in diesem Bereich als hervorragend bewertet werden können.

Die CDU bekennt sich zur A20 und setzt sich energisch für deren vollständige Realisierung bis zum Jahr 2005 in allen Landesteilen ein. Deshalb ist ein zügiger und fristgemäßer Baufortschritt der A20 sowie die Realisierung wichtiger Zubringer vordringlich. Die CDU setzt sich für die vorgezogene Realisierung wichtiger Abschnitte der A 20 in Vorpommern ein, um dort die Verkehrssituation bereits vor der Gesamtfertigstellung nachhaltig zu verbessern. Die CDU spricht sich für den vierspurigen Ausbau der B 96 von Neubrandenburg nach Berlin aus und wird entsprechende Bemühungen nachhaltig unterstützen.

Im Interesse der innerstädtischen Verkehrsberuhigung und zur Entlastung der Anwohner wird die Fertigstellung wichtiger Ortsumgehungen weiter vorangetrieben.

Die CDU bekennt sich nachdrücklich zum Transrapid mit einem Haltepunkt in Schwerin. Mit dem Transrapid erhält das Land Mecklenburg-Vorpommern eine einmalige Chance zur Ansiedlung von Hochtechnologie, die noch dazu zu einer wesentlichen Verbesserung der Verkehrsanbindung des Landes an die Wachstumsregionen Hamburg und Berlin beitragen wird.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern setzt sich dafür ein, daß die zweite Rügenanbindung bis zum Jahr 2005 verwirklicht wird. Dabei soll auch die Nutzung von Fördermitteln der Europäischen Union (EFRE-Mittel) geprüft werden.

Zur weiteren Stärkung des Schienenverkehrs als wichtiger Verkehrsträger insbesondere für den Güterverkehr soll der Ausbau der Bahnhöfe und Güterverteiltzentren weiter vorangetrieben werden. Wir setzen uns weiter intensiv für die Beschleunigung des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit Nr. 1 (Bahnstrecke von Lübeck nach Stralsund) ein.

Anschluß für die Wirtschaft: Infrastruktur wird weiter ausgebaut.

Fakten:
Mecklenburg-Vorpommern verfügt als erstes Flächenland der Bundesrepublik über ein voll digitalisiertes Telekommunikationsnetz.

Die A 20 – nur mit uns.

Fakten:
Ende 1998 werden bereits 8 Ortsumgehungen fertiggestellt sein.

Anschluß an Berlin und Hamburg mit dem Transrapid. Das ist Zukunftspolitik!

Rügenanbindung bis 2005.



Gezielte Förderung des Personen-
nahverkehrs.

Der leistungsfähige Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist für Mecklenburg-Vorpommern unverzichtbar. Allerdings müssen in diesem Bereich ökonomische Argumente stärker berücksichtigt werden. Es ist nicht sinnvoll, wenn kaum genutzte Strecken im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) enorm viel Geld verschlingen. In solchen Bereichen halten wir es für sinnvoller, Busse einzusetzen und entsprechend zu fördern.

Anbindung der ländlichen Regio-
nen an unsere Häfen.

Neben einer Verbesserung der Anlauf- und Umschlagbedingungen der Häfen ist zu ihrer weiteren Unterstützung und Stärkung insbesondere die leistungsfähige Anbindung an das Verkehrsnetz im Hinterland sicherzustellen. Genannt werden müssen in diesem Zusammenhang die zweite Rügenanbindung, die A 241 nach Wismar und der Aufbau einer Veredelungsindustrie in Hafennähe, um Wertschöpfung im Land zu halten und Verkehr zu vermeiden. Die Aufnahme der Seehäfen im Ostseeraum in die Transeuropäischen Verkehrsnetze signalisiert die Bedeutung, die dem Verkehr im baltischen Raum in der Zukunft beigemessen wird.

Regelmäßiger Flugverkehr in und
aus unserem Land.

Durch seine Lage ist für Mecklenburg-Vorpommern Flugverkehr dauerhaft unverzichtbar. Insbesondere Unternehmen und Geschäftsreisende, aber auch Touristen erwarten und benötigen einen regelmäßigen Flugverkehr im Land. Ausgehend vom Flugplatzkonzept des Landes werden wir hier die Erfordernisse klären und die Voraussetzungen für einen regelmäßigen Luftverkehr im Land schaffen und umsetzen.

Lebendige Kommunen – die Zukunft selbst gestalten.

Als demokratische Volkspartei hat die CDU Mecklenburg-Vorpommern die Wurzeln ihrer politischen Verantwortung in unseren Kommunen. Deshalb hat die Kommunalpolitik für die CDU Mecklenburg-Vorpommern einen sehr hohen Stellenwert. Als Heimatpartei weiß die CDU: demokratische Politik wächst von unten nach oben. Sie lebt vom Engagement möglichst vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger. Dieses Engagement erwächst aus der Verantwortung gegenüber unseren Mitmenschen sowie unseren Städten und Gemeinden, kurz: unserer Heimat. In den über 1.000 Gemeinden unseres Landes engagieren sich fortwährend mehr als 10.000 gewählte Gemeindevertreter und Kreistagsmitglieder ehrenamtlich dafür, Mecklenburg-Vorpommern in den örtlich vertrauten Lebensbereichen lebens- und liebenswert zu gestalten.

Mecklenburg-Vorpommern verfügt nicht nur über eines der modernsten Finanzausgleichsgesetze in Deutschland, die CDU hat sich über die Jahre hindurch auch für eine kommunalfreundliche Ausgestaltung der Finanzausgleichsmasse eingesetzt. Bei der Verteilung der begrenzten Mittel hat sich die CDU mit ihrer Überzeugung durchgesetzt, nicht nur die städtischen Zentren, sondern auch die ländlichen Räume finanziell aufgabengerecht auszustatten. Leidvolle Erfahrungen aus der Vergangenheit sollten sich nicht wiederholen.

Wer durch unser Land fährt, spürt und sieht, daß die Politik der CDU-geführten Landesregierungen und vieler CDU-geführten Kommunen in einer Zeit rasanten Wandels vieles ermöglicht und erreicht hat. Der Ausbau der Gemeinde-, Kreis-, Landesstraßen ist gezielt vorangebracht worden. Schulen, Kindereinrichtungen, Sportstätten, Krankenhäuser sowie Alten- und Pflegeeinrichtungen wurden neu errichtet oder grundlegend saniert. Die technische und haulische Ausstattung des Brandschutzes, des Rettungswesens und der Katastrophenabwehr wurde spürbar modernisiert und ausgebaut. Dorferneuerung und Stadtsanierung haben vielen Kommunen unseres Landes ein neues Gesicht gegeben. Der Verfall wertvoller historischer Bausubstanz konnte vielfach aufgehalten oder beseitigt werden.

Wer die Diskussion über den Zustand der öffentlichen Finanzen verfolgt, der weiß, daß wir uns auf das Machbare konzentrieren müssen. Die CDU Mecklenburg-Vorpommern steht für eine solide Finanzpolitik im Land und in den Kommunen. Dies bedeutet für die Zukunft, eine stärkere Schwerpunktsetzung und Konzentration auf die wesentlichen Aufgaben.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern wird sich wie in der Vergangenheit auch in den nächsten Jahren aktiv für die Stärkung des Bürgersinns in den Kommunen und die Förderung des ehrenamtlichen Engagements eingesetzt. Ohne das Mitwirken des einzelnen in Vereinen, Verbänden, Bürgerinitiativen u. a. dem Gemeinwohl verpflichteten Organisationen ist praktizierte und bürgernahe Demokratie nicht zu verwirklichen. Das Land muß dafür Sorge tragen, daß die Gemeinden dieses Engagement auch weiterhin fördern können. Das setzt eine weitreichende Finanzausstattung und eine Verringerung von kostenträchtigen Pflichtaufgaben voraus. Gemeindevertretungen und Kreistage, die nicht mehr das kulturelle, soziale, sportliche und gesellige Leben in ihrer Heimat auch finanziell unterstützen und mitgestalten können, verlieren ansonsten ihre Motivation im ehrenamtlichen Engagement.

Weitere Stärkung der Kommunen.

Fakten:

Im Zeitraum von 1994 bis 1998 konnten den Kommunen insgesamt 1,74 Milliarden DM für Investitionen zur Verfügung gestellt werden. Damit wurden neben vielen anderen Projekten 82 Schulen und 38 Sporthallen gefördert.

Im Zeitraum von 1994 bis 1998 wurde die Anschaffung von 239 Feuerwehrfahrzeugen und für den Neubau bzw. die Renovierung von insgesamt 95 Feuerwehrgerätehäusern Fördermittel zur Verfügung gestellt.

Förderung des ehrenamtlichen Engagements – Stärkung des Bürgersinns.



Für eine effektive öffentliche Verwaltung.

Die CDU hat in der 1. Legislaturperiode mit der Kreisgebietsreform und der Ämterreform wichtige Grundlagen für die kommunale Selbstverwaltung geschaffen. In der 2. Legislaturperiode haben wir durch die Reform der kommunalen Finanzausstattung und die Einführung der Direktwahl der Bürgermeister diese Selbstverwaltung gestärkt. In der nächsten Legislaturperiode kommt es darauf an, mit der Klarstellung und ggf. mit der Neuregelung von Zuständigkeiten zu einer zukunftsfähigen und schlanken Struktur der öffentlichen Verwaltung auf der kommunalen Ebene zu gelangen und damit die Selbstverwaltung langfristig zu sichern.

1. Vielfalt der Kommunen erhalten.

Die politische Grundvoraussetzung für die vielfach ehrenamtliche Initiative unserer Bürger darf nicht vom grünen Tisch aus in Gefahr gebracht werden. Überlegungen einer zentralistischen und technokratischen Gemeindegebietsreform erteilt die CDU daher eine entschiedene Absage. Die CDU Mecklenburg-Vorpommern will die Vielfalt unserer Kommunen erhalten. Gerade in Zeiten der Globalisierung ist es für die Menschen wichtig, in ihrer Heimat einen selbstgestalteten Lebensraum zu bewahren, damit sie sich nicht im Ungewissen und in Anonymität verlieren. Wo Veränderungen in der Gemeindestruktur erforderlich sind, setzt die CDU deshalb auf die eigenverantwortliche Entscheidung der Beteiligten. Wir sprechen uns dafür aus, Entwicklungschancen in diesem Bereich finanziell zu fördern.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern wird auch zukünftig den Weg des Aufbaues der kommunalen Selbstverwaltung in unseren Kommunen konsequent zum Wohle aller fortsetzen. Die CDU wird daher ihre Anstrengungen weiter verstärken, damit unsere Kommunen eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur schaffen und ihren sozialen und kulturellen Aufgaben nachkommen können. Ebenso wird die CDU die Dorferneuerungs-, Stadtsanierungs- und Städtebauförderungsprogramme fortsetzen. Gleichzeitig gilt es, in den Kommunen die Vorteile bzw. Möglichkeiten der Kreisgebietsreform sowie der Funktionalreform konsequent auszuschöpfen und leistungsfähige und moderne Verwaltungen zu schaffen. Dadurch erhalten Gemeinden, Städte und Kreise noch mehr selbstverantwortete Gestaltungsspielräume in ihrem eigenen Wirkungskreis.

Unsere Kommunen – Heimat für uns alle.

Fortsetzen der Dorferneuerungs-, Stadtsanierungs- u. Städtebauförderprogramme.



Öffentliche Finanzmittel vorrangig für Investitionen.

Geldmittel für unsere Kommunen:

1995	2,667 Mrd. DM
1996	2,690 Mrd. DM
1997	2,690 Mrd. DM
1998	2,538 Mrd. DM

Vereinfachung von Gesetzen und Verordnungen. Zum Beispiel sollen Vorgaben für Öffnungszeiten und Gruppengrößen in Kindertagesstätten, Mindestgrößen für Aufenthaltsräume und Freiflächen von Schulen, Sportstätten, Behördengebäuden, Feuerwehrgerätehäusern von den Kommunen in eigener Verantwortung verändert werden können.

2. Mit gesunden Finanzen mehr bewegen.

Die CDU will keinen die Finanzkraft überfordernden Verwaltungsstaat und daher auch keine unnötigen Verwaltungskosten. Unser Ziel ist es vielmehr, öffentliche Finanzmittel so umfangreich wie möglich für Investitionen bereitzustellen. Soweit hierfür die Aufnahme von Krediten unumgänglich sein sollte, wird sich die CDU für möglichst günstige Zins- und Tilgungskonditionen einsetzen. Damit sollen finanzielle Gestaltungsspielräume für zukünftige kommunalpolitische Entscheidungen erhalten bleiben.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern wird der großen Bedeutung unserer Kommunen Rechnung tragen: mit der weiteren Stabilisierung der Finanzausgleichsmasse zugunsten der Kommunen, dem Ausbau von Zuweisungen für Investitionen im kommunalen Finanzausgleich, der Anhebung der kommunalen Investitionspauschale im Rahmen des Investitionsförderungsgesetzes, der weiteren Nutzung des kommunalen Aufbaufonds zur Bereitstellung zinsgünstiger Kommunalkredite, der Beseitigung von verwaltungsintensiven Kleinstförderbeträgen im Landeshaushalt zugunsten des kommunalen Finanzausgleiches und der Abgeltung der Kosten von Aufgabenübertragungen des Landes auf die Kommunen im kommunalen Finanzausgleich.

In diesem Zusammenhang spricht sich die CDU Mecklenburg-Vorpommern dafür aus, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, einen möglichst großen Teil der Investitionsmittel unserem örtlichen Handwerk und Gewerbe zugute kommen zu lassen.

Um die Wahrnehmung der kommunalen Selbstverwaltung in einer Zeit angespannter Finanzlage zu ermöglichen, ist die Vereinfachung von Gesetzen und Verordnungen und die Flexibilisierung von Standards notwendig. Gerade hier sind noch Einsparpotentiale vorhanden. Deshalb wird die CDU eine Überprüfung von Gesetzen im Hinblick auf die finanziellen Auswirkungen für die Kommunen vornehmen. Das betrifft zum Beispiel das Denkmalschutzgesetz, das Kindertagesstättengesetz sowie das Landesplanungsgesetz.

Besondere Bedeutung hat dabei ein Standardanpassungsgesetz, das deutschlandweit erstmals die Kommunen in die Lage versetzen wird, in eigener Verantwortung zu dauerhaften Kostensenkungen beizutragen. Auch die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange wollen wir einer Überprüfung unterziehen, um Verfahren (zum Beispiel kommunale Satzungen in der Bauleitplanung) zu verkürzen und zu vereinfachen.

Um zu langfristigen Einsparungen bei den gesetzlich festgelegten Kosten der Sozialhilfe zu gelangen, sollen die Kommunen nach Möglichkeiten suchen, arbeitslose Sozialhilfeempfänger wieder an eine Beschäftigung heranzuführen. Durch Betriebspraktika in Wirtschaftsunternehmen oder der öffentlichen Verwaltung, in Arbeitnehmerüberlassungen oder anderen Kooperationsformen können sich diese Menschen wieder auf eine Tätigkeit im ersten Arbeitsmarkt vorbereiten. Die CDU wird die Kommunen unterstützen, die nach dem Bundessozialhilfegesetz gegebenen Möglichkeiten zu nutzen und auszubauen.

3. Bürgersinn stärken – ehrenamtliches Engagement fördern.

Zur Funktionsfähigkeit unserer Demokratie gehört das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Viele für das Gemeinwohl wichtige Leistungen, z. B. in den Vereinen oder im sozialen Bereich, können nicht immer vom Staat bereitgestellt werden. Unser Leben wäre ärmer ohne das ehrenamtliche Engagement, das einen unschätzbaren Beitrag für unser Gemeinwesen darstellt. Daher will die CDU diesen Einsatz durch eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements, durch verstärkte Würdigung ehrenamtlicher Tätigkeit in Kreisen und Gemeinden sowie durch den Bund und das Land, durch weitere Verbesserungen der rechtlichen Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Helfer und durch die Gleichbehandlung aller Formen ehrenamtlichen Engagements fördern.

Stärkere Anerkennung des Ehrenamtes.



Fakten:

Rasante Aufwärtsentwicklung im Wohnungsbau:

60% des Wohnungsbestandes saniert, dank der höchsten Pro-Kopf-Leistungen aller neuen Länder.

Über 14.000 Familien konnten bis 1996 den Traum vom Eigenheim verwirklichen.

Lebenswerte Städte und Dörfer – bezahlbarer Wohnraum für alle.

Die Entwicklung, die sich seit 1991 im Bereich Bau- und Wohnungswesen im Land unter der Führung der CDU Mecklenburg-Vorpommern vollzogen hat, ging mit schnellen Schritten voran. Das Bild der Städte und Dörfer in Mecklenburg-Vorpommern hat sich merklich verbessert. Der Wohnungsbestand, insbesondere in den Innenstädten, wurde zu einem großen Teil saniert. Neben den äußeren Veränderungen wurde der Standard der Wohnungen erheblich angehoben. Heute sind bereits 60 Prozent des Wohnungsbestandes saniert. Durch gezielte Förderung wurde eine Verödung der Innenstädte vermieden.

Die umfangreiche Förderung des Eigenheimbaues hat es auch Familien mit geringem Einkommen ermöglicht, Wohneigentum zu bilden. So konnten sich 14.400 Familien mit zumeist geringem Haushaltseinkommen durch die Landesförderung bis 1996 ihren Traum von den eigenen vier Wänden verwirklichen. Der Anteil von selbst genutztem Wohneigentum am gesamten Wohnungsmarkt konnte deutlich gesteigert werden. Betrug dieser Anteil 1989 noch 22 Prozent, so liegt er heute bei 30 Prozent. Dies wurde auch durch die geförderte Privatisierung, also den Verkauf von kommunalen Wohnungen an die Mieter ermöglicht. Damit hat sich Mecklenburg-Vorpommern dem Durchschnitt der alten Bundesländer, wo der Anteil des Wohnungseigentums bei 42 Prozent liegt, schon ein erhebliches Stück angenähert. Doch ist dieses für die CDU nur ein Zwischenziel, das wir erreicht haben. Wir werden beim Wohnungsbau weiter vorangehen.

1. Kostengünstig zum eigenen Heim.

Der CDU Mecklenburg-Vorpommern wird sich wie bisher weiter dafür einsetzen, daß für die Bevölkerung in unserem Land ausreichend angemessener Wohnraum zu sozial verträglichen Mieten bereitgestellt wird. Zur Erreichung dieses Zieles gilt es, Akzente für den öffentlich geförderten als auch für den freien Wohnungsmarkt zu setzen. Die in Mecklenburg-Vorpommern bisher angewandten und bewährten Förderinstrumente, die zum einen auf eine Sanierung des Wohnungsbestandes, zum anderen auf eine Förderung der Wohneigentumsbildung abgestellt waren, sind in den kommenden Jahren in modifizierter Form weiterzuführen. Die Eigentumsförderung werden wir speziell darauf auszurichten, daß jungen Familien sowie Familien mit geringem Einkommen weiter die Bildung von Wohneigentum ermöglicht wird.

Für Familien, insbesondere für die sozial Schwächeren und die Alleinerziehenden, wollen wir deshalb die Rahmenbedingungen weiter verbessern. Wohneigentum darf kein Privileg besser verdienender Bürger werden. Durch gezielte Förderung von Familienwohnungsbau, genossenschaftlichem Wohnungsbau und durch eine vergünstigte Baulandvergabe für Familien soll ein gangbarer Weg zu Wohneigentum ermöglicht werden. Wir werden generationsverbundenes Wohnen in Miet- und Eigentumswohnformen fördern. Durch Förderprogramme für die generationsverbundene Umgestaltung und Sanierung von Plattenbauwohnungen sollen auch in Ballungsgebieten bessere Wohnbedingungen für Familien geschaffen werden. Die Bauförderung trägt zu bezahlbarem Kapitaldienst und damit in entscheidendem Maße zu bezahlbaren Mieten bei.

Die Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten an der Wohneigentumsbildung ist nur zu verwirklichen, wenn sich in Deutschland ein funktionsfähiger Markt für kostengünstiges Bauen durchsetzt. Die öffentliche Wohnungsbauförderung wird ein Schrittmacher für kostengünstiges Bauen werden. Ein wichtiges Instrument hierbei wird auch weiterhin die Festschreibung von Kostenobergrenzen im öffentlich geförderten Wohnungsbau sein. Die Förderung werden wir so gestalten, daß kostengünstige und zugleich hochwertige Projekte durch eine höhere Förderung prämiert werden. Darüber hinaus muß das Image des kostengünstigen Bauens in der öffentlichen Meinung verbessert werden. Mit der konsequenten Förderung eines Marktes für kostengünstiges Bauen ist auch ein wichtiger Beschäftigungsimpuls für die Bauwirtschaft verbunden. Neue Wachstumsfelder können so erschlossen werden.

2. Betreutes Wohnen und jung und alt unter einem Dach.

Die Förderung von betreutem sowie generationsverbundenem Wohnen bildet einen Schwerpunkt in der Wohnungsbaupolitik der CDU Mecklenburg-Vorpommern. Ziel der CDU ist es, behinderten und alten Menschen ein Wohnumfeld zu schaffen, in dem sie sich wohl fühlen, ein Wohnumfeld das auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist. Dies wird es behinderten und alten Menschen ermöglichen, so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung zu leben.

Wohnungsbaupolitik wird konsequent weitergeführt - bezahlbare Mieten und familienfreundliche Eigenheimförderung.

Wohneigentum - nicht nur für Wohlhabende.

Modernste Landesbauordnung Deutschlands vereinfacht Genehmigungsverfahren und überzeugt Investoren.

Wohnungsbau für behinderte Mitbürger fördern.



Programme für ein attraktives Wohnumfeld – Plattenbauten als gute Wohnadresse.

Sanierung vor Neubau: Leerstehende Luxusneubauten gibt es bei uns nicht.

3. Für ein schönes Zuhause.

Der Bestand an Großsiedlungen in Plattenbauweise ist für den Wohnungsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern unverzichtbar. Für die CDU Mecklenburg-Vorpommern ist vorrangiges Ziel, die intakte soziale Struktur in diesen Großsiedlungen zu erhalten. Dieses kann nur erreicht werden, wenn die Attraktivität der Großsiedlungen verbessert wird. So kann durch eine Neugestaltung des Wohnumfeldes der Wohnwert erheblich gesteigert werden. Die Fortführung der Sanierung der Plattenbauten sowie der Ausbau der sozialen Infrastruktur sind weitere Bestandteile auf dem Weg zu einer verbesserten Attraktivität der Plattenbausiedlungen.

4. Freier Wohnungsmarkt – faire Chancen für beide Seiten.

Das Angebot an ausreichendem Wohnraum zu sozial verträglichen Mieten ist nur mit einem gut funktionierenden freien Wohnungsmarkt möglich. Die CDU Mecklenburg-Vorpommern steht für einen fairen Interessenausgleich zwischen Mieter und Vermieter. Investitionen in den Wohnungsmarkt des Landes müssen sich auch weiterhin lohnen. Nur wenn wir es schaffen, die Anziehungskraft für Investitionen in den Wohnungsmarkt des Landes langfristig aufrechtzuhalten, ist ein angemessenes Mietniveau für den freien Wohnungsmarkt sicherzustellen.

Unsere Landwirtschaft – Motor der Entwicklung im ländlichen Raum.

Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei prägen die Landschafts- und Siedlungsstruktur unseres Landes. Sie haben mit der ihr eng verbundenen Ernährungswirtschaft herausragende Bedeutung für die Wirtschaftskraft der ländlichen Räume sowie des gesamten Landes. Über die Erzeugung von Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen hinaus ist es ihre Aufgabe, die Kulturlandschaft zu pflegen und zu erhalten. Aus diesem Grund hat die Landwirtschaft für die CDU einen sehr hohen Stellenwert.

Nach erfolgreicher Umstrukturierung und Neueinrichtung haben unsere landwirtschaftlichen Betriebe gute Zukunftschancen. Die CDU will eine flächendeckende, leistungs- und wettbewerbsfähige sowie umweltverträgliche Landwirtschaft für Mecklenburg-Vorpommern. Dabei wird die Landwirtschaft nicht in Konflikt mit den Zielen des Naturschutzes kommen, sondern muß im Sinne einer aufeinander abgestimmten Landwirtschafts- und Naturschutzpolitik weiterentwickelt werden.

Mecklenburg-Vorpommern hat im Vergleich zu allen anderen Bundesländern den größten Umfang an Flächen, die extensiv und im Wege des ökologischen Landbaus bewirtschaftet werden. Die Arbeit der Landwirte ist auch als Leistung für Naturschutz und Landschaftspflege anzuerkennen. Sie muß daher dort, wo der Landwirt Sonderleistungen über die ordnungsgemäße Landwirtschaft hinaus erbringt, auch von der Gesellschaft finanziell honoriert werden. Die CDU bekennt sich zu einem Naturschutz nach dem Prinzip „Pflege durch nachhaltigen Nutzen“. Die CDU setzt auf die Vernetzung der verschiedenen Politikbereiche, insbesondere auf eine integrierte Wirtschafts- und Außenpolitik.

1. Perspektiven für die Landwirtschaft.

Der unternehmerische, am Produktionsgewinn orientierte Landwirtschaftsbetrieb, gleich welcher Rechtsform oder Betriebsgröße, sollte im Blickpunkt der weiteren Entwicklung der bundesdeutschen und europäischen Agrarpolitik stehen. Die Landwirtschaft darf nicht auf Dauer am Tropf des Staates hängen. Unsere Landwirtschaftsbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern verfügen über zukunftsträchtige Strukturen, die gute Aussichten haben, im europäischen Wettbewerb zu bestehen.

Die CDU tritt für eine verstärkte Förderung, Beratung und Ausbildung von Betriebsleitern ein, die den besonderen Anforderungen der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern gerecht wird. Wir sind für eine selbstbewußte Agrarpolitik, die ihre Positionen deutlich in die vor uns liegenden agrarpolitischen Herausforderungen einbringt. Dabei wird nicht verkannt, daß sich neben den hauptberuflich tätigen Landwirten die vielfältigsten Formen der Landwirtschaft herausgebildet haben, von der Landwirtschaft im Nebenerwerb bis zum Kleingartenwesen. Auch diesen Formen der Landbewirtschaftung mißt die CDU einen hohen Stellenwert bei.

Ziel: eine leistungs- und wettbewerbsfähige sowie umweltverträgliche Landwirtschaft.

Zukunft gestalten mit einer aufeinander abgestimmten Landwirtschafts- und Naturschutzpolitik.

Unsere Landwirtschaftsbetriebe – fit für den Wettbewerb.

Verstärkte Förderung, Beratung und Ausbildung in der Landwirtschaft.



Weiterentwicklung der europäischen Agrarpolitik.

Gegen einseitige Benachteiligung wettbewerbsfähiger Betriebe durch die AGENDA 2000.

Investitionshilfe für den Landwirt hat weiterhin Priorität.

Ziel: Weitere Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum.

Durch Erschließung zusätzlicher Erwerbsquellen Schaffung neuer Arbeitsplätze.

2. Stark im europäischen Wettbewerb.

Der agrarpolitische Handlungsspielraum des Landes wird in starkem Maße von den Rahmenbedingungen der Europäischen Gemeinschaft bestimmt. Deshalb stellt die Weiterentwicklung der europäischen Agrarpolitik nach dem Jahre 2000 eine große Herausforderungen dar. Die CDU befürwortet diejenigen Vorschläge der Kommission, die auf einen stärkeren Wettbewerb innerhalb der Landwirtschaft ausgerichtet sind.

Die CDU spricht sich daher konsequent gegen die Einführung finanzieller Obergrenzen – wie überhaupt gegen Obergrenzen jedweder Art – im Rahmen der AGENDA 2000 aus. Obergrenzen gefährden die eben erst gefestigten Agrarstrukturen nachdrücklich und stellen die Existenz vieler Betriebe in Frage. Nach Auffassung der CDU sind finanzielle Hilfen für die Landwirtschaft keine Subventionen, sondern Entgelte für Leistungen des Landwirts zugunsten der Gesellschaft. Es darf deshalb nicht sein, daß diese Gegenleistungen nur bis zu einer bestimmten Höhe entgolten werden. Statt Obergrenzen tritt die CDU für eine einheitliche, produktunabhängige Flächenprämie ein, die auch unseren Tierproduktionsbetrieben zugute kommt. Die Einführung einer solchen Prämie würde eine wirkliche Liberalisierung und Vereinfachung des derzeitigen Ausgleichssystems bedeuten.

Die CDU spricht sich für eine klare Trennung zwischen Investitions- und Einkommenspolitik aus. Wir verfolgen den Grundsatz des Vorrangs der Investitionsförderung vor konsumtiven Einkommenshilfen. Angesichts knapper Kassen müssen Fördermaßnahmen daraufhin überprüft werden, ob und inwieweit sie zur Stärkung einer unternehmerischen und umweltverträglichen Landwirtschaft beitragen. Deshalb kämpft die CDU um die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung von Agrarstruktur und Küstenschutz zugunsten der Betriebe, die investitionsbereit sind.

3. Zukunftschancen für den ländlichen Raum.

Agrarpolitik ist insbesondere Politik für den ländlichen Raum. Die CDU sieht eine hohe Verantwortung darin, für die Entwicklung der ländlichen Räume als Arbeits- und Wohnstätten der ländlichen Bevölkerung zu sorgen. Gemeinsam mit dem Landesbauern-, dem Landfrauen- und Landjugendverband unternehmen wir alle Anstrengungen zur Förderung des ländlichen Raums. Die ländliche Bevölkerung darf nicht von der Wohlstands- und Einkommensentwicklung der übrigen Bevölkerung abgekoppelt werden.

Darüber hinaus werden wir die Bevölkerung im ländlichen Raum bei der Schaffung von Beschäftigungsalternativen innerhalb und außerhalb der Landwirtschaft unterstützen.

Die CDU will die Landwirte ermutigen, zusätzlichen Erwerbsquellen, wie zum Beispiel dem Anbau nachwachsender Rohstoffe, der Übernahme von kommunalen Leistungen, der Unterstützung der Landschaftspflege sowie der Beteiligung an Tourismusangeboten mehr Bedeutung beizumessen. Die wichtigste Aufgabe besteht auch in Zukunft darin, mit entsprechenden Anreizen die Ansiedlung von Gewerbe zu ermöglichen.

4. Exportorientierung statt regionaler Wirtschaftskreisläufe.

In den vergangenen Jahren hat sich die Land- und Ernährungswirtschaft als ein zukunftssträchtiger Wirtschaftszweig unseres Landes erwiesen. Die dortigen Arbeitsplätze müssen sicher bleiben und auch in Zukunft gute Einkommensmöglichkeiten bieten.

Die Ernährungswirtschaft hat maßgeblichen Anteil am Export unseres Landes. In einer von globalen Märkten bestimmten Zeit setzt die CDU auf eine exportorientierte Wirtschaft, ohne regionale und überregionale Vermarktung zu vernachlässigen. Eine dünnbesiedelte Region wie Mecklenburg-Vorpommern verfügt weder über die Nachfrage noch die Kaufkraft, um den Absatz für die in den ländlichen Räumen produzierten Waren zu gewährleisten. Wir setzen deshalb auf leistungsfähige, hochmoderne Verarbeitungsstätten, die in der Lage sind, den Anforderungen des Handels nach großen, einheitlichen Lieferpartien mit hohem Qualitätsstandard gerecht zu werden. Die Chance der Landwirtschaft und der ihr vor- und nachgelegten Wirtschaftsbereiche liegt vor allem in den traditionell großen Landwirtschaftsbetrieben und nicht in der einseitigen künstlichen Schaffung regionaler Wirtschaftskreisläufe.

Um den Absatz unserer Produkte langfristig zu sichern, setzt die CDU auf eine Ernährungswirtschaft, die sich durch hohe Produktqualität und wirtschaftliche Produktionsweise am europäischen Markt und weltweit behaupten kann. Durch die Einführung von Qualitätssicherungssystemen, die konsequente Unterstützung von Marketing und Absatz sowie die weitere Sicherung des Verbraucherschutzes auf hohem Niveau wird der Vorsprung ausgebaut, den wir durch die moderne Ausstattung unserer Verarbeitungsbetriebe gewonnen haben.

Die CDU sieht in der vertraglichen Bindung zwischen Erzeugern und Verarbeitern die Voraussetzung für eine integrierte Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft. Diese Entwicklung zu unterstützen wird eine der wichtigsten Aufgaben der staatlichen Agrarförderung sein.

Die CDU steht zum Investitionsstandort Mecklenburg-Vorpommern, der sich besonders für die Land- und Ernährungswirtschaft durch gute Rahmenbedingungen auszeichnet. Auch in Zukunft wird auf diesem Gebiet alles unternommen werden, um Investitionshindernisse aus dem Weg zu räumen und neuen Investoren Mut zu machen. Dazu gehört insbesondere, die Anstrengungen zur Stabilisierung der Milch- und Schweineproduktion fortzusetzen. Fördermittel für Kommunen werden stärker an die Bereitschaft gebunden werden, Investitionsvorhaben aktiv zu unterstützen. Die CDU distanziert sich ausdrücklich von allen politischen Bestrebungen, Tierhaltungsanlagen ab bestimmten Größenordnungen zu diskriminieren. Für die CDU ist nicht die Größe der Anlage, sondern die artgerechte Haltung der Tiere maßgebend.

5. Technologischer Fortschritt in der Landwirtschaft.

Eine zukunftssträchtige Landwirtschaft darf nicht vom technologischen Fortschritt abgekoppelt werden. Die CDU tritt daher für Wissenschaft und Forschung im Bereich Landwirtschaft ein. Dazu gehört auch eine verantwortungsvolle Weiterentwicklung der Gentechnik sowie die Förderung des Anbaus nachwachsender Rohstoffe.

Land- und Ernährungswirtschaft setzen auf Exportorientierung.

Ernährungswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern behauptet sich mit hochwertigen Produkten im europäischen und Weltmarkt.

Fördermittel für Kommunen werden stärker an die Bereitschaft gebunden, Investitionsvorhaben aktiv zu unterstützen.

Wissenschaft und Forschung für die Landwirtschaft wird immer wichtiger.



6. Sicherheit in der Bodenfrage.

Die Schaffung klarer Eigentums- und Nutzungsverhältnisse ist eine wesentliche Voraussetzung für eine funktionsfähige Landwirtschaft. Die Unternehmen müssen mit einer ausreichenden Produktionsgrundlage ausgestattet sein.

CDU steht zur Bodenreform.

Dabei dürfen die mehr als 40 Jahre DDR-Zeit nicht außer Acht gelassen werden. Die Ergebnisse der Bodenreform sind unantastbarer Bestandteil für alles weitere staatliche Handeln. Deswegen distanziert sich die CDU Mecklenburg-Vorpommerns ausdrücklich von allen Versuchen, die Bodenreform rückgängig zu machen. Altes Unrecht darf durch neues Unrecht nicht ersetzt werden.

Die CDU begrüßt jedoch die vielen Alteigentümer, die sich in die bestehenden Verhältnisse einfinden. Die CDU steht zum Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz und will dessen schnelle und reibungslose Umsetzung im Rahmen der Flächenerwerbsverordnung.

7. Kleingärten – „grüne Oasen“.

Kleingärtner verdienen besondere Aufmerksamkeit.

Kleingärten sind „grüne Oasen“ und Erholungsräume für unsere Menschen in unmittelbarer Nähe zu Städten und Dörfern. Die CDU mißt den 1.186 Kleingartenvereinen in Mecklenburg-Vorpommern eine große Bedeutung bei. Wir werden die Vereine weiter unterstützen. Erhalt und Erweiterung gepflegter, anspruchsvoller und gärtnerisch genutzter Kleingartenanlagen in Mecklenburg-Vorpommern verdienen nicht nur wegen der Wohnumfeldverbesserung, sondern insbesondere auch wegen der sozialpolitischen Bedeutung unsere besondere Aufmerksamkeit. Auf Bundesebene treten wir dafür ein, daß eine für unsere Kleingärtner vertretbare Lösung bei der Besteuerung der Gartenlauben gefunden wird.

8. Forstwirtschaft und Jagd – zum Schutz der natürlichen Ressourcen.

Naturnahe Forstwirtschaft für Wirtschaft, Umwelt und Tourismus.

Der Wald hat eine große Bedeutung für Wirtschaft, Umwelt und Fremdenverkehr. Aufgabe einer naturnahen Forstwirtschaft ist es, ihn zu erhalten und zu mehren. Dies liegt im Interesse der gesamten Bevölkerung. Wir wollen daher die Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion unserer Wälder stärken sowie die Waldflächen in allen Wirtschaftsformen vergrößern. Außerdem werden wir im Rahmen einer integrierten Politik Konzepte zur Vermarktung von Holz erarbeiten. Die Landesforstverwaltung spielt dabei eine Vorbildrolle. Die CDU will auch die anderen Waldbesitzer, insbesondere im Privatwald, dahingehend unterstützen, das Forstmanagement und die Vermarktung des hochwertigen Rohstoffes Holz zu verbessern.

Unterstützung der Jäger bei nachhaltiger Nutzung, Pflege und Hege von Wald und Wild.

Die CDU steht zur Jagd als einer der ältesten Formen nachhaltiger Nutzung, Pflege und Hege der natürlichen Ressourcen u.a. durch den Landesjagdverband als anerkannten Naturschutzverband. Deshalb unterstützt die CDU die Anstrengungen der Jägerschaft, erhöhte Wildbestände zu reduzieren, Wildschäden in der Land- und Forstwirtschaft zu vermindern, gefährdete Wildarten zu schützen und lebensraumerhaltende bzw. -schaffende Maßnahmen durchzuführen.

9. Fischerei und Angelsport – Tradition und neue Märkte.

Mecklenburg-Vorpommern ist das gewässerreichste Bundesland. Die Fischerei hat bei uns traditionell eine große Bedeutung und gehört zur Identität des Landes. Alle Möglichkeiten, die der Angelsport für die touristische Nutzung unserer Gewässer bietet, sollen auch zukünftig ausgeschöpft werden.

Die CDU unternimmt alle Anstrengungen, die Fischerei zu erhalten. Deshalb unterstützt die CDU die Bemühungen zur Ansiedlung eines großen Fischverarbeitungsunternehmens in unserem Land. Dieses wird aufgrund seiner Kapazitäten, seiner technologischen Reife und seiner internationalen Marktstellung in der Lage sein, dem Ostseefisch wieder den gebührenden Stellenwert zu verschaffen.

Darüber hinaus soll die heimische Fischerei im ganzen Land bei der Erschließung neuer Märkte und Absatzwege unterstützt werden. Den Fischern soll geholfen werden, durch den Einsatz moderner Vermarktungswege ihre Einkommenssituation zu verbessern.

Fischerei und Angelsport können auch in Zukunft auf uns zählen.



Renaturierung von Gewässern, wichtig zur Kostensenkung für die Gewässerunterhaltung.

Gebührenbelastung der Bürger im Bereich der Abwasserentsorgung begrenzen. Konsequente Fortführung der Förderung von Abwasserkanalisationen, um vorhandene Kläranlagen auszulasten.

Wirkungsvoller Schutz unserer Ostseeküste.

Fakten:
Über 1.000 ungesicherte Müllkippen geschlossen. Ausreichend moderne Deponien im Land.

Von den öffentlichen Verwaltungen erwarten wir eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit. Gerade der Umgang mit den Naturreichtümern in Mecklenburg-Vorpommern bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Entwicklung verlangt ein hohes Maß an Verantwortung. Dafür ist die Politik der CDU ein Garant. Kultur und Natur sind für uns nichts Gegensätzliches, sondern etwas, was es zu verbinden gilt.

3. Gewässerschutz vorantreiben – Schutz der Ostsee und ihrer Küsten.

Wasser ist der Ursprung allen Lebens. Die Gewässer spenden nicht nur Trinkwasser und sind Wasserlieferant für die Wirtschaft und Landwirtschaft, sie sind auch zugleich Lebensraum für Tiere und Pflanzen, und sie dienen der Erholung des Menschen. Gewässerschutz hat deshalb in der Umweltpolitik der CDU besondere Priorität. Trotz der beachtlichen Erfolge werden wir in den Anstrengungen zur Fortführung einer auf den Gewässerschutz orientierten Wasserwirtschaft nicht nachlassen.

Insbesondere die besorgniserregende Gebührenentwicklung im Bereich der Abwasserentsorgung erfordert, daß durch Wirtschaftlichkeitsanalysen, weiterentwickelte Organisationsformen und andere Maßnahmen eine Stabilisierung und Senkung der Kosten und Gebühren erreicht wird. Hierbei ist die Kommunalaufsicht im Interesse der Bürger zu verstärken und sind privatwirtschaftliche Organisationsformen offensiv auf ihre Effektivität zu prüfen. Wo notwendig, müssen bestehende Strukturen neu überdacht werden.

Mit Nachdruck setzt sich die CDU für eine intensive Zusammenarbeit im Rahmen der internationalen Helsinki-Kommission zum Schutz der Ostsee (HELCOM) ein. Die in dem 1992 von allen Anrainerstaaten unterzeichneten Ostseeaktionsprogramm enthaltenen Maßnahmen sind kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Die CDU unterstützt die Anstrengungen, durch Küsten- und Sturmflutschutzmaßnahmen Küstenorte vor Schäden zu bewahren. Sie tritt aber auch dafür ein, die natürliche Küstendynamik dort wirken zu lassen, wo das Leben und die Sachgüter des Menschen nicht gefährdet werden.

4. Kreislauf- und Abfallwirtschaft vermeiden Altlasten.

Die Vermeidung von Abfall hat für die CDU Mecklenburg-Vorpommern absoluten Vorrang vor der Verwertung oder Beseitigung. Die Gebührenmodelle müssen Anreiz für weniger Müll schaffen.

Die Recyclingwirtschaft trägt zur Entwicklung einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft bei. Die CDU Mecklenburg-Vorpommern spricht sich nachdrücklich für eine maßgebliche Beteiligung des Mittelstandes beim Ausbau der Recyclingwirtschaft aus.

Durch die konsequente Abfallpolitik der CDU verfügt Mecklenburg-Vorpommern über ausreichende Deponiekapazitäten nach dem Stand der Technik. Die Errichtung neuer Deponien ist daher nicht mehr erforderlich und im Interesse der Gebührenentwicklung nicht zweckmäßig. Die Rekultivierung und Nachsorge von über eintausend Müllabladeplätzen, als bitteres Erbe der sozialistischen Vergangenheit, bleibt weiterhin ein Schwerpunktthema für die CDU. Hier werden wir die Kommunen nicht allein lassen.

Die thermische Behandlung von Restmüll nach dem Stand der Technik wird zu einer deutlichen Verminderung der Umweltbelastungen beitragen. Sie belastet nachfolgende Generationen nicht. Die CDU tritt für landesspezifische Lösungen unter strikter Beachtung wirtschaftlicher Aspekte ein. Dabei sehen wir einen konkreten Schwerpunkt darin, durch kostengünstige Lösungen, wie die Begrenzung der Verbrennungskapazitäten ohne vorgeschaltete mechanisch-biologische Vorbehandlung, das Vorhaben bis zum Jahr 2005 umzusetzen. Privatwirtschaftliche Lösungen sind bei der Organisation der Abfallentsorgung bevorzugt anzustreben. Ein Hausmüllexport in andere Bundesländer wird aus ökologischen und ökonomischen Gründen abgelehnt.

Kein Müllexport -
Arbeitsplätze bleiben im Land.

Die Erfassung der altlastenverdächtigen Flächen ist bereits auf hohem Niveau erfolgt, so daß die CDU den Schwerpunkt in systematischen Gefährdungsabschätzungen sieht. Danach sind die Altlasten unter Beachtung wirtschaftlicher Zielsetzungen zu beseitigen und die Flächen einer Nutzung zuzuführen. Besonders wirksame Effekte sind durch die Entwicklung ehemals landwirtschaftlich genutzter Liegenschaften für Gewerbe und Wohnungsbau zu erwarten. Die CDU setzt sich für einen wirksamen Bodenschutz ein, der insbesondere der Bodenerosion, Bodenverdichtung und Bodenauslaugung entgegenwirkt. Dabei ist schwerpunktmäßig die landesspezifische Situation in Mecklenburg-Vorpommern als landwirtschaftlich geprägtes Land zu berücksichtigen.

Altlastenflächen sanieren und
wieder nutzen.

5. Für ein schönes Mecklenburg-Vorpommern: Naturschutz und Landschaftspflege.

Mecklenburg-Vorpommern ist zu einem Markenzeichen für zahlreiche und weitgehend intakte Naturlandschaften geworden, die einen bedeutenden Standortvorteil hinsichtlich der Lebensqualität für unsere Bürger und für die touristische Entwicklung im Lande darstellen.

Die CDU will für unser Land einen Naturschutz, der mit einem Minimum an Bürokratie ein Maximum an Naturschutz erreicht. Wir sind der Auffassung, daß nicht immer neue gesetzliche Regelungen und Restriktionen für ein Mehr an Naturschutz sorgen, sondern daß eine gezielte Umweltbildung und die Möglichkeiten des Vertragsnaturschutzes zu einem höheren Verständnis für die Zusammenhänge in Natur und Landschaft beitragen.

Mit möglichst wenig Bürokratie
möglichst viel Naturschutz.

Die CDU tritt für eine flächendeckende und standortgerechte Landbewirtschaftung ein. Wir wollen Umwelt und Naturschutz mit der Landwirtschaft in der Vielfalt aller Bewirtschaftungs- und Erwerbsformen. Ein wichtiges Ziel ist die Erhaltung des typischen Landschaftsbildes und der Artenvielfalt.

Erhalt des Landschaftsbildes un-
serer Heimat.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommerns drängt darauf, zurückliegenden Bewirtschaftungsformen und Nutzungen der Niedermoorflächen nunmehr tragfähige und nachhaltige Konzepte und Verfahren für die Zukunft entgegenzusetzen. Nicht die Einstellung der Bewirtschaftung, sondern die landwirtschaftliche Produktion unter veränderten Rahmenbedingungen rettet die Moore. Eine bloße Renaturierung der Moore durch Überflutung ist nicht Ziel einer verantwortlich handelnden Politik der CDU Mecklenburg-Vorpommern. Grundlage aller weiteren Entscheidungen muß die Betrachtung aus regionaler, ökonomischer und vor allem sozialer Sicht sein. Für Flächen, deren Nutzung künftig objektiv nicht mehr möglich ist, ist ein längerfristiger geordneter Rückzug der landwirtschaftlichen Nutzung - verbunden mit einem tragfähigen Wirtschaftskonzept - einzuleiten. Die CDU des Landes Mecklenburg-Vorpommern fördert auf wissenschaftlicher Grundlage den Weg zum sinnvollen Miteinander von Mensch und Moor, sie wird sich für ein Moorschutzprogramm in der kommenden Legislaturperiode einsetzen.

Miteinander von Landwirtschaft
und Naturschutz.



6. Klimaschutz – global denken, lokal handeln.

Fakten:

Mecklenburg-Vorpommern erstes Bundesland mit eigenem Klimaschutzkonzept.

Mecklenburg-Vorpommern ist das erste Bundesland, welches ein eigenes Klimaschutzkonzept erarbeitet hat. Damit hat sich unser Bundesland die Forderung, global zu denken, aber lokal zu handeln, zu eigen gemacht. In Übereinstimmung mit der international gültigen Klima-Rahmen-Konvention und dem nationalen Klimaschutzprogramm der Bundesregierung sowie auf der Grundlage des Klimaschutzkonzeptes unseres Landes tritt die CDU dafür ein, daß alle landesspezifischen Energieeinsparungs- und Entwicklungspotentiale genutzt und gezielt gefördert werden. Dabei wollen wir noch stärker Aktivitäten auf kommunaler Ebene unterstützen.

Die Nutzung erneuerbarer Energiequellen vorantreiben.

Das betrifft sowohl den Aufbau der Anwendung erneuerbarer bzw. CO₂-neutraler Energiequellen, wie Windenergie, Solarthermie, Geothermie und Biomassenutzung als auch die Fortsetzung und Intensivierung der Fusionsforschung am Standort Greifswald. Über ein neues Energiekonzept des Landes werden wir einen ökologisch vertretbaren Energiemix in unserem Land anstreben. Bei der Einführung erneuerbarer bzw. CO₂-neutraler Energiequellen orientieren wir uns an dem marktwirtschaftlichen Prinzip der kostendeckenden Vergütung. Die Chancen, die sich aus der Nutzung und Erforschung dieser Energien für unsere mittelständische Unternehmen gerade im Hinblick auf den Export ergeben, müssen bei der Diskussion stärker in den Vordergrund gestellt werden.

Chance für innovative Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern

Erneuerbare Energien – neuer Studiengang in Stralsund.

Die CDU setzt sich für Maßnahmen zum Schutz der Ozonschicht ein. Wir unterstützen den weiteren Ausbau des Komplexlabors „Regenerative Energien“ sowie die Durchführung des entsprechenden internationalen Aufbaustudienganges an der Fachhochschule Stralsund. Des weiteren unterstützen wir das Projekt „Solare Autobahn A 20“, welches eine weitestgehende Nutzung von Solarenergie für Abschnitte der A 20, zum Beispiel bei der Ausstattung der Notrufsäulen und Verkehrsleiteinrichtungen beinhaltet.

Unterstützung der Kommunen für Energieeinsparung vor Ort.

Zur Nutzung der vorhandenen Potentiale zur Energieeinsparung unterstützt die CDU insbesondere in den Städten die Erarbeitung kommunaler Agenden 21, die Bildung lokaler Energieagenturen zur Koordinierung von Aktivitäten zur Energieeinsparung und die Anwendung marktwirtschaftlicher Instrumente bei Maßnahmen zur Energieeinsparung.

Die CDU unterstützt den sicheren Rückbau der Anlagen des stillgelegten Kernkraftwerkes Lubmin, die sichere Zwischenlagerung der radioaktiven Abfälle und setzt sich für die Entwicklung dieses Territoriums als Industrie- und Energiestandort ein.

Zukunft für jung und alt – Leistung und Mitmenschlichkeit fördern.

Politik für die junge Generation.

1. Bildung ist die Zukunft der jungen Generation.

Bildung und Wissen legen die Grundlagen für die zukünftige Entwicklung unserer Kinder und unseres Landes. Bildung ist das zentrale Zukunftsthema, die Schlüsselfrage für das 21. Jahrhundert.

Der Informations- und Wissenszuwachs vollzieht sich in immer kürzeren Zeitabständen. Traditionelle Berufsbilder lösen sich auf, Lebensläufe lassen sich nicht mehr ausschließlich auf eine früh festgelegte berufliche Laufbahn einengen. Die Anforderungen an kommende Generationen werden sich beständig und in dem Tempo verändern, wie sich das Wissen vermehrt und sich die Informationstechniken fortentwickeln. Angesichts des globalen Wettbewerbsdrucks muß unser Bildungswesen in seinen Ergebnissen international konkurrenzfähig sein.

Diese Tatsache stellt neue Anforderungen an die grundlegende Ausbildung von Schülerinnen und Schülern, stellt ständig neue Herausforderungen an die Lehrerinnen und Lehrer. Die fortlaufende Technisierung all unserer Lebensbereiche stellt auch neue Herausforderungen an die erzieherischen Fähigkeiten unserer Pädagogen.

Die CDU in Mecklenburg-Vorpommern hat mit der Etablierung des gegliederten Schulsystems seit 1990 die besten Voraussetzungen für die Grundlagenausbildung der Kinder und Jugendlichen unseres Landes geschaffen. Auch die Hochschul- und Forschungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern wurde mit einem enormen persönlichen Einsatz vieler Beteiligter grundlegend umstrukturiert. Hieran gilt es für die Bewältigung der jetzigen Herausforderungen anzuknüpfen. Unsere Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen stehen in der Konkurrenz zu vergleichbaren Einrichtungen in den anderen Bundesländern und im Ausland. Durch die Gestaltung von Rahmenbedingungen und Schaffung von Freiräumen hat die CDU maßgeblich dazu beigetragen, daß unsere Absolventen, unser wissenschaftlicher Nachwuchs, unsere Einrichtungen und unsere innovativen Unternehmen im Wettbewerb erste großartige Erfolge zu verzeichnen haben.

2. Werteerziehung für unsere Kinder.

Kindern und Jugendlichen müssen geistige Grundlagen und Werte vermittelt werden. Dazu gehören das Verständnis von Kultur, Geschichte und Religion, die Liebe zur Heimat und zur Nation, die Achtung vor dem Leben und das Respektieren von Grenzen und Autoritäten. Genauso wichtig sind Werte wie Freiheit, Nächstenliebe, Toleranz, Leistungsbereitschaft, Pflichterfüllung, Kritikfähigkeit und Gemeinsinn. Nicht nur Lehrerinnen und Lehrer sind aufgerufen, hier Vorbild zu sein und zur Erziehung beizutragen. Auch die Gesellschaft und selbstverständlich zuallererst die Eltern müssen ihren Beitrag leisten.

Bildung ist eines der zentralen Zukunftsthemen für das 21. Jahrhundert.

Flexibilität und ständige Offenheit entscheidend für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben.

Das gegliederte Schulwesen – beste Voraussetzung für die schulische Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen.

Nicht nur die Schule, auch die Eltern sind gefordert.



Die Erziehung an den Schulen muß dahin führen, daß die Jugend verstärkt zur aktiven Teilnahme am politischen Leben bewegt wird. Politische Urteilskraft und Einschätzungsvermögen sind Grundlage für ein Leben in politischer Selbstbestimmung. Fächer wie Geschichte und Sozialkunde, aber auch Geographie und Arbeit-Wirtschaft-Technik leisten hier einen wesentlichen Beitrag.

3. Moderne Bildungspolitik – die Schwachen fördern, die Starken fordern.

Die CDU wird kein neues Schulgesetz auflegen! Grundlage unserer Schulpolitik ist die Kontinuität an den Schulen des Landes. Dennoch wird die CDU ihre Möglichkeiten nutzen, um leistungsfeindliche Verordnungen und Erlasse zu ändern und den Lehrerinnen und Lehrern mehr Möglichkeiten pädagogischen Wirkens in die Hand zu geben. Die Schule braucht ein hohes Maß an Eigenverantwortung, um zeitgemäße Bildungsziele und Inhalte zu vermitteln. Die durch das Schulgesetz gefundenen Formen des demokratischen Mitspracherechts bleiben von Änderungen unberührt.

Leistung und Werte – Grundlagen für die Zukunft unserer Kinder.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern steht für den Ausbau eines leistungsorientierten, gegliederten Schulwesens in Mecklenburg-Vorpommern, in dem persönliche Anlagen gefördert und gefordert werden, in dem die Kinder und Jugendlichen eine Werteerziehung erfahren, die sie zum humanen Miteinander der Menschen befähigt – das Lernen und Leben in einer humanen Leistungsschule.

Schule muß aktiv durch Lehrer, Schüler und Eltern gestaltet werden. Gemeinschaft kann und muß in der Schule gelebt und erfahren werden, um nachhaltig Wirkung zu erzielen. Dies gilt auch für die Freizeitgestaltung nach der Unterrichtszeit. Die Schulgebäude sollen verstärkt am Nachmittag genutzt werden und sich als Freizeitzentren öffnen. Dazu ist es notwendig, daß das unentgeltliche Ehrenamt, das freiwillige und uneigennütziges Freizeitengagement gefördert und gestärkt wird.

Multimedia-Zugang von Schulen zu neuen Informationsmöglichkeiten muß kurz- bis mittelfristig gesichert werden.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommerns setzt sich konsequent für eine umfassende Integration multimedialer Bildungskonzepte in den Schulen Mecklenburg-Vorpommerns ein. Kurz- und mittelfristig müssen den Schulen die technischen Voraussetzungen zur Verfügung gestellt werden, um ihnen den Zugang zu neuen Bildungskonzepten und Informationsquellen im multimedialen Zeitalter zu ermöglichen. Wir werden dafür sorgen, daß jede weiterführende Schule bis zur Jahrtausendwende über einen Internet-Zugang verfügt.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern wird im Interesse unserer Kinder die Gewährleistung einer 100%igen Unterrichtsversorgung durchsetzen.

Hauptschulen sind wichtiger Bestandteil unseres Bildungssystems.

Hauptschule muß wieder attraktiv werden – Hauptschulabschlußprüfungen notwendig.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für die Stärkung der Hauptschule ein. Kern der Stärkung der Hauptschule ist die Forderung nach einer Hauptschulabschlußprüfung. Das Hauptschulkonzept bedarf einer fortlaufenden Modernisierung und Aktualisierung, damit auch diese Schulform den gesellschaftlichen Herausforderungen entsprechende Entwicklungsschübe erfährt. Die Wirtschaft des Landes ist aufgefordert, in entsprechenden Berufszweigen Hauptschülern eine Lehrstelle und damit eine Perspektive anzubieten. Die Schulträger sind aufgefordert, insbesondere für die Hauptschulen und die Hauptschulbildungsgänge Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Besonderheiten dieses Bildungsganges gerecht werden und ein positives Lernumfeld vermitteln.

Die CDU setzt sich für eine Erhöhung der Stundentafel in den Klassen 1-4 und 5-10 ein. Diese Maßnahme ist unbedingt erforderlich, um eine leistungsorientierte Schule in Mecklenburg-Vorpommern durchzusetzen und unsere Kinder und Jugendlichen für die Herausforderungen unserer Zeit fit zu machen.

Erhöhung der Stundentafel in der Grundschule und in der Mittelstufe!

Integration und Förderung von Behinderten.

Das Förderschulsystem erfährt durch die CDU eine besondere Berücksichtigung. Dieses soll in den kommenden Jahren erhalten und ausgebaut werden. Verstärkte Kooperationen von Allgemeinbildenden Schulen und Förderschulen sollen die Integration Behinderter in das Regelschulsystem fördern. Im Mittelpunkt steht aber der individuelle Förderbedarf behinderter Kinder und Jugendlicher.

Kürzere Ausbildungszeiten durch 12jähriges Abitur.

Durch die zwingende Notwendigkeit des lebenslangen Lernens ergibt sich auch die Notwendigkeit nach der Verkürzung der Grundausbildung. Auf fachlich sicherem Fundament, das schon in der Grundschule gelegt werden muß, steht für alle weiterführenden Schulen die Aufgabe, die Schüler so auszubilden und zu fördern, daß ihnen im späteren Berufsleben lebenslanges Lernen gelingt. Eine inhaltliche Entrümpelung der Lehr- und Rahmenpläne ist erforderlich und wird erheblich dazu beitragen, um die Ausbildungszeiten zu verkürzen und in der Schulbildung neue Akzente zu setzen, die den Anforderungen an moderne Bildungs- und Wissenschaftsinhalte gerecht werden. Die Abwahl von Hauptfächern steht mit diesen Zielen im Widerspruch.

12 Jahre zum Abitur erhöhen die Chancen unserer Abiturienten auf den Arbeitsmärkten der Zukunft!

Mit der Erhöhung der Stundentafel in der Mittelstufe ist die Möglichkeit gegeben, in Mecklenburg-Vorpommern das Abitur nach 12 Jahren Schulzeit abzulegen. Die CDU hat trotz des aktuellen Schulgesetzes dieses Ziel nicht aufgegeben und wird trotz schwieriger Rahmenbedingungen das 12jährige Abitur in Mecklenburg-Vorpommern durchsetzen. Die CDU Mecklenburg-Vorpommern fordert in diesem Zusammenhang das Zentralabitur für ganz Deutschland und wird sich in der Kultusministerkonferenz dafür einsetzen. Durch das föderale Bildungswesen, durch unterschiedlich geprägte Bildungssysteme in den einzelnen Bundesländern, gibt es keine einheitlichen Bildungsabschlüsse. Wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen die Forderung nach zentralen Schulabschlüssen. Sollte ein Zentralabitur mittelfristig nicht zustande kommen, fordert die CDU Mecklenburg-Vorpommern Zugangs-/Eignungsprüfungen an den Hochschulen.

Ein Zentralabitur schafft für ganz Deutschland eine Vergleichsbasis von Bildungsleistungen.



Moderne Schulen tragen zur Verbesserung der Leistungen bei.

Aufstockung des Landesprogrammes für Schulneubau und -sanierung ist notwendig.

Der erhebliche Rückgang der Landeszuschüsse für den kommunalen Schulbau wird in der Zukunft zu wesentlichen Einschnitten bei Neubau - und Sanierungsaktivitäten für Schulen bei den Schulträgern führen. Aufgrund der angespannten finanziellen Lage der Kommunen sind zinsgünstige Darlehen kein Ausweg zur Behebung des baulichen Zustandes einer Vielzahl von Schulen im Land. Viele der fast 1000 allgemeinbildenden und beruflichen Schulen weisen auch heute noch Mängel im baulichen Zustand und den sanitären Einrichtungen auf. In diesem Bereich wird die CDU Mecklenburg-Vorpommern dafür sorgen, daß das Land seine Investitionsquote wieder erhöht, denn Bildung ist oberste staatliche Aufgabe. Die CDU wird mittelfristig wieder einer erhebliche Erhöhung der Landeszuschüsse anstreben und die Kommunen bei der Lösung dieser wichtigen Aufgabe nachhaltig unterstützen. Gerade das erfreuliche Ansteigen der Geburtenrate im Land erfordert außerordentliche Anstrengungen, um die Kindertagesstätten und Schulen für die Jüngsten unserer Gesellschaft attraktiv und einladend zu gestalten.

4. Das Duale System in der Berufsausbildung - Lebensperspektiven eröffnen.

Berufsausbildung eröffnet Lebensperspektiven - Duales System stärken.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern fordert die Betriebe im Land auf, über Bedarf auszubilden und mit dieser Bereitschaft das Duale System der Berufsausbildung zu unterstützen. Dieses System bietet einen wirkungsvollen Ansatz zur Verzahnung von Arbeits- und Bildungssystem. Die CDU Mecklenburg-Vorpommern plädiert für die Beibehaltung des Ausbildungsvolumens von 12 Wochenstunden in den beruflichen Schulen. Mit flexiblen Modellen tragen die Berufsschulen den Wünschen der ausbildenden Wirtschaft in angemessener Weise Rechnung.

Die betriebliche Ausbildung kann nicht ersetzt werden!

Mehr Lehrer für unsere Berufsschulen!

Die Einstellung von zusätzlichen Fachlehrkräften für berufliche Schulen ist angesichts der demographischen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern notwendig. Auch in den Berufsschulen muß eine 100 %ige Unterrichtsversorgung gewährleistet werden. Die Ausbildungsordnungen und Rahmenpläne müssen ständig überprüft und modernisiert werden. Gefordert ist eine Besinnung auf grundlegendes Wissen und Können.

Zur Persönlichkeitsbildung der Auszubildenden gehört nicht nur das Vermitteln von beruflicher Fachkompetenz, sondern auch das Vermitteln von Wertesystemen, von sozialer Kompetenz, die Förderung von Schlüsselqualifikationen und die Vorbereitung auf spätere unternehmerische Tätigkeit.

Berufsschulzeugnisse sind in die Abschluszeugnisse der Kammern einzubeziehen.

Die Kammerprüfungen sind an der betrieblichen Wirklichkeit und an den wesentlichen Ausbildungsinhalten zu orientieren. Die während der Ausbildung erbrachten Leistungen, einschließlich der schulischen Leistungen, sind in geeigneter Weise in die Kammerprüfungen bzw. die Abschluszeugnisse der Kammern einzubeziehen.

5. Hochschul- und Forschungspolitik – die Zukunft gestalten.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern setzt sich dafür ein, die Leistungsfähigkeit der Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen auszubauen und eine ausreichende Grundfinanzierung zu sichern. Die Mittel für den Hochschulbau sollen in den nächsten Legislaturperioden flexibel und effizient eingesetzt werden. Notwendig ist, die Zahl flächenbezogener Studienplätze im Hinblick auf die absehbare Entwicklung der tatsächlichen Studentenzahl zu überprüfen. Möglichkeiten zur Schaffung von Freiräumen und zur Vereinfachung der Verwaltung sollten verstärkt genutzt werden, zum Beispiel durch die Einführung von Globalhaushalten. Wir werden uns außerdem für die Einführung neuer weltweit vergleichbarer Studienabschlüsse wie den „Master“ einsetzen, um den Absolventen im Rahmen der Globalisierung von Wirtschaft und Wissenschaft neue Zukunftschancen zu eröffnen, aber auch um die nationale und internationale Attraktivität der Hochschulen unseres Landes zu fördern.

Um akademische Jugend aus ganz Deutschland für die Studienregion Mecklenburg-Vorpommern zu begeistern, ist die soziale Infrastruktur für Studenten zügig zu verbessern. Dazu zählt insbesondere die Sanierung und Renovierung der Studentenwohnheime.

Der Ausbau der Universitäten in Greifswald und Rostock wird bei konsequenter Schwerpunktbildung zwischen den Fakultäten vorangetrieben. Dabei sollen die Universitäten in die Lage versetzt werden, eigenverantwortlich mit den zugewiesenen Ressourcen (Globalhaushalt) auch im Interesse der Stärkung ihres eigenen Profils umzugehen. Forschungsprojekte mit überregionaler Bedeutung werden leistungsgerecht durch das Land gefördert. Die Studiengänge, die für den Industriestandort Mecklenburg-Vorpommern und für eine Kooperation mit der Wirtschaft besonders wichtig sind, werden vorrangig ausgestattet.

Die CDU spricht sich für den weiteren Ausbau der Universitätsklinik in Greifswald und Rostock aus. Beide Standorte sollen im Rahmen der Krankenhausplanung gestärkt werden, um neben einer fundierten Forschung und Lehre den Bürgern des Landes eine hoch spezialisierte medizinische Betreuung zu ermöglichen.

Das Klinikum der Medizinischen Fakultät Greifswald soll zu einer bundesweiten Modellklinik mit speziellen Schwerpunkten in der Maximalversorgung ausgebaut werden, z. B. auf dem Gebiet der Neurowissenschaften. Das Universitätsklinikum Rostock soll als Klinikum der Maximalversorgung, insbesondere auf dem Gebiet der Herzchirurgie einschließlich Kinderherzchirurgie und Transplantationschirurgie, weiter ausgebaut werden. Die Reorganisation der Kliniken in Rostock soll bei Einsparung investiver Mittel zu einer Stärkung der Leistungsfähigkeit der Medizinischen Fakultät beitragen. Mittelfristig soll eine Fusion des Universitätsklinikums mit dem Südstadtklinikum diesem Ziel dienen.

Die Hochschulreform schnell umsetzen. Einführung weltweit vergleichbarer Studienabschlüsse.

Der Neubau bzw. die Sanierung der Studentenwohnheime wird fortgesetzt.

Weiterer Ausbau der Universitätsklinik in Greifswald und Rostock.



Fachhochschulen besonders unterstützen.

Die positive Entwicklung der leistungsfähigen Fachhochschulen soll durch die Förderung des Aufbaus von Laborkapazitäten besonders unterstützt werden. In den meisten Studiengängen an den Fachhochschulen wird eine berufspraktische Tätigkeit in Form eines Vorpraktikums gefordert. Durch eine derartige Verbindung von Theorie und Praxis haben die Abschlüsse der Fachhochschulen eine hohe Bedeutung für regionale und überregionale Unternehmen. Die Forschung der Fachhochschulen soll einen engen Praxisbezug aufweisen und ist besonders für Kleinbetriebe und mittelständische Unternehmen, die keine eigenen Forschungseinrichtungen vorhalten können, von immenser Bedeutung. Somit nehmen die Fachhochschulen für Forschung, Lehre und Wirtschaft des Landes eine zentrale Rolle ein, die durch eine entsprechende Förderung auch die Würdigung des Landes erfahren muß. Leitlinie der CDU ist es die Fachhochschulen in die Lage zu versetzen, durch eigenständige praxisorientierte Forschung und Entwicklung besonders die regionale Wirtschaft bei der Produktentwicklung weiter zu unterstützen.

Hochschule für Musik und Theater ein wertvoller Beitrag für Kunst und Kultur.

Der weitere Ausbau der Hochschule für Musik und Theater wird ein wertvoller Beitrag zur Gestaltung einer attraktiven künstlerischen Landschaft in Mecklenburg-Vorpommern sein. Der Ausbau des historischen Katharinenstiftes setzt dabei einen zusätzlichen kulturellen Akzent.

Forschung: 10 Projekte für die Zukunft.

Mecklenburg-Vorpommern verfügt mit Einrichtungen wie der Satellitenbodenstation Neustrelitz des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, dem Institut für Ostseeforschung Warnemünde, dem Institut für Atmosphärenphysik Kühlungsborn, dem Institut für Niedertemperatur-Plasmaphysik Greifswald, dem Max-Planck-Institut für Demographie in Rostock, der Außenstelle Rostock des Fraunhofer Instituts für Graphische Datenverarbeitung, der Landesforschungsanstalt Güstrow-Gülzow, der Fachagentur Nachwachsender Rohstoffe Güstrow, der Forschungsanstalt Dummerstorf u. a. über eine breitgefächerte und qualitativ hochstehende Landschaft außeruniversitärer Forschungseinrichtungen. Diese Einrichtungen sind damit auch ein wertvolles Argument bei der überregionalen Anwerbung von Investoren für unser Land.

Ja zu modernen Technologien.

Eine wichtige zusätzliche Bereicherung wird das zur Zeit in Bau befindliche Fusionsexperiment Wendelstein 7-X darstellen, welches eines der größten Forschungsvorhaben in Deutschland überhaupt ist und mit seiner wissenschaftlichen Aufgabenstellung bei der Sicherung der Energieversorgung künftiger Generationen weltweite Bedeutung haben wird. Die CDU setzt sich dafür ein, daß auch das nächste internationale Fusionsprojekt ITER am Standort Greifswald realisiert wird.

Die CDU setzt sich dafür ein, daß unsere Forschungslandschaft durch die Ansiedlung mindestens eines Instituts der Fraunhofer-Gesellschaft und weiterer Institute der außeruniversitären Forschung vervollständigt wird.

6. Der Jugend die Zukunft sichern – die notwendige Reform des Rentensystems.

Seit Jahren verweisen Wissenschaftler auf den demographischen Wandel in unserer Gesellschaft. Die Umkehrung der Alterspyramide ist ein oft gebrauchtes Bild. Hinzu kommen die Veränderungen in der Arbeitswelt. Teilzeitbeschäftigung, Nebentätigkeiten und neue Formen der Selbständigkeit sind Zeichen der zunehmenden Flexibilität der Arbeit. Diese Flexibilisierung der Beschäftigungsformen ist für die Wirtschaft von großer Bedeutung. Gleichzeitig hat dies Folgen für die Einnahmestruktur der Rentenversicherungsträger. Die CDU will, daß auch zukünftig die Belastungen gerecht auf Beitragszahler und Rentner verteilt werden. Die CDU schließt die Kürzung der gesetzlichen Rentenansprüche für unsere Senioren aus. Allerdings wird eine Anpassung des Rentenniveaus in Zukunft unumgänglich sein.

Belastungen gerecht verteilen

Wenn nach Umfragen die heute bis 45jährigen zu wissen glauben, daß sie vom heutigen Rentensystem wenig erwarten können, so ist dies ein Warnsignal. Wer über längere Zeit in ein System einzahlt, aus dem er nicht viel erwartet, verliert nicht nur das Vertrauen in das Rentensystem, sondern auch in die Politik und den Staat. Deshalb ist ein Systemwandel notwendig.

Die Rentenversicherung ist ein Dreigenerationenvertrag. Die aktive Generation zahlt Beiträge für die Renten der Ruhestandsgeneration und zieht zugleich die nächste Generation auf. Der jüngeren Generation muß deshalb eine stärkere Wahrnehmung von Eigenverantwortung, die steuerlich begünstigt sein muß, ermöglicht werden. Mit der Einführung demographischer Bestandteile in die neue Rentenberechnungsformel ist ein wichtiger Schritt zur Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung unternommen. Trotzdem ist in diesem Zusammenhang die Umsetzung der von der CDU vorgeschlagenen Steuerreform und die Weiterentwicklung des Rentensystems zwingend erforderlich.

Eigenverantwortung ermöglichen
– Reformen fortsetzen.

7. Jugend aktiv – mitreden und mitgestalten.

Eigene Mitgestaltungsmöglichkeiten des gesellschaftlichen Umfelds für Jugendliche durch mehr Beteiligung und stärkere Übernahme von Verantwortung gibt es in vielen Bereichen. Der Jugend muß Verantwortung übertragen werden, da junge Menschen nur so ihre Vorstellungen verwirklichen und an der Gestaltung des Landes mitwirken können.

Der Jugend Verantwortung zu-
trauen.

Die CDU wird die Jugend deshalb zum Beispiel bei der Schaffung und Ausgestaltung vielfältiger jugendgerechter Freizeitangebote unterstützen. Zur Förderung von Teamgeist, Solidarität und Verantwortungsbewußtsein halten wir die verbandsbezogene Jugendarbeit für besonders geeignet. Dies wird sich zukünftig in der Fördermittelbereitstellung niederschlagen.

Wir messen der politischen Jugendarbeit eine besondere Bedeutung zu. Für die Demokratie ist es wichtig, daß sich Jugendliche politisch engagieren. Deshalb streben wir eine sachgerechte Gleichstellung des Ringes Politischer Jugend und des Landesjugendringes sowie den Ausbau der politischen Jugendbildung an.

Politische Jugendarbeit stärken.



Kontinuität sicherstellen.

Wir werden uns dafür einsetzen, Kontinuität insbesondere im personellen Bereich zu ermöglichen. Für die CDU ist außerdem wichtig, daß sich die Jugendarbeit an alle Teile der Gesellschaft wendet. Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, daß die landesweiten Angebote von Leistungen der Jugendhilfe in erforderlicher Qualität und Quantität ausgebaut werden.

Förderung des freiwilligen Engagements unserer Jugendlichen.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern unterstützt das freiwillige und ehrenamtliche Engagement von Jugendlichen. In diesem Zusammenhang streben wir den weiteren Ausbau der Angebote im Freiwilligen Ökologischen Jahr und im Freiwilligen Sozialen Jahr an.

Mecklenburg-Vorpommern – sozial und gerecht.

Sozialpolitik: Hilfe zur Selbsthilfe.

Nach unserem Verständnis ist Sozialpolitik Hilfe zur Selbsthilfe. Sie wird wesentlich bestimmt durch Selbstverantwortung der Bürger und gesellschaftliche Solidarität. Wo dem einzelnen ein Leben in Würde aus eigener Kraft nicht möglich ist, muß der Staat helfen. Er ist gefordert, Solidarität zwischen Leistungsstarken und Leistungsschwachen in der Gesellschaft herzustellen und diejenigen zu unterstützen, die aufgrund besonderer Lebenslagen ansonsten sozial benachteiligt würden.

Die Sozialgesetze der Bundesrepublik gehen auf Initiative der CDU zurück

Fast alle großen Sozialgesetze der vergangenen 40 Jahre gehen auf die Initiative der CDU zurück. So sind z. B. das Arbeitsförderungsgesetz, der Familienlastenausgleich, die dynamische Rente, die Vermögensbildungsgesetze, das Bundessozialhilfegesetz und zuletzt das Pflegeversicherungsgesetz auf Initiative der CDU verabschiedet worden. Mit dem Pflegeversicherungsgesetz wurde seit 1995 erstmalig die solidarische Absicherung des Pflegerisikos möglich, auch für Pflegebedürftige, die zuvor keine Anwartschaften durch Beitragszahlungen erworben hatten. Schrittweise folgte der Aufbau von festen Leistungsstrukturen der ambulanten und stationären Pflege. Damit wurde die Abhängigkeit Pflegebedürftiger von der Sozialhilfe wesentlich eingeschränkt.

Sozialsysteme zukunftsfähig gestalten.

Auch familienpolitische Verbesserungen, wie die Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung, das Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub sind Erfolge der CDU-Politik. Auch unter den Bedingungen engerer Finanzspielräume und starker Haushaltsbelastungen durch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nach 1996 ist es der CDU gelungen, die sozialen Sicherungssysteme funktionsfähig zu halten. Dies war nur möglich durch Bekämpfung von Fehlentwicklungen, Stabilisierung der Finanzierungsgrundlagen und Erhöhung der Eigenverantwortung der Bürger, wo es zumutbar ist.

Mißbrauch des Sozialsystems bekämpfen.

Sozialpolitik darf die Eigenverantwortung der Bürger und den Leistungswillen des einzelnen nicht ersetzen oder die Solidarität lähmen. Das verantwortungsbewußte Verhalten der Menschen muß Grundlage des Gemeinwesens sein und bleiben, damit die Mittel des Sozialstaates auch denjenigen zugute kommen können, die solidarische Hilfe benötigen. Daher muß Mißbrauch in jeder Hinsicht entschieden bekämpft werden.

Unter Führung der CDU ist in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990 ein modernes Gesundheits-, Rehabilitations- und Kurwesen aufgebaut worden. Durch das Engagement verschiedener Träger sind Behinderteneinrichtungen modernisiert und neu errichtet worden. Außerdem wurden im ganzen Land Seniorenwohnanlagen neu errichtet bzw. modernisiert.

1. Die Familie – Grundlage unseres Gemeinwesens.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern bekennt sich ausdrücklich zum Auftrag des Grundgesetzes, die Familien besonders zu schützen und zu fördern. In unserer Gesellschaft leisten Familien unverzichtbare Dienste, die weder hinsichtlich ihres ideellen Wertes, noch materiell bezahlbar sind. Neue, veränderte Rahmenbedingungen sind notwendig für ein leichteres "Ja" zur Familie. Dazu gehören auch neue Angebote für Familienbildung und sozial-pädagogische Familienhilfe.

Die Familie – Grundlage unserer Gesellschaft.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern wird sich für die Verbesserung der rentenrechtlichen Anerkennung von Familienerziehungszeiten, die Dynamisierung des Bundeserziehungsgeldes und die Zahlung des Landeserziehungsgeldes bis zum Ende des dritten Lebensjahres einsetzen.

Landeserziehungsgeld wieder bis zum Ende des 3. Lebensjahres einführen.

Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familienarbeit und Berufstätigkeit setzen wir uns für günstigere Rahmenbedingungen bei dem Wiedereintritt von Eltern in reguläre Beschäftigung nach Erziehungszeiten ein. Dies geschieht zum Beispiel durch die Unterstützung von flexiblen Arbeitszeitmodellen. Auch die Tarifpartner fordern wir auf, ihre Anstrengungen in diesem Bereich zu verstärken.

Familienpolitik heißt für die CDU Mecklenburg-Vorpommern auch, die Umsetzung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz sicherzustellen, wobei für die CDU ein Hauptaugenmerk auf der Erziehung in der Familie liegt. Dort, wo ein Kindergarten nicht unterhalten werden kann, ist ein Angebot von Betreuungsplätzen (Tagesmütter) zu ermöglichen. Für unter dreijährige Kinder und Kinder im Grundschulalter unterstützt die CDU die bedarfsgerechte Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen. Wir wollen Kinderbetreuungsplätze, die einen vertretbaren Elternbeitrag ausweisen. Zu diesem Zweck sollen die Träger der Einrichtungen mit Investitionszuschüssen unterstützt werden, um die Betriebskosten zu senken. Für Alleinerziehende sollen in Ballungsgebieten vermehrt geförderte Betreuungsangebote für Kinder geschaffen werden, die sozialverträglich eine Überforderung der Betroffenen vermeiden.

Erziehung in der Familie unterstützen.

Wir treten dafür ein, daß die landesweiten Angebote freier und gemeinnütziger Träger für Beratungs- und Hilfsangebote für Familien ausgebaut werden. Daneben sollen bezahlbare Dienstleistungsangebote für Familien, Schwangere, Alleinerziehende und Menschen mit besonderen Problemen besonders unterstützt werden.

Beratungsangebote ausbauen.

Wir wollen das Angebot von familien- und kinderfreundlichen Ferienstätten in unserem Bundesland weiter erhöhen, damit ausreichende Möglichkeiten für die kostengünstige Erholung von Kindern und Eltern in Mecklenburg-Vorpommern geschaffen werden. Hier sind besonders die Stiftungen, gemeinnützigen Vereine und Träger aufgefordert, förderfähige Konzepte zu entwickeln. Die CDU Mecklenburg-Vorpommern wird sie dabei unterstützend begleiten. Für sozialschwache Familien werden wir angemessene Individualzuschüsse für Familienferien gewähren.

Mecklenburg-Vorpommern ist ein familienfreundliches Ferienland!



2. Gleichberechtigung auf allen Ebenen.

Die CDU in Mecklenburg-Vorpommern tritt für eine partnerschaftliche Gemeinschaft ein, in der Frauen und Männer alle Bereiche des privaten und öffentlichen Lebens miteinander verantwortlich gestalten. Wo Frauen am Arbeitsmarkt und im Berufsleben unterrepräsentiert oder benachteiligt sind, sehen wir unsere Aufgabe in der konsequenten Förderung der Frauen.

Bessere Verbindung von Familie und Arbeit.

Wir lassen uns von der Überzeugung leiten, daß es nicht Aufgabe des Staates sein kann, Frauen oder Männer ein bestimmtes Rollenbild vorzugeben. Vielmehr will die CDU dazu beitragen, daß Frauen und Männer Familie und Arbeitswelt besser als bisher verbinden können. Dazu bedarf es nach unserer Auffassung flexibler, familienfreundlicher Arbeitszeiten, bedarfsgerechter Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen sowie kindgerechter Ganztagsangebote auch in den Bildungseinrichtungen.

Nach Kindererziehung die Wiedereingliederung in das Berufsleben unterstützen.

Für Frauen und Männer, die ihre Erwerbstätigkeit wegen der Kinder oder aus Gründen von Pflege-tätigkeit unterbrechen, unterstützen wir die Einrichtung von Förderprogrammen für die Rückkehr in das Berufsleben. Dabei muß der Öffentliche Dienst eine Vorbildfunktion einnehmen. Die CDU plädiert für eine konsequente gesellschaftliche und versicherungsrechtliche Anerkennung der Familienarbeit, der Kindererziehung, der Pflege älterer und behinderter Menschen.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß besonders von Arbeitslosigkeit betroffene Frauen durch zielgerichtete Beratung und Vermittlung sowie Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen in Kombination mit geeigneten Förderprogrammen die Möglichkeit zum Wiedereintritt in das Berufsleben erhalten.

Förderprogramme für Frauen.

Für Frauen aus dem ländlichen Raum, für Alleinerziehende, Sozialhilfeempfängerinnen und arbeitslose Frauen ab 50 sind besondere Förderprogramme auszuweisen.

Wir brauchen die Erfahrungen der älteren Generation – Programm für ältere Menschen: AKTION 55.

Ältere Menschen sind in besonderem Maße von den tiefgreifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen innerhalb unserer Gesellschaft betroffen. Über Fünfzigjährige mußten vielfach frühzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Mit einem Programm AKTION 55 wollen wir erreichen, daß älteren Mitbürgern sinnvolle und befriedigende Tätigkeiten außerhalb des Arbeitsmarktes – aber mitten in der Gesellschaft – angeboten werden. Wir wollen damit einerseits die reichen Lebenserfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten erschließen und zum anderen diesen Menschen einen neuen Lebenssinn geben. Wir brauchen das Wissen und Können der älteren Generation für ehrenamtliche Tätigkeiten u.a. in Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Kommunen und Kirchgemeinden. Diese Tätigkeit für die Gesellschaft wollen wir im Rahmen des steuerrechtlich Möglichen mit 200 DM im Monat fördern.

3. Für unsere Gesundheit.

Die gesicherte Finanzierung des Gesundheitswesens hat für die CDU Mecklenburg-Vorpommern einen besonderen Stellenwert. Es ist das Ziel der Politik der CDU Mecklenburg-Vorpommern, daß die Bürger ohne Einschnitte das volle Leistungsspektrum der modernen Medizin nutzen können. Deshalb werden wir alles daransetzen, daß für die niedergelassenen Ärzte im Land berechenbare Rahmenbedingungen entwickelt werden. Wir sind gegen Rationierung und Budgetierung im Gesundheitswesen.

Ein modernes Gesundheitssystem für alle!

Wir lehnen die Regionalisierung von Krankenkassenbeiträgen ab. Davon würden einseitig die Menschen in den strukturschwachen Gebieten in den neuen Bundesländern getroffen und insbesondere der Standort Mecklenburg-Vorpommern geschwächt. Die Beiträge dürfen jedoch nicht weiter steigen, sondern müssen zumindest stabil gehalten werden, um die Arbeitskosten nicht weiter zu belasten. Die verfügbaren begrenzten Einnahmen müssen daher möglichst wirtschaftlich eingesetzt werden. Dies erfordert im Gesundheitswesen eine höhere Verantwortung in der Selbstverwaltung der Krankenkassen und ihren verstärkten Einfluß auf Effizienz in den Versorgungsstrukturen und beim finanziellen Mitteleinsatz. Dabei sollten private Modelle einbezogen werden. Ebenso macht dies ein verantwortliches Handeln der stationären und ambulanten Leistungserbringer unverzichtbar.

Keine Regionalisierung der Krankenkassenbeiträge.

Alle Beteiligten sind gefordert.

Das Gesundheitsstrukturgesetz bietet einen Rahmen, um auch auf Landesebene ausgewogene Vereinbarungen zwischen Krankenkassen und den Leistungserbringern zu treffen. Daneben ist die Eigenverantwortung der Bürger für ihre Gesundheit zu erhöhen, wo es zumutbar ist. Neue Regelungen über Härtefallklauseln vermeiden unangemessene Belastungen sozial Schwacher. Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß es im Gesundheitswesen auch zukünftig eine auf Solidarität ausgerichtete Verantwortungsgemeinschaft zwischen Starken und Schwachen gibt.

Solidarität zwischen Starken und Schwachen wird gewährleistet.

Gerade in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern kommt es auf eine bürgernah organisierte Grundversorgung und eine zumutbar strukturierte Spezialversorgung an. Deshalb legt die CDU im Bereich der stationären Gesundheitsversorgung Gewicht auf eine qualitativ angemessene Versorgung nach einem sinnvollen Krankenhausplan. Krankenhäuser sollen für die Bürger entsprechend dem Bedarf in zumutbarer Entfernung vorgehalten werden. Dementsprechend sind Investitionen vorzusehen, die eine Deckung des baulichen und technischen Nachholbedarfs der Krankenhäuser sichern.

Im ambulanten Bereich setzt sich die CDU Mecklenburg-Vorpommern dafür ein, daß zur Vermeidung höherer Kosten bei der stationären Versorgung leistungsfähige Strukturen aufrechterhalten und stabilisiert werden. Berechenbare Rahmenbedingungen sind für die niedergelassenen Ärzte unverzichtbare Grundlage. Im ambulanten sozialpflegerischen Bereich werden wir Einrichtungen fördern, die neben den Aufgaben der krankenpflegerischen Betreuung möglichst integrativ und trägerübergreifend Aufgaben der hauswirtschaftlichen Hilfe und von sozialen Beratungsleistungen anbieten. Besonders auf den Gebieten der Suchtarbeit und der wohnortnahen psychiatrischen Versorgung sieht die CDU in Mecklenburg-Vorpommern noch Nachholbedarf, um die sichtbaren Probleme durch entsprechend qualifizierte Angebote zu lösen.

Erhaltung leistungsfähiger Strukturen im medizinischen Bereich.



Auch in der Gesundheitsprävention sind Angebote zu erweitern und finanziell abzusichern, höhere Kosten in der Behandlung von Krankheiten zu vermeiden. Die CDU Mecklenburg-Vorpommern wird Selbsthilfestrukturen unterstützen und so fördern, daß sie ihre selbstgesteckten Ziele entsprechend erreichen können.

4. Politik für ältere Menschen.

Die sozialpolitischen Leistungen des Bundes und des Landes ermöglichen den Menschen im Alter ein eigenverantwortliches und selbständiges Leben. Es ist Anliegen der CDU Mecklenburg-Vorpommern, die Gestaltung eines menschenwürdigen Lebens und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben auch zukünftig zu sichern. Daher ist die Altersrente eine unverzichtbare Säule unseres Sozialsystems. Rente ist Alterslohn für erbrachte Lebensleistung. Die entstandenen Probleme des Rentensystems durch den Rückgang von Beitragszahlern und den Anstieg von Leistungsberechtigten mit höherer Lebenserwartung sind eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Auf sich abzeichnende Entwicklungen muß reagiert werden. Deshalb ist die Weiterentwicklung der Rentenreform zwingend notwendig.

Rentenreform weiterentwickeln –
Rente langfristig sicher gestalten.

Alte Menschen haben für unsere Gesellschaft eine wichtige Aufgabe. Sie sind in besonderer Weise für die Weitergabe von Erfahrungen, Traditionen und Werten verantwortlich. Gerade die Erziehung der Jugend ist ohne Senioren kaum möglich. Deshalb setzt sich die CDU dafür ein, daß ältere Menschen in die Familien eingebunden bleiben und solange wie möglich im selbstbestimmten vertrauten Umfeld leben können. Voraussetzung dafür ist auch eine seniorengerechte Verkehrsinfrastruktur.

Einbindung älterer Menschen in
die Familie.

Wir werden den Bau altersgerechter und betreuter Wohnungen in den Städten und Gemeinden weiter angemessen fördern. Alten- und Pflegeheime sollen Zentren der Begegnung und selbstverständlicher Bestandteil von dörflicher Struktur und Freizeitbereichen werden. Seniorentreffpunkte und mobile Dienste können ebenfalls die Selbständigkeit und Eigeninitiative älterer Menschen fördern. Der Aufbau von Begegnungsstätten schafft Informations- und Kontaktstellen für Menschen, die für bestimmte Lebenslagen Hilfe anbieten, ebenso für Hilfesuchende. Es sollen neue Initiativen wie „Alt hilft Jung“ ins Leben gerufen werden. Solche Begegnungsstätten können auch Koordinationsstellen für Selbsthilfeaktivitäten älterer Menschen werden.

Begegnungen zwischen alt und
jung unterstützen.

Wir wollen die Erfahrungen und das Lebenswissen älterer Menschen nutzen. In Vereinen, Verbänden, Parteien, Interessengruppen und Kirchen haben ältere Menschen einen unersetzbaren Platz. Deshalb wird sich die CDU Mecklenburg-Vorpommern dafür einsetzen, daß sinnvolle entgeltliche, aber auch ehrenamtliche Aufgaben für Senioren entwickelt und gefördert werden. Unterstützung erwarten wir von Weiterbildungsträgern durch geeignete Konzepte für ältere Menschen.

5. Integrieren: Menschen mit Behinderung.

Mit dem Leitgedanken Integration statt Isolation und Rehabilitation vor Pflege wollen wir eine behindertengerechte Umwelt verwirklichen. Dies kann aber nicht vom Staat allein bewältigt werden, sondern braucht die Mitwirkung aller Bürger.

Die Regierungsverantwortung in Mecklenburg-Vorpommern hat die CDU dazu genutzt, im Land die Rehabilitation und Integration von Menschen mit Behinderungen zu fördern. Dies geschah besonders durch den Ausbau von Werkstätten für Behinderte und der ambulanten, teilstationären und stationären Pflege- und Betreuungseinrichtungen. Wir werden diese Angebote weiter bedarfsgerecht entwickeln und Erfahrungen anderer Länder dabei nutzen.

Behindertengerechte Ausbildung wollen wir künftig möglichst wohnortnah gewährleisten, von der Vorschule über die Regelschule und weiterführenden Schulen bis zur Berufsausbildung. Viele Unternehmen integrieren Schwerbehinderte in den Arbeitsprozeß. Dies ist auch zukünftig ein wichtiges Anliegen der CDU. Die Schwerbehindertenabgabe kann nur ein Ansatz sein. Sie muß zu einem spürbaren und wirksamen Instrument zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Behinderte weiterentwickelt werden. Dem öffentlichen Dienst kommt bei der Einstellung Schwerbehinderter eine Vorbildfunktion zu, die durchzusetzen ist. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, daß ein behindertengerechtes Lebens- und Wohnumfeld verwirklicht werden kann. Private Investoren, Bauherren fordern wir deshalb auf, bei ihren Planungen die Belange von Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen. Wir werden geeignete familienunterstützende Dienste fördern, um so für behinderte Menschen und deren Angehörigen das Leben in der Familie zu erleichtern.

Integration statt Isolation.

Rehabilitation und Integration behinderter Mitbürger weiterentwickeln.

Öffentlicher Dienst hat Vorbildfunktion.



Kulturpolitik für jung und alt.

Bewahrung der kulturellen Identität unserer Heimat.

Die kulturelle Identität der beiden Landesteile Mecklenburg und Vorpommern ist für die Entwicklung des Landes von hoher Bedeutung. Die Sicherung einer kulturellen Grundversorgung ist die Aufgabe des Staates. Dem stellt sich die CDU im Land. Mit attraktiven Theatern, Musikfestivals und den Staatlichen Museen verfügt unser Land über anerkannte kulturelle Einrichtungen. Diese grundlegende kulturelle Infrastruktur wurde durch die CDU etabliert und findet auch in Zukunft in uns kompetente Fürsprecher. Die primär staatlich geförderten Kulturbereiche werden durch eine unerschöpfliche Vielzahl von Kulturvereinen, Heimatverbänden, Chören, Heimatmuseen ergänzt, deren Lebenselixier das ehrenamtliche Engagement der Menschen aus den Regionen ist. Dies gilt es ebenso zu bewahren und zu fördern.

Ehrenamtliches Engagement befördert kulturelle Vielfalt im Land.

Kulturelle Freiheit und Vielfalt entstehen wesentlich nur durch die Förderung ohne kurzfristige eigennützige Interessen. Dabei stehen als Grundlage dieser Förderung staatliche Haushaltspolitik und privates Mäzenatentum selbständig nebeneinander. Auf der Basis berechenbarer finanzieller Größen müssen für die Zukunft Perspektiven für Kulturschaffende und Kulturinstitutionen geschaffen werden.

Kultur ist ein Standortfaktor für die Wirtschaft.

Kultur ist ein bedeutender Standortfaktor. So hängt es letztendlich auch von der kulturellen Infrastruktur ab, in welchem Umfang und mit welchem Image sich Mecklenburg-Vorpommern als Investitionsstandort anbietet. Daher sollte es zu einer Selbstverständlichkeit auf allen Ebenen werden, daß Kulturpolitik gleichrangig und gleichwertig zu allen anderen politischen Aufgaben steht.

1. Denkmäler – Bestandteile unserer Kulturlandschaft.

Denkmalschutz – bessere Kooperation von Land, Kommunen und Denkmalpflegern sinnvoll.

Die Bewahrung und Erhaltung von historisch und kulturellen wertvollen Bau- und Bodendenkmälern ist für Mecklenburg-Vorpommern von besonderer Bedeutung. So gelingt es mit Hilfe der Denkmalpfleger, zunehmend ein genaues Bild von der Geschichte unserer Region zu zeichnen. Die CDU unterstützt dieses Anliegen, setzt sich jedoch für eine stärkere und effektivere Kooperation von Land, Denkmalpflegern, Kommunen und Bauschaffenden ein, damit diese Bauten auch für kommende Generationen erhalten bleibt.

2. Privates Engagement in der Kulturarbeit fördern.

Wir brauchen auch in Mecklenburg-Vorpommern eine Kultur des Mäzenatentums. Bisher gibt es eine solche Kultur – abgesehen von einigen lokalen Besonderheiten – nicht.

Dies hat seine Ursache in den unzureichenden rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen, die Sponsoren, Stifter und sonstige Förderer des kulturellen Lebens vorfinden.

Die CDU wird das Stiftungsrecht des Landes einer gründlichen Prüfung unterziehen und es gegebenenfalls so gestalten, daß es Menschen einlädt, einen Teil ihres persönlichen Vermögens durch Zustiftung an bestehende oder in Neugründungen von Stiftungen anzulegen.

Für Wirtschaftsunternehmen muß es selbstverständlich werden, mit Kulturinstitutionen bei der Förderung und Dokumentation kultureller Leistung zusammenzuarbeiten. „Kultursponsoring“ ist kein Allheilmittel, es kann jedoch in vielen Einzelfällen zu einer Verbesserung der Situation für Künstler und kulturelle Institutionen führen. Die CDU wird sich dafür einsetzen, auf Bundesebene die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen für Kultursponsoring zu schaffen.

Privates Engagement in der Kulturförderung wünschenswert.

Das Sponsoring hat sich besonders bei den Musikfestspielen in Mecklenburg-Vorpommern bewährt. Die Zusammenführung der vielen einzelnen Musikfestspiele und -festivals im Land unter ein gemeinsames Dach verspricht die Nutzung vielfältiger hochwertiger Kulturressourcen und den effektiven Einsatz von Fördermitteln und Sponsorengeldern für derartige Projekte. Die chronische Finanznot vieler kleiner Festspiele und Festivals läßt diese schnell an ihre Grenzen stoßen. Ein gemeinsames Management steigert die Attraktivität und die Möglichkeiten dieser alljährlichen musikalischen Höhepunkte. Einheimische und ausländische Künstler finden somit eine übersichtliche Festspiel- und Festivalstruktur vor, die es erleichtert, berühmte Virtuosen zu verpflichten.

3. Die Sprache Fritz Reuters – ein Teil unserer kulturellen Identität.

Ein besonderes Augenmerk verleiht die CDU der Förderung der niederdeutschen Sprache in Mecklenburg-Vorpommern. Mit der Fritz-Reuter-Bühne hat das Land eine über die Landesgrenzen hinaus bekannte Theatergruppe, die sich der Bewahrung der niederdeutschen Sprache verschrieben hat. Viele Schülergruppen und Volkskunstvereine pflegen die niederdeutsche Sprache, die ein wesentlicher Bestandteil der kulturellen Identität von Mecklenburg-Vorpommern ist. Um dies auch kommenden Generationen zu vermitteln und die Verbundenheit mit dem Land zu fördern, setzt sich die CDU energisch für eine stärkere Vermittlung der niederdeutschen Sprache in der Schule ein.

Niederdeutsch – ok 'Platt für uns und unser Land.

4. Theater, Musikschulen und Bibliotheken – ein lebendiges Stück Alltagskultur.

Die CDU steht für die Beibehaltung der derzeitigen Theaterstruktur im Land. Sie ist ein Garant für eine kontinuierliche kulturelle Grundversorgung der größeren Städte als auch des ländlichen Raumes. Angesichts der Situation der öffentlichen Haushalte müssen die Theater untereinander eine stärkere Kooperation anstreben, um einerseits die Kosten zu dämpfen und andererseits ein qualitativ ausgeglichenes Theaterangebot landesweit anzubieten. Die CDU plädiert für ein verstärktes Theaterangebot in der ansonsten spielfreien Zeit, insbesondere im Sommer. Die Theater sollten einen besonderen Beitrag zur Entwicklung der kulturellen Infrastruktur leisten und damit das touristische Angebot durch interessante Sommerspielpläne bereichern.

Theater sind ein wichtiger Standortfaktor für uns und unser Land.

Auch die Musikschulen und Bibliotheken können der Unterstützung der CDU sicher sein. Besonders diese Bereiche erreichen viele Menschen im Land und müssen daher bei der Landesförderung entsprechend bedacht werden. Mecklenburg-Vorpommern ist das Land in Deutschland, dessen Menschen die Vorzüge der Bibliotheken im Land am meisten nutzen. Dieser Umstand verdient auch eine besondere Förderung.

Förderung der Musikschulen und Bibliotheken.



Deutsche aus Osteuropa – ein Gewinn für unser Land.

Wir sind ein Volk – Integration der Aussiedler.

Nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 haben viele Vertriebene aus Ostpreußen, Hinterpommern, Schlesien und dem Sudetenland in Mecklenburg-Vorpommern eine neue Heimat gefunden und die Kultur sowie das gesellschaftliche Leben unseres Landes bereichert. Die Deutschen aus Osteuropa, die als Aussiedler heute in unser Land kommen, haben jahrzehntlang unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges gelitten. Deshalb hat Deutschland eine besondere Verantwortung für diese Menschen. Die CDU Mecklenburg-Vorpommern setzt sich dafür ein, daß die zu uns kommenden Landsleute schnell in Mecklenburg-Vorpommern Fuß fassen und sich einleben. Mit ihrem Können und Fleiß, aber auch mit ihren kulturellen Bräuchen sind deutsche Aussiedler ein Gewinn für unsere Region.

Unterstützung der Verbände der Vertriebenen und Aussiedler.

Die CDU wird sich auch zukünftig für die Interessen der im Lande lebenden Vertriebenen und Aussiedler einsetzen. Mit der Unterstützung des Landesverbandes der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU werden wir die Forderungen dieser gesellschaftlichen Gruppen in Bund, Land und Kommunen vertreten. Die CDU wird auch künftig die Arbeit der Verbände der Vertriebenen und Aussiedler unterstützen. Deshalb werden wir uns für die Fortsetzung der Auszahlung der Vertriebenen zuwendung einsetzen. Außerdem wollen wir dazu beitragen, daß in den Kommunen des Landes Gedenksteine und Gedenktafeln an Flucht und Vertreibung erinnern. Die CDU vertritt die Auffassung, daß für Aussiedler das Tor nach Deutschland immer geöffnet bleiben muß.

Sicher in die Zukunft.

Bürger, Polizei und Justiz – gemeinsam für eine starke Demokratie.

Der Schutz vor Verbrechen und Kriminalität ist ein elementares Grundrecht eines jeden von uns. Freiheit ohne Ordnung ist Willkür, Sicherheit und Ordnung ohne Freiheit ist Diktatur. Das richtige Verhältnis zwischen diesen beiden Grundelemente des freiheitlichen Rechtsstaates bestimmt unser Zusammenleben. Es kommt darauf an, die Ursachen von Kriminalität zu erkennen. Einer der Gründe für Kriminalität ist der Verfall traditioneller Gemeinschaftswerte, die oftmals fehlende Orientierung in einer kleiner werdenden Welt und eine Verrohung im gesellschaftlichen Umgang. Gefordert ist nicht allein der Staat. In einem freiheitlichen Gemeinwesen kommt dem einzelnen eine hohe Verantwortung zu. Der freiheitliche Rechtsstaat erfordert das Engagement aller Bürger und gesellschaftlichen Kräfte. Familien, Vereine, Verbände und Kirchen sind ebenfalls gefordert, das ihrerseits Mögliche zu tun, um der Gewalt und Kriminalität entgegenzutreten. Das Bewußtsein für Recht und Unrecht muß allseitig geschärft werden.

Die Bürger haben einen Anspruch darauf, daß ihre Sicherheit durch den Staat gewährleistet und die Einhaltung der Ordnung als Grundlage für die Sicherheit anerkannt wird. Deutschland und auch Mecklenburg-Vorpommern braucht mehr Sicherheit. Das Rechtsstaatsgebot machte es erforderlich, die Polizei 1989 im großen und ganzen neu aufzubauen. Die CDU hat in den nur wenigen Jahren des Aufbaus unseres Landes beachtliches geleistet. Mecklenburg-Vorpommern verfügt heute über eine leistungsfähige Polizei, die den Vergleich mit anderen Bundesländern nicht zu scheuen braucht, im Gegenteil. So haben bei Einsätzen in anderen Bundesländern die Qualifikation sowie das Verantwortungsbewußtsein unserer Polizeibeamten, das polizeitaktische Führungsvermögen und schließlich auch die hochmoderne technische Ausstattung immer wieder besondere Anerkennung erfahren. Die CDU hat dafür gesorgt, daß wichtige Beiträge hierzu schon umgesetzt bzw. eingeleitet worden sind:

Die Präsenz von Schutzpolizei und Kriminalpolizei in der Fläche – Mecklenburg-Vorpommern hat von allen Flächenländern die höchste Polizeidichte – ist eine wichtige Grundlage für eine effektive und bürgernahe Polizeiarbeit. Insoweit hat sich die Neuorganisation der Polizei in Mecklenburg-Vorpommern bewährt.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes im Januar 1998 hat die CDU in Mecklenburg-Vorpommern die rechtlichen Grundlagen zur Kriminalitätsbekämpfung wesentlich verbessert. Hierzu gehört insbesondere die Schaffung der Ermächtigungsgrundlage für verdachtsunabhängige Kontrollen in einer 30-Kilometer-Zone entlang der EU-Außengrenze.

Das Konzept der saisonverstärkten Wachen, wie z. B. der „Bäderdienste“ war erfolgreich.

Die technische Ausstattung der Landespolizei wurde wesentlich verbessert. Als erstes der neuen Bundesländer haben wir begonnen, unsere Polizei mit hochmoderner Kommunikations- und Datenverarbeitungstechnik auszustatten.

Fakten:

Die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern hat derzeit einen Personalbestand von 5.596 Polizeivollzugsbeamten.

Im Zeitraum von 1994 bis 1998 führte die Bereitschaftspolizei des Landes Mecklenburg-Vorpommern 162 Großeinsätze durch.

Auf 325 Einwohner kommt ein Polizeivollzugsbeamter. Mit dieser Polizeidichte liegt Mecklenburg-Vorpommern an zweiter Stelle im Vergleich der Flächenländer Deutschlands.

Bäderdienst erfolgreich

Fakten:

Im Zeitraum von 1994 bis 1997 wurden mehr als 94,5 Mio. DM in die technische Ausstattung der Landespolizei investiert.



Eine eigene Hubschrauberstaffel für die Polizei.

Im Jahr 1998 erhält die Polizei eine eigene Hubschrauberstaffel. Vor allem durch die intensive Aus- und Fortbildung und durch die Verbesserung der Organisation der Polizeiarbeit konnte die polizeiliche Arbeit weiter verbessert werden.

Im Landeskriminalamt wurde eine Koordinierungsstelle "Organisierte Kriminalität" eingerichtet. Durch die konzentrierte Zusammenarbeit mit der Polizei Polens und dem Bundesgrenzschutz konnten schon erste wirkungsvolle Erfolge bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität erzielt werden.

1. Stärkung der Landespolizei – vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung – ehrenamtlicher Polizeidienst.

Die Landespolizei verdient Anerkennung und Unterstützung.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommerns steht zu unserer Landespolizei. Die Arbeit der Polizeibeamtinnen und -beamten verdient Anerkennung und Unterstützung. Die CDU wird sich auch gegen Widerstände für eine weitere personelle Stärkung der Polizei einsetzen.

Erweiterung der Fortbildungsangebote.

Angesichts der besonderen Anforderungen an den Polizeidienst setzt sich die CDU für eine schrittweise Anhebung des Anteils des gehobenen Dienstes bei der Polizei auf 40 % ein.

Die CDU wird sich für die Erweiterung der Fortbildungsangebote der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung und Rechtspflege Güstrow für Mitglieder von Präventionsräten, für Lehrer, Sozialarbeiter, Mitarbeiter in den Jugendämtern, Vereins- und Verbandsmitgliedern sowie engagierte Bürger und für Polizeibeamte einsetzen.

Wir werden uns mit aller Macht dafür einsetzen, daß die Polizei noch spürbarer von polizeifremden Aufgaben, wie z. B. bei Überprüfungen sowie bei Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung verwaltungsrechtlicher Genehmigungen und Auflagen entlastet wird.

Fakten:

In touristischen Zentren des Landes kamen im Rahmen des Bäderdienstes zusätzlich zum Einsatz:

1995	122	Beamte
1996	220	Beamte
1997	217	Beamte
1998	220	Beamte

Der Bäderdienst der Polizei ist mittlerweile eine Institution und eine wirksame Maßnahme gegen Gewalttäter, die dem Bild unseres Landes erheblichen Schaden zugefügt haben. Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß eine Vernetzung des Bäderdienstes der Polizei mit den Saisonbeiräten noch bessere Voraussetzungen zur Bekämpfung von Gewalttaten schafft. Zur Unterstützung der Arbeit der Polizei soll ein Bäderdienst „Kommune“ in der Saison eingeführt werden. Durch die Zusammenarbeit von Polizei, kommunaler Verwaltung und anderen öffentlichen Institutionen kann damit ein weiterer wichtiger Beitrag zur Verhütung von Straftaten und zur verstärkten Aufklärung der Bevölkerung geleistet werden. Damit entsteht eine wirkliche Sicherheitspartnerschaft zwischen Bürger und Polizei.

Errichtung einer Polizeistiftung.

Zur Würdigung der besonderen Verantwortung von Polizeibeamten in Mecklenburg-Vorpommern und der enormen Belastung ihrer Familien soll eine Polizeistiftung ins Leben gerufen werden. Vordringliche Aufgabe der Stiftung soll es sein, Polizeibeamten zu helfen, die im Dienst dauernde gesundheitliche Schäden erlitten haben bzw. im Todesfall deren Familienangehörige zu unterstützen.

Vorbeugende Verbrechensbekämpfung ist nicht nur eine Aufgabe der Polizei. Auch andere Behörden und Institutionen und jeder einzelne von uns sind in der Pflicht, ihren Anteil zu mehr Sicherheit in unserem Land zu leisten.

Die CDU hat sich einer Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte bei der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung zum Ziel gemacht und wird sich dafür einsetzen, daß auf örtlicher Ebene Sicherheitskonzepte erarbeitet und weiterentwickelt werden. Wir werden die Bevölkerung zur Mitarbeit an den Konzepten einladen.

Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte notwendig.

Zu einem ganzheitlichen Ansatz der Kriminalitätsbekämpfung gehört als wesentlicher Punkt auch die Möglichkeit der direkten Mitwirkung der Bürger in einem ehrenamtlichen Polizeidienst. Dadurch kann die Polizei verstärkt dort sein, wo sie von uns dringend erwartet wird. Gemeinsame Streifentätigkeit von Vollzugspolizei und ehrenamtlichem Polizeidienst soll gefördert werden. Zudem kann der ehrenamtliche Polizeidienst u.a. zum Schutz im Öffentlichen Personennahverkehr und zu Sicherungsaufgaben bei Sport- und Konzertveranstaltungen eingesetzt werden, um so die Polizei zu entlasten. Ein Auswahlverfahren wird sicherstellen, daß nur diejenigen Bürger zum ehrenamtlichen Polizeidienst zugelassen werden, die die Gewähr dafür bieten, den Bürger nur nach Recht und Gesetz und bestmöglich zu schützen. Der ehrenamtliche Polizeidienst wird keine gesonderten Festnahmerechte besitzen und keine Schußwaffen tragen. Die Einführung des ehrenamtlichen Polizeidienstes wird nicht zu einem Personalabbau von Vollzugsbeamten führen.

Schaffung des ehrenamtlichen Polizeidienstes.

2. Eine wirkungsvolle Justiz zur Durchsetzung von Recht und Gesetz.

Die Justiz verdient unser Vertrauen. So ist es zunächst Aufgabe des Gesetzgebers, die Voraussetzungen für eine noch effizientere Strafjustiz zu schaffen. Aber auch unsere Richter und Haftrichter haben eine besondere Verantwortung in unserer parlamentarischen Demokratie, der sie sich stellen müssen. Sachliche Kritik unserer Bürgerinnen und Bürger an Urteilen und Entscheidungen von Richtern und Gerichten sind kein Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit. Vielmehr drücken sie ein gewachsenes Verantwortungsbewußtsein von uns allen für Recht und innere Sicherheit aus.

Die Justiz verdient unser Vertrauen.

Wir wollen einen noch besseren Schutz unserer Bevölkerung vor Verbrechen, ohne die rechtsstaatlichen Verteidigungsmöglichkeiten Angeklagter zu beschränken. Wir fordern die landesweite Einführung des Kurzanzeigeverfahrens und die verstärkte Anwendung der Hauptverhandlungshaft, die die Strafaussetzung zur Bewährung einschränkt. Außerdem werden wir die Möglichkeit der Koppelung des Strafprozesses mit dem Zivilprozeß zur schnelleren Durchsetzung der Ansprüche der Opfer gegenüber den (zum Beispiel in Form von Schmerzensgeld, Schadensersatz u. ä.) unterstützen. Voraussetzung für eine noch effizientere Arbeit von Polizei und Justiz ist die Durchsetzung des Grundsatzes, daß die Strafe der Tat auf dem Fuß folgen muß.

Durchsetzung des Grundsatzes „Die Strafe muß der Tat auf dem Fuß folgen“.



Härtere Strafen bei Gewaltdelikten.

Die CDU wird ihre konsequente Politik zur Wahrung der inneren Sicherheit und zum Schutze des Bürgers fortsetzen. Hierzu gehört auch die Erkenntnis, daß die Polizei nicht allein das Problem der inneren Sicherheit bewältigen kann. Es bedarf insbesondere verbesserter rechtlicher Instrumentarien sowohl zur Strafverfolgung als auch zur Straffahndung. Die CDU Mecklenburg-Vorpommern fordert deshalb: Die Wiederherstellung des ursprünglichen Landfriedensbruch-Paragrafen, die Anhebung der Mindest- und Höchststrafen für das gesamte Spektrum der Gewaltdelikte, insbesondere Körperverletzung, Raub und Landfriedensbruch, eine konsequente Strafverfolgung und Absage an jegliche Bagatellisierung sogenannter Kleindelikte.

Strafvollzug ist kein Urlaub!

Die CDU wird sich ebenfalls dafür einsetzen, daß die negativen Folgen der Liberalisierung des Strafvollzuges beseitigt werden. Straftäter müssen grundsätzlich nach der Schwere ihrer Tat im Vollzug getrennt untergebracht werden. Weiter wollen wir den Drogenmißbrauch in den Gefängnissen beenden.

Offener Vollzug, Hafturlaub und Freigang dürfen nur solchen Häftlingen gewährt werden, die bestmögliche Gewähr dafür bieten, keine neuen Straftaten zu begehen. Die CDU Mecklenburg-Vorpommern wird sich in diesem Zusammenhang für eine Änderung des Strafvollzugsgesetzes des Bundes einsetzen.

3. Organisierte Kriminalität und politischen Extremismus entschlossen bekämpfen.

Fakten:

In den Jahren 1994 bis 1997 wurden durch die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern 31 Verfahren gegen insgesamt über 250 Tatverdächtige im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität eröffnet.

Die seit Jahren zu verzeichnende Ausweitung des organisierten Verbrechens soll gestoppt werden. Die nach dem Zusammenbruch des Ostblocks gewachsenen Strukturen des organisierten Verbrechens in Deutschland, insbesondere aus Mittel- und Osteuropa, müssen bekämpft werden. Unter anderem soll hierzu eine mobile Fahndungsgruppe zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, bestehend aus BGS, Zoll, Steuerfahndung, Landeskriminalamt und Staatsanwaltschaft, ins Leben gerufen werden.

Einrichtung einer mobilen Fahndungsgruppe notwendig.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommerns wird sich energisch dafür einsetzen, daß politisch motivierte, extremistische Straftäter verfolgt werden. Wie bisher dient der Durchsetzung und Überprüfung der Verbotspraxis gegenüber rechts- und linksextremistischen Gruppierungen und Parteien ein großes Augenmerk. Die CDU setzt sich dafür ein, daß bereits im Vorfeld von Straftaten die extremistischen politischen Szenen besser überwacht werden. Wenn notwendig, müssen verstärkte Razzien und Kontrollen im gewaltbereiten politisch-extremistischen Spektrum in Mecklenburg-Vorpommern mit Nachdruck vorgenommen werden.

Kein Pardon für politisch motivierte Straftäter.

4. Jugendkriminalität und Gewalt Einhalt gebieten.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern wird Gewalt und Kriminalität nicht als unausweichliche Begleiterscheinungen einer freiheitlichen Gesellschaft hinnehmen. Deshalb werden wir die bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen konsequent zur Gewalteinämmung und Kriminalitätsbekämpfung nutzen. Wir sind der Auffassung, daß allein Sozial- und Präventionsarbeit nicht zur Bekämpfung von Straftaten ausreicht. Sozialarbeit und polizeiliche Arbeit müssen Hand in Hand gehen. Eine wichtige Maßnahme ist die Entwicklung von zielgruppen- und stadtteilbezogenen Formen der Jugendsozialarbeit. Zur Kriminalitätsvorbeugung gehört für die CDU auch die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen und Arbeitsplätzen für junge Menschen, die Unterstützung von jugendgerechten Freizeitangeboten und die Förderung des Sports.

Bekämpfung der Jugendkriminalität: Sozialarbeit und polizeiliche Arbeit müssen Hand in Hand gehen.

Die hohe Zahl der straffällig gewordenen Kinder und Jugendlichen und die anwachsende Gewaltbereitschaft sind eine Herausforderung an uns alle. Auf die Verantwortung der Familie kann in diesem Zusammenhang nicht verzichtet werden. Die Erziehungs- und Kulturleistung der Familie kann durch keine andere Institution ersetzt werden. Danach müssen sämtliche Möglichkeiten der Verbrechensvorbeugung auf kommunaler Ebene ausgenutzt werden. Auf eine Verschärfung der rechtlichen Instrumentarien im Kampf gegen Jugendkriminalität und Gewalt kann nicht verzichtet werden.

Auch die Familie ist gefordert.

Dazu gehören die Verwirklichung des Grundsatzes „die Strafe muß der Tat auf dem Fuß folgen“. Die CDU Mecklenburg-Vorpommerns wird sich dafür einsetzen, daß ab 18 Jahren eine grundsätzliche Anwendung des Erwachsenenstrafrechts erfolgt. Richterliche Auflagen sollen strikt durchgesetzt und auch kontrolliert werden. Wir werden zusätzlich prüfen, ob eine Anhebung der gesetzlichen Mindest- und Höchststrafen für das gesamte Spektrum der Gewaltdelikte notwendig ist.

Ab 18 Jahren Anwendung des Erwachsenenstrafrechtes.

Für mehrfach straffällige Jugendliche soll die Möglichkeit geschaffen werden, diese in geschlossene Einrichtungen sozial-pädagogische zu betreuen.

Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß bei leichteren Delikten ein Täter-Opfer-Ausgleich zur Anwendung kommt, um nach Möglichkeit eine Wiedergutmachung gegenüber den Opfern, bei gleichzeitiger Erziehung des Täters, sicherzustellen.

5. Schutz unserer Kinder und Jugendlichen vor Gewalt- und Sexualstraftaten.

Vor dem Hintergrund von Gewalt- und Sexualverbrechen setzt sich die Union erneut für wirkungsvolle Strafverschärfungen ein. Die in den 70er Jahren angelegten Rechtsänderungen müssen wieder richtiggestellt werden.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern fordert deshalb klar und unmißverständlich, daß der sexuelle Mißbrauch von Kindern und die Herstellung und der Vertrieb von Kinderpornografie wieder als Verbrechen eingestuft werden. Wir werden uns dafür einsetzen, daß Kindesmißbrauch, Vergewaltigung und sexuelle Nötigung mit Todesfolge mit lebenslanger Freiheitsstrafe bedroht und daß die Voraussetzungen für eine vorzeitige Haftentlassung von Sexualstraftätern verschärft werden. Für solche Straftäter darf es keinen offenen Vollzug geben.

Sexueller Mißbrauch von Kindern ist ein Verbrechen.



Opferschutz verbessern.

Unser Ziel ist auch die Verbesserung des Opferschutzes. Dazu wollen wir den Unmittelbarkeitsgrundsatz bei der Vernehmung von Opfern einschränken. Deshalb soll die Videovernehmung ermöglicht und die Anerkennung der so gewonnenen Aussagen bei allen Verhandlungen zugelassen werden. Die CDU wird sich für ein Forderungspfandrecht der Opfer und ihrer Familien bei der öffentlichen Vermarktung von Straftaten einsetzen.

Einbeziehung von Eltern und Lehrern.

Daneben werden wir auch diese Thematik in die kommunale Kriminalprävention einbeziehen und so vor allem Eltern und Lehrer verstärkt aufklären.

6. Fortsetzung der konsequenten Drogenpolitik – Härte gegen Dealer, Hilfe für Abhängige.

Keine Verharmlosung von Drogen durch Liberalisierung des Erwerbs.

Unser Kampf gegen Drogen hat zwei Schwerpunkte. Zum einen die entschlossene Bekämpfung der nationalen und internationalen Rauschgiftkriminalität und zum anderen eine entschiedene Absage an jegliche Form von Drogenverharmlosung durch "Drogenfreigabe und Liberalisierungsmodelle". Aus grundsätzlichen, rechtlichen und moralischen Gründen und aufgrund der durchweg negativen Erfahrungen anderer Länder, lehnt die CDU Mecklenburg-Vorpommern alle Forderungen nach Liberalisierung, Freigabe und Abgabe von Drogen entschieden ab. Der Staat darf nicht zum Dealer werden. Dazu gehört auch eine strikte Ablehnung der Freigabe von sogenannten "weichen" Drogen. Das Angebot und der Verkauf von Cannabisprodukten in Apotheken kommen für uns nicht in Frage. Wir brauchen eine breite Übereinstimmung darin, daß es um ein Leben ohne Drogensucht geht. Mit der CDU wird es deshalb weder die Legalisierung von sogenannten "weichen" Drogen noch von "harten" Drogen geben.

Unsere klare Anti-Drogenpolitik wird fortgesetzt.

Aufbau eines Netzes zur Drogenvorsorge.

Die CDU setzt sich auch weiterhin für eine ausreichende Hilfe, Zuwendung und Therapie für Drogenabhängige sowie für vorbeugende Maßnahmen zur Ächtung von Drogen ein. Suchtprävention beginnt bereits im Elternhaus. Ohne den Mut zur Erziehung in den Elternhäusern, aber auch in den Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Vereinen, und Kirchen, die Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeit stärken, kann Suchtprävention nicht erfolgreich sein.

Für bandenmäßig organisierte Drogenkriminelle sollen höhere Freiheitsstrafen eingeführt werden. Ausländische Rauschgiftdealer sollen konsequent abgeschoben werden. Drogenumschlagplätze, die sich als offene Szene etablieren, sollen mit den Möglichkeiten moderner Technik überwacht werden.

Die CDU setzt sich dafür ein, daß in Mecklenburg-Vorpommern ein Netzwerk zur Drogenprävention aufgebaut wird. Dabei sollen alle Medien in die präventive Arbeit eingebunden werden und die Schule als gesundheitsfördernde Schule gegen Drogenmißbrauch genutzt werden. Auch die Schutzpolizei soll im Drogenbereich verstärkt fachlich fortgebildet werden.

7. Integration von Ausländern in Mecklenburg-Vorpommern.

Ja zu einer europäischen Lösung, aber kein nationaler Alleingang.

Wir Mecklenburger und Vorpommern sind aufgeschlossene Menschen. Über Jahrhunderte haben wir aus dem Zuzug anderer Menschen Kraft geschöpft. Deshalb halten wir es für unerlässlich, daß die Fragen der Zuwanderung unter Wahrung nationaler Interessen europa-weit abgestimmt werden. Ein nationales Einwanderungsgesetz lehnt die CDU Mecklenburg-Vorpommern ab.

Für Ausländerinnen und Ausländer, die seit mehr als 10 Jahren rechtmäßig in Deutschland leben und arbeiten, und für diejenigen, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sowie mit der deutschen Kultur und Sprache vertraut sind, wollen wir Rechtsgrundlagen, in denen konkret die Voraussetzungen für einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung geregelt sind. Doppelte Staatsbürgerschaften lehnen wir ab, da sie zwangsläufig zu Loyalitätskonflikten führen müssen und den für die Demokratie so wichtigen Staatsbürgergedanken aushöhlen würden.

Klare Rechtsgrundlagen für die Einbürgerung nach 10 Jahren - aber keine doppelte Staatsbürgerschaft.

8. Konsequenz gegenüber straffälligen Ausländern und Wirtschaftsflüchtlingen, die das Gastrecht mißbrauchen.

Viele unserer Bürger wissen noch aus eigenem Erleben, was es bedeutet, Haus und Hof zu verlieren und das Land verlassen zu müssen, das über unzählige Generationen hinweg ihre Vorfäter und -mütter aufgebaut hatten.

Deshalb begrüßen wir die von der CDU-geführten Bundesregierung im Jahr 1993 auf den Weg gebrachte Neuregelung des Asylrechts, die klar zwischen wirklich politisch Verfolgten und Wirtschaftsflüchtlingen unterscheidet. Aufgrund des neuen Asylrechtes ist die Zahl der Asylbewerber um durchschnittlich 2/3 zurückgegangen. Deutschland trägt aber noch immer die Hauptlast der Flüchtlingsbewegungen nach Europa. Die Harmonisierung des Asylrechtes, die Begrenzung des Neuzuganges nach Europa und eine gerechte Lastenverteilung innerhalb der Europäischen Union bleibt Ziel der CDU.

Asyl - für politisch Verfolgte ja, für Wirtschaftsflüchtlinge nein.

Wir erwarten, daß alle Asylbewerber das Gastrecht in unserem Land achten. Diejenigen, die das Asylrecht mißbrauchen, müssen konsequent zurückgeführt werden. Eine solche Abschiebung liegt auch im Interesse der wirklich politisch Verfolgten.

Die CDU setzt sich nach wie vor für eine Vereinfachung der Abschiebungsverfahren ein. Die hier geltenden Regelungen haben sich in der Praxis nicht immer bewährt. So versuchen abgewiesene Asylsuchende oftmals unter dem Vorwand, sie hätten ihre Personalpapiere verloren, sich der Abschiebung zu entziehen. Hier müssen rechtliche Regeiungen gefunden werden, die künftig einen derartigen Mißbrauch verhindern. Für Asylbewerber sind die Mitwirkungspflichten im deutschen Asylverfahren verbindlich zu regeln. Auch muß das Abschiebungsverfahren nicht zuletzt im Blick auf die erhebliche Kostenlast für die öffentlichen Haushalte effektiver gestaltet werden.

Abschiebungsverfahren muß vereinfacht werden.

Eine Ursache für den noch immer hohen Zustrom unberechtigter Asylsuchender ist nach wie vor auf Schlepperorganisationen - u.a. an der Grenze zu unseren polnischen Nachbarn - zurückzuführen. Diese Organisationen gilt es weiterhin zu bekämpfen. Dafür soll der gute Kontakt zu den in Polen zuständigen Stellen noch weiter ausgebaut werden. In den Herkunftsländern muß es den Menschen klar werden, daß ein unberechtigter Aufenthalt ein schnelles Ende findet und mithin Schlepperlöhne die getäuschten Menschen nur ärmer machen.

Bekämpfung von Schlepperorganisationen.

Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß in Zukunft jeder Ausländer ausgewiesen wird, der zu einer Freiheitsstrafe von 3 und mehr Jahren verurteilt worden ist. Im Falle von Ausländerextremismus soll die konsequente Anwendung der Abschiebung von Straftätern bei schwerem Landfriedensbruch ohne Verurteilung zur Anwendung kommen können.

Straffällige Ausländer müssen unser Land verlassen.



Verfassungsschutz – wichtiges Element unserer Sicherheitspolitik.

Bessere Überwachung extremistischer politischer Gruppen.

9. Der freiheitliche Staat bedarf eines wirksamen Verfassungsschutzes.

Ein unerläßlicher Bestandteil der inneren Sicherheit ist der Verfassungsschutz. Das zum Teil militante Auftreten radikaler Gruppierungen zeigt, daß es richtig gewesen ist, in Mecklenburg-Vorpommern einen starken Verfassungsschutz aufzubauen. Extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen müssen rechtzeitig erkannt werden, wenn unsere freiheitlich-demokratische Staatsordnung Bestand haben soll. Die Freiheit und die Sicherheit des Einzelnen dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern bekennt sich deshalb zum Prinzip der wehrhaften Demokratie. Demokratie ist konstruktiver Streit mit geistigen Mitteln. Deshalb kennt die CDU aber kein Nachsehen bei Organisationen, die darauf ausgerichtet sind, massiv und zum Teil mit Gewalt elementare Grundrechte und demokratische Staatsprinzipien zu beseitigen. Gegebenenfalls darf auch von einem Verbotsverfahren gegen rechts- oder linksextremistische Gruppierungen und Parteien nicht zurückgeschreckt werden. Die CDU setzt sich zudem dafür ein, daß insbesondere im Vorfeld von Straftaten die extremistischen politischen Szenen besser überwacht werden.

Bei neuerdings unter dem Deckmantel der Religion agierenden Sekten, wie zum Beispiel der Scientology-Sekte, setzt sich die CDU für eine weitere Beobachtung durch den Verfassungsschutz ein. Wir werden uns dafür engagieren, daß von Bund und Ländern ein koordiniertes Vorgehen gegen Scientology und andere vergleichbare Gruppen zur Anwendung kommt.

Solidarität mit der Bundeswehr und unseren Soldaten.

Seit Vollendung der staatlichen Einheit Deutschlands im Jahre 1989 hat insbesondere unsere Bundeswehr auf beispielhafte Weise gezeigt, was erreichbar ist, wenn Deutsche aus den neuen und alten Bundesländern aufeinander zugehen, gemeinsam anpacken und sich einer neuen Aufgabe stellen. Die Bundeswehr als Armee der Einheit erfüllt damit eine Vorreiterfunktion für das Zusammenwachsen unserer gesamten Nation.

Die Bundeswehr – Armee der Einheit.

Zu einer wehrhaften Demokratie gehören in der Gesellschaft verankerte Streitkräfte. Die Wehrdienstleistenden aus Mecklenburg-Vorpommern zeigen, daß die Jugend bereit ist, sich für die demokratische Gesellschaft einzusetzen und so einen Beitrag zum Zusammenwachsen unserer Nation zu leisten.

Junge Wehrdienstleistende tragen zum Zusammenwachsen unserer Nation bei. Wir stehen zu unseren Soldaten.

Mit insgesamt rund 23.000 Soldaten sind heute mehr als ein Drittel aller in den neuen Bundesländern beheimateten Truppenteile in Mecklenburg-Vorpommern stationiert. Die Bundeswehr ist damit der größte Arbeitgeber in unserem Bundesland mit einer erheblichen Wirtschafts- und Kaufkraft.

Die umfassende Modernisierung der einzelnen Bundeswehrstandorte in unserem Bundesland ist inzwischen weit vorangeschritten. Als herausgehobene Beispiele hierfür sind vor allem die Inbetriebnahme der Marinetechnikschule in Parow, der Auf- und Ausbau des Stützpunktes der Schnellbootflottille in Rostock-Warnemünde sowie die Fortsetzung der Integration von Truppenteilen in den alten und den neuen Bundesländern innerhalb des Wehrbereichs Küste zu nennen.

Modernisierung unserer Bundeswehrstandorte

Auch in der Zukunft wird es uns in unserer politischen Zielsetzung verstärkt darum gehen, die Bundeswehr in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben der Bündnis- und Landesverteidigung zu erfüllen sowie ihren Beitrag im Rahmen internationaler Friedensmissionen zu leisten. Wir werden daher auch weiterhin intensiv den Prozeß der Integration von Truppenteilen aus Mecklenburg-Vorpommern in die Krisenreaktionskräfte (KRK) der Bundeswehr begleiten und unterstützen. In diesem Zusammenhang verdienen insbesondere die im Großstandort Eggesin stationierten Bundeswehreinheiten, die derzeit im Rahmen des SFOR-Kontingentes in Bosnien ihren Dienst tun, unsere volle Anerkennung und uneingeschränkte Unterstützung.

Soldaten und Offiziere aus Mecklenburg-Vorpommern leisten einen wichtigen Dienst für den Frieden in Bosnien.

Darüber hinaus werden wir uns auch künftig wirksam für eine angemessene Unterbringung, Versorgung und Betreuung der in Mecklenburg-Vorpommern stationierten Soldaten einsetzen. So ist mit Unterstützung der Landesregierung inzwischen erreicht worden, daß bereits in naher Zukunft das erste Soldatenheim in den neuen Bundesländern in Form eines "Hauses der Begegnung" am Bundeswehrstandort Eggesin eingerichtet wird. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur umfassenden Betreuung unserer Soldaten sowie zur Errichtung einer Begegnungsstätte insbesondere mit unseren polnischen Nachbarn geleistet.

Die Bundeswehr und ihre Soldaten werden sich auch weiterhin der Unterstützung der CDU Mecklenburg-Vorpommern sicher sein können.

Wir unterstützen die Bundeswehr!



Den Blick nach vorn – gemeinsam die Zukunft meistern.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern wird die Anforderungen und Chancen von heute mit aller Kraft anpacken, um die Zukunft zu meistern. Wir brauchen keine Politik, die alles unverändert lassen will. Wir brauchen keine Politik, die nur nach immer mehr Staat ruft. Einfach nein zu sagen, einfach nur zu jammern, sich aber allen Veränderungen zu verweigern, wie dies andere tun, das ist einfach. Aber eine Nein-Sager-Politik wird keinen Erfolg haben, wenn es darum geht, die Zukunft zu meistern. Unsere Richtung ist klar, unser Kurs ist gesteckt. Um diesen Kurs umzusetzen, sind klare Mehrheiten notwendig. Um diese Mehrheit werden wir selbstbewußt ringen und bitten die Bürger Mecklenburg-Vorpommerns um ihr Vertrauen.

**VOLLE
KRAFT
VORAUSS!**

Mit Ihrer Unterstützung.

„Mecklenburg-Vorpommern ist auf dem richtigen Weg. Unsere Richtung ist klar, unser Kurs ist gesteckt. Die Anforderungen und Chancen wird die CDU Mecklenburg-Vorpommern mit aller Kraft anpacken, um die Zukunft zu meistern. Um diesen Kurs umzusetzen, sind klare Mehrheiten notwendig. Darum bitten wir Sie, die Bürgerinnen und Bürger Mecklenburg-Vorpommerns, um Ihr Vertrauen.“

Sie haben Fragen, Anregungen, Ideen? Dann schreiben Sie uns:

CDU-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Wismarsche Straße 173, 19053 Schwerin

Telefon: 0385/5 90 040, Telefax: 0385/5 90 04-29, eMail: CDU-Mecklenburg-Vorpommern@t-online.de

Internet: <http://www.cdu-mv.de>


MECKLENBURG-VORPOMMERN
CDU